

URAN *Atlas*

*Daten und Fakten über den
Rohstoff des
Atomzeitalters
2022*



IMPRESSUM

Der URANATLAS ist ein Kooperationsprojekt und wird gemeinsam von der Nuclear Free Future Foundation, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Umweltstiftung Greenpeace, dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland sowie „ausgestrahlt“ herausgegeben.

Die zweite Ausgabe wurde aktualisiert, zum Teil neu geschrieben und um acht Seiten erweitert.

Die erste Ausgabe ist als Kooperationsprojekt der Nuclear Free Future Foundation, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und von Le Monde diplomatique erschienen.

**2. Auflage: April 2022,
letzte Aktualisierung: 15. März 2022**

Projektleitung

Dr. Horst Hamm, h.hamm@nuclear-free.com

Redaktionsleitung Erstausgabe Uranatlas 2019

Claus Biegert, Dr. Horst Hamm

Redaktionsleitung Erweiterung und Aktualisierung Uranatlas 2022

Dr. Horst Hamm

Redaktion

Thorben Becker, Claus Biegert, Andreas Bohne, Franziska Drechsel, Günter Wippel

Art-Direktion, Infografik und Herstellung

Tanja Hoffmann

Beiträge

Thorben Becker, Claus Biegert, Matthias Eickhoff, Dr. Horst Hamm, Günter Hermeyer, Raphaël Granvaud, Suzanne Krause, Manfred Kriener, Winona LaDuke, Linda Pentz Gunter, Mia Pepper, Mycle Schneider, Susi Snyder

Übersetzungen

Richard Freeman

Schlussredaktion

Dominik Baur

Kartenvorlagen

Mike Berwanger, tausendblauwerk.de, Philippe Rivière, visionscarto.net

Covermotive

Yvonne Margarula, Älteste der Mirrar-Gundjeihmi vor der Ranger Mine in Australien, Atomkraftwerk Temelín in Tschechien, Atombombenversuch der USA auf dem Bikini-Atoll am 25. Juli 1946

Bildnachweise

Cover: Tanja Hoffmann, mit Fotos von Dominic O'Brien (links oben), dpa/Picture Alliance/CTK (rechts oben), Alex Staroseltsev/shutterstock.com (Mitte), mauritius-images/Masterfile/SuperStock (unten)
Innenteil:

stas 11/shutterstock.com (S. 3, 6, 45), Vladimir Melnik/shutterstock.com (S. 11), RIA Novosti archive, image #132609/Ruslan Krivobok/CC-BY-SA 3.0 (S. 12), Sunshine Seeds/shutterstock.com (S. 14), Claus Biegert (S. 16, 23), Dan Budnik (S. 18), CC BY-SA 3.0 / [https://de.wikipedia.org/wiki/Arlit#/media/Datei: MineArlit1.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Arlit#/media/Datei:MineArlit1.jpg) (S. 20), Bundesarchiv,

Bild 183-50115-0001/CC-BY-SA 3.0 (S. 25), dpa/Picture Alliance/CTKAP (S. 26), CC BY-SA 3.0 / https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Flamanville-3_2010-07-15.jpg (S. 29), Dominic O'Brien (S. 31), MircoStockHub/istockphoto.com (S. 33), Horst Hamm (S. 35), Archiv Nuclear Free Future Foundation (S. 36), Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen (S. 38), Fotokon/shutterstock.com (S. 40), Pressmaster/shutterstock.com (S. 43), U.S. Federal Government (S. 44), U.S. National Archives and Records Administration (S. 46), zentsev/shutterstock.com (S. 48), Pierre Gleizes/Greenpeace (S. 50), vchal/shutterstock.com (S. 53), Kinek00/shutterstock.com (S. 55), zentilia/istockphoto.com (S. 56)

Besonderer Dank

Dr. Becky Alexis-Martin, Almoustapha Alhacen, Dennis Baldin, Oleg Bodrow, Dr. Stefan Cramer, Dr. Gordon Edwards, Nadezhda Kutepowa, Jeffrey Lee, Anthony Lyamunda, Prof. Dr. Andreas Nidecker, Dr. Sebastian Pflugbeil, Dave Sweeney

V.i.S.d.P.

Dr. Horst Hamm, h.hamm@nuclear-free.com

Druck

Druckerei Zollernspeiker Kollektiv GmbH; Klimaneutral gedruckt auf 100% Recyclingpapier



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Gefördert durch Mittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Für die Inhalte sind alleine die Herausgeber*innen verantwortlich; die dargestellten Positionen müssen nicht zwangsläufig den Standpunkt des Zuwendungsgebers widerspiegeln.



Dieses Werk mit Ausnahme des Coverfotos steht unter der Creative-Commons-Lizenz: Namensnennung – 4.0 international (CC BY 4.0). Die einzelnen Infografiken des Atlas können für eigene Zwecke genutzt werden, wenn der Urhebernachweis »Nuclear Free Future Foundation/Hoffmann, CC BY 4.0« in der Nähe der Grafik steht (bei Bearbeitungen: »Nuclear Free Future Foundation/Hoffmann (M), CC BY 4.0«). Der Text der Lizenz ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode> abrufbar.

Bestelladresse

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Straße der Pariser Kommune 8A
D-10243 Berlin

Das PDF zum Download

finden Sie auf:
rosalux.de/uranatlas
nuclear-free.com/uranatlas
bund.net/uranatlas
umweltstiftung-greenpeace.de/uranatlas
ausgestrahlt.de/uranatlas

Artikel, Charts und Infografiken können auf nuclear-free.com heruntergeladen werden.

URAN *Atlas*

Daten und Fakten über den Rohstoff des Atomzeitalters



INHALT

8

DER WEG DES URANS AUS DER ERDE IN DIE SACKGASSE

Seit den 30er Jahren wird Uran aus der Erde geholt. Radioaktive Belastung und Strahlenmüll kennzeichnen seinen Weg

10

GESUNDHEIT DAS TÖDLICHE ERZ

Bereits die Gewinnung von Uran kostet Menschenleben. Die gesundheitlichen Folgen des Uranbergbaus sind immens

12

GESCHICHTE KOLONIALES ERBE

Bis in die 70er Jahre war die Uranförderung vor allem militärisch begründet. Von Anfang an ging sie zu Lasten der lokalen Bevölkerung, besonders indigener Gesellschaften

14

AFRIKA LIEFERANT FÜR DEN REICHEN NORDEN

Über Jahrzehnte war Südafrika der wichtigste Uranlieferant des Kontinents, heute sind es Namibia und Niger

16

KANADA RADIOAKTIVE JAGDGRÜNDE

Kanada ist historisch betrachtet der größte Uranproduzent der Welt. Die indigenen Völker, auf deren Land die Minen liegen, wurden nie über die Gefahren des Uranbergbaus informiert

18

USA DIE ERSTEN AMERIKANER, ABER ALS LETZTE GESCHÜTZT

Das Atomzeitalter begann auf dem Land der indigenen Völker Nordamerikas. Ob Atombombentests, Uranabbau oder die Suche nach Endlagerstätten – indigenes Land steht bis heute immer im Fokus

20

ASIEN UNTER AUSSCHLUSS DER ÖFFENTLICHKEIT

Uranbergbau gibt es in Asien seit dem Zweiten Weltkrieg. Bis heute behandeln dort die meisten Förderländer das Thema als geheime Staatsangelegenheit

22

EUROPA GLOBALER GROSSABNEHMER

Anfang 2022 waren in der Europäischen Union noch 103 Atommeiler am Netz. Damit ist die EU die weltweit größte Uranverbraucherin

24

DEUTSCHLAND I DIE ALTLAST DER WISMUT

Uranbergbau in Sachsen und Thüringen: Fast vergessen, mit Milliardenaufwand saniert, aber immer noch ein Problem

26

TSCHECHIEN UMWELTZERSTÖRUNG FÜR WETTRÜSTEN UND ATOMKRAFT

Initiiert durch den Kalten Krieg ist Uranbergbau in Tschechien durch die Ausbeutung politischer Gefangener geprägt – und riesige strahlende Altlasten

28

FRANKREICH VOM NATIONALEN MYTHOS VERBLENDET

Seit Jahrzehnten setzt Frankreich auf Nuklearwaffen und Atomkraft. Im eigenen Land hat es über 80 000 Tonnen Uran gefördert. Niger wird für einen nationalen Mythos bis heute ausgebeutet

30

AUSTRALIEN WARNUNGEN AUS DER FRÜHZEIT

Die ersten Völker des Kontinents verstanden sich als Hüter von Schätzen im Erdinneren, die nicht an die Oberfläche geholt werden dürfen. Gegen die uranföhernden Bergbauunternehmen haben ihre Nachfahr*innen selten eine Chance

32

URANWIRTSCHAFT I ERFOLGREICHER WIDERSTAND

Der Preis für Uran ist seit Jahren im Keller und mit ihm die Uranwirtschaft. Gleichzeitig wehren sich immer mehr Gruppen gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen

34

URANWIRTSCHAFT II DAS WHO'S WHO DER PLAYER

Die zehn größten Abbaukonzerne sind für 87 Prozent der Uranproduktion verantwortlich. Sie dominieren den Markt und die Ausbeutung von Indigenen

36

SANIERUNG**OFFENE WUNDEN, SICH SELBST ÜBERLASSEN**

Die Gewinnung von Uran ist nie schonend. Zurück bleiben radioaktive und toxische Halden mit 80 Prozent der ursprünglichen Radioaktivität

38

DEUTSCHLAND II**ATOMAUSSTIEG MIT LÜCKEN**

Deutschland hat zwar das Ende der Atomkraftnutzung beschlossen. Ein Ende des Atomzeitalters ist das hierzulande jedoch noch lange nicht

40

ATOMKATASTROPHEN**VON MAJAK ÜBER CHURCH ROCK BIS FUKUSHIMA**

Super-GAU und Dammbbruch, Reaktorfeuer und Explosionen: Was nicht passieren darf, geschieht doch immer wieder

42

IAEA UND EURATOM**EINE FRAGE DER MACHT**

Die WHO wird in Atomfragen von der IAEA bestimmt. Und der EURATOM-Vertrag verpflichtet alle EU-Mitglieder zur Förderung der Kernkraft

44

ATOMWAFFEN**DAS NEUE WETTRÜSTEN**

Ein Atomkrieg kennt keinen Sieger. Dennoch erneuern Atommächte ihre Arsenale und setzen auf »kleine Nuklearwaffen«

46

ATOMBOMBENTESTS**SEIT 1996 VERBOTEN**

Die erste Atombombe wurde am 16. Juli 1945 in Alamogordo in New Mexico gezündet. Es folgten 2057 weitere Tests, zuletzt durch Nordkorea 2017

48

URANWAFFEN**DU: KÜRZEL FÜR DEN KRIEG OHNE ENDE**

Projektilen, die Panzer durchdringen, gehören heute zum Arsenal jeder Artillerie. Ihre Geschosse bestehen aus preiswertem Uran-238

50

ATOMMÜLL I**ENDLAGER MEER**

Zwischen 1946 und 1993 haben vor allem Großbritannien und die Sowjetunion ihren Atommüll im Meer verklappt – bis 1975 sogar hochradioaktive Abfälle

52

ATOMMÜLL II**DER ORT, DEN ALLE SUCHEN**

Weltweit steht nur ein Endlager für hochradioaktive Abfälle kurz vor seiner Fertigstellung. Doch es gibt inzwischen 380 000 Tonnen hochradioaktiven Atommüll

54

ENERGIEWIRTSCHAFT**PROGNOSE: AUSGESTRAHLT**

Seit Jahrzehnten wird die Renaissance der Atomenergie ausgerufen. Die Wirklichkeit: Milliardenverluste, Zeitverzögerungen und die Konkurrenz der Erneuerbaren

56

KLIMAWANDEL**ATOMSTROM IST KEIN KLIMARETTER**

Die Atomindustrie arbeitet an der vierten AKW-Generation und argumentiert mit dem Klimawandel. Im Rahmen der EU-Taxonomie soll Kernenergie deshalb sogar als »nachhaltig« eingestuft werden. Ein absolutes Unding

2 Impressum

4 Inhalt

6 Mitarbeiter*innen und Autor*innen

7 Vorwort

58 Glossar

59 Die Partner*innen

AUTOR*INNEN UND EXPERT*INNEN

Europa

Dr. Günter Baitsch (Lörrach, DE)

Kardiologe, ehemaliges Vorstandsmitglied der IPPNW Schweiz, gründete 2010 die Arbeitsgruppe Uran

Thorben Becker (Berlin, DE)

Jurist, Leiter Kohlepolitik in der Bundesgeschäftsstelle des BUND

Michael Beleites (Blankenstein, DE)

Gärtner, Autor »Pechblende« (1988)

Claus Biegert (München, DE)

Umweltjournalist, Initiator des World Uranium Hearing, Mitgründer des Nuclear-Free Future Award

Dr. Bruno Chareyron (Valence, FR)

Nuklearphysiker, Gründer von CRIIRAD, zahlreiche Recherchen in Afrika; NFFAward 2016

Peter Diehl (Arnsdorf, DE)

Betreiber der Internetplattform WISE Uranium Project. Bietet die umfassendste Übersicht zur Urangewinnung

Matthias Eickhoff (Münster, DE)

Sprecher Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen

Franza Drechsel (Berlin, DE)

Sozialwissenschaftlerin, Projektmanagerin im Afrika-Referat der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Raphaël Granvaud (Aubenas, FR)

Umweltjournalist, Autor von »Areva en Afrique«

Sascha Hach (Berlin, DE)

Friedensforscher, Politikwissenschaftler und ehemaliges Vorstandsmitglied von ICAN Deutschland

Dr. Horst Hamm (München, DE)

Umweltjournalist, Schwerpunkte Atomkraft, Erneuerbare Energien, geschäftsführender Vorstand der Nuclear Free Future Foundation

Günter Hermeyer (Lüchow-Dannenberg, DE)

Anti-Atom-Aktivist bei der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Marion Küpker (Hamburg, DE)

Friedensaktivistin und Koordinatorin der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen für die Abschaffung von Atomwaffen

Suzanne Krause (Boisdon, FR)

Umweltjournalist

Manfred Kriener (Berlin, DE)

Umweltjournalist, Mitgründer und Chefredakteur von ZO2, Mitgründer der taz

Dr. David Lowry (Stoneleigh, GB)

Mitglied von Nuclear Transparency Watch, NFFAward 2001



Prof. Dr. Manfred Mohr (Berlin, DE)

Völkerrechtler an der Akademie der Wissenschaften in Berlin, Mitgründer von ICBUW

Dr. Alex Rosen (Berlin, DE)

Kinderarzt an der Charité, ehemaliger Vorsitzender von IPPNW Deutschland

Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake (Bremen, DE)

Physikerin an der Uni Bremen, Studien zu ionisierenden Strahlen in niederen Dosisbereichen; NFFAward 2003

Myclé Schneider (Paris, FR)

Berater, Mitherausgeber des jährlichen World Nuclear Industry Status Report

Patrick Schukalla (Berlin, DE)

Mitarbeiter Institut für Geographische Wissenschaften/FU Berlin; promoviert über Uranabbau in Tansania

Susi Snyder (Utrecht, NL)

Bei PAX Christi Leiterin der Projektgruppe »No Nukes – Keine Atomwaffen« und Initiatorin der Kampagne »Don't Bank on the Bomb!«, Mitglied von ICAN

Heinz Stockinger (Salzburg, OE)

Hochschuldozent für Französisch, Gründer der »Plattform gegen Atomgefahren / für neue Energien« (PLAGE) in Salzburg

Günter Wippel (Freiburg, DE)

Organisierte die erste Rundreise des afrikanischen Widerstands gegen Uranabbau; Gründer von uranium-network.org

Nordamerika

Klee Benally (Flagstaff, AZ/USA)

Aktivist, Musiker, Filmemacher. Angehöriger der Diné-Nation, Initiator »Clean Up The Mines!«

Prof. Dr. Doug Brugge (Boston, MA/USA)

Biologe und Mediziner an der Tufts University of Medicine, ausführliche Untersuchungen bei Diné-Bergleuten

Robert Del Tredici (Montreal, QU/CAN)

Fotograf und Künstler, dokumentierte die Folgen des Reaktorunfalls von Harrisburg; gründete 1987 die Atomic Photographers Guild

Winona LaDuke (White Earth Reservation,

MN/USA). Aktivistin, Politikerin, Schriftstellerin, Angehörige der Anishinabe-Nation, brachte das Thema Uranbergbau 1977 erstmals vor die Vereinten Nationen in Genf

Leona Morgan (Albuquerque, NM/USA)

Anti-Atom-Aktivistin, Sozialarbeiterin, Angehörige der Diné-Nation

Linda Pentz-Gunter (Tacoma Park, MD/USA)

Umweltjournalistin, Mitgründerin von Beyond Nuclear, betreibt die Internetplattform Beyond Nuclear International

Dr. Manuel Pino (Scottsdale, AZ/USA)

Soziologe, Angehöriger der Tewa-Nation von Acoma; promovierte über die »Auswirkungen des Uranbergbaus auf die indianischen Kulturen«; NFFAward 2008

Paul Robinson (Albuquerque, NM/USA)

Direktor am Southwest Research and Information Center, Experte für die Sanierung von Uranbergbau, setzt sich für die Entschädigung von Diné-Bergleuten ein

Charmaine Whiteface (Rapid City, SD/USA)

Biologin, Aktivistin, Angehörige der Lakota-Nation, Gründerin der Defenders of the Black Hills; NFFAward 2007

Afrika

Bertchen Kohrs (Windhoek, NA)

Umweltaktivistin und Gründerin von Earth Life Namibia

Golden Misabiko (Lubumbashi, DRK)

Anti-Uran-Aktivist und Präsident von ASADHO, deckte Korruption und Geheimabsprachen der Regierung mit Areva auf und musste ins Exil fliehen; NFFAward 2014, 2021 verstorben

Dr. Ibrahima Thiam (Dakar, SN)

Programmkoordinator für Natürliche Ressourcen und Klimawandel in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Westafrika

Australien

Mia Pepper (West Perth, WA)

Umweltaktivistin des Conservation Council for Western Australia; Schwerpunkt Bergbau auf indigenem Land

Asien

Shri Prakash (Ranchi, Jharkhand, IN)

Dokumentarfilmer, Umwelt-Aktivist, der mit seinen Filmen den Kampf indigener Gesellschaften in Bihar und Jharkhand aufzeigt

VORWORT

Von Winona LaDuke

In einem Schöpfungsmythos der Diné, einem indigenen Volk im Südwesten der USA, ist die Rede von zwei Sorten gelben Staubs: Die gelben Pollen der Maispflanze werde ihr Leben sichern, so wurde den ersten Menschen eingeschärft, der andere gelbe Staub hingegen werde ihr Leben bedrohen. Ihn, so wurden sie gewarnt, dürften sie nie aus der Erde holen. Ein großes Unglück würde sonst über sie kommen.

Das Unglück kam. Das Uran, das weltweit gehandelt wird, trägt sogar einen Namen, der an diese Geschichte vom Beginn der Zeit erinnert. Er heißt Yellowcake – Gelber Kuchen. Über dreitausend Diné, wie sich die Navajo selbst nennen, arbeiteten in den 50er Jahren in den Urangruben, ohne spezielle Arbeitskleidung und ohne jeglichen Strahlenschutz. Bedeckt mit radioaktivem Staub gingen sie nach Hause zu ihren Familien – und verseuchten diese, ohne es zu wissen. Noch immer sterben die Menschen im Dinétah, dem Land der Navajo, die Gefahr ist nicht gebannt, denn an die tausend verlassene Minen belasten bis heute die Region.

Wenn wir als indigene Menschen von Turtle Island – wir nennen Nordamerika die Schildkröteninsel – gegen den Abbau von Uran Widerstand leisten, dann geschieht das Schulter an Schulter mit allen indigenen Völkern dieser Welt, die denselben Kampf führen. Es geht dabei nicht nur um unser Überleben, sondern um das Überleben aller Lebewesen. Wir sind alle verwandt. Die industrielle Gesellschaft führt einen Krieg gegen die Erde. Wir betrachten uns als Kinder der Erde, daher ist dieser Krieg ein Krieg gegen uns.

Die ersten Bewohner*innen Australiens sprechen eine ähnliche Warnung aus: Wer den Schlaf der Regenbogenschlange stört, entfesselt Kräfte des Unheils, die wir Menschen nicht bändigen können. Wenn wir die Uranadern aufreißen, sagen die Aborigines im Nordwesten des Kontinents, wecken wir die schlafende Schlange. Es braucht nicht viel Vernunft, um zu erkennen, dass der nukleare Weg ein Weg in den Abgrund ist.

Uran ist auch nicht einfach da und wartet auf seine Verwertung. Dieses Bild verbreiten Medien und Schulbücher: Rohstoffe würden nahezu darauf warten, die westliche Zivilisation und die Infrastruktur der modernen Welt aufrecht zu erhalten. Der Uranbergbau ist dabei nicht die einzige Bedrohung, die Gewinnung von Öl aus Teersand hinterlässt ebenfalls tote, unbewohnbare Landschaften. Doch woher die Ressourcen kommen und welche Verwüstung ihre Gewinnung bedeutet, wird unserem Blick entzogen. Was ist das für eine Zivilisation,

in der wir die Wahrheit nicht erfahren dürfen? In unseren indigenen Kulturen bringen wir den Kindern bei, dass wir Menschen für die Folgen unseres Handelns verantwortlich sind. Doch Verantwortung können wir nur übernehmen, wenn wir die Folgen unseres Handelns kennen. Diese industrielle Gesellschaft hat Angst vor der Wirklichkeit.

Die klügsten Köpfe des nuklearen Establishments haben sich Jahrzehnte den Kopf zermartert über die Frage: Wohin mit dem Atommüll? Eine Lösung erschien ihnen in den USA sehr attraktiv: Bei Nacht und Nebel aufs Indianerreservat! Damit stehen wir Indigenen am Anfang und am Ende der nuklearen Kette. Jede Nation, die sich der Atomenergie verschrieben hat, muss sich klar werden, dass sie sich mitschuldig macht. Uran bringt uns um.

Ich möchte noch eine andere Prophezeiung heranziehen, diesmal von meinem Volk, den Anishinabe, auch Ojibway genannt. Sie spricht von einer Zeit, in der wir an einer Gabelung stehen werden und uns zwischen zwei Wegen entscheiden müssen: Der eine Weg ist ausgetreten und versengt, der andere kaum benutzt und grün. Wir stehen jetzt an dieser Stelle. Die Zukunft offenbart sich grün, auch für uns indigene Völker. Um ihren Ausstoß an CO₂ zu verringern, müssen die USA in den nächsten zehn Jahren saubere Kraftwerke mit einer Leistung von 185 000 Megawatt installieren. Da können wir unseren Teil dazu beitragen, denn wo wir wohnen, weht häufig der Wind, und die Sonne scheint auch. Die Reservate bieten ein Potenzial von 200 000 Megawatt. Wir Indigene haben die Möglichkeit, im verschwenderischsten und zerstörerischsten Land der Welt eine Alternative aufzubauen. Doch wir müssen achtsam sein, denn die Atomindustrie will uns weismachen, dass sie eine Klimaretterin sei. Wir müssen uns alle zusammentun und den grünen Pfad betreten – nicht den versengten, ausgetretenen.

Lasst uns auf dem grünen Pfad treffen. Lasst das Uran in der Erde.

Winona LaDuke, geboren 1959, Aktivistin, Autorin und Angehörige der Anishinabe-Nation, lebt im Reservat White Earth im Norden des US-Bundesstaates Minnesota. 1977 sprach sie als Highschool-Absolventin vor der UNO in Genf und offenbarte erstmals, dass das meiste Uran Nordamerikas auf indigenem Land abgebaut wird.

DER WEG DES URANS

Aus der Erde in die Sackgasse

1789 isoliert Heinrich Klaproth aus dem Mineral Pechblende ein neues Element. Er nennt es Uran nach dem Planeten Uranus. Es ist ein instabiles, radioaktives Schwermetall und erhält die Ordnungszahl 92. Nachdem 1938 die Kernspaltung entdeckt wird, beginnt das Atomzeitalter. Uran wird Grundstoff für Atombomben und Atomstrom

(CC) URANATLAS 2022 / WISE Uranium Project / SIPRI / IAEA / eigene Recherche

1 000 t Uranerz => 1 t Uran in Yellowcake => 7,11 kg spaltbares Uran-235

VERFAHREN DES ABBAUS

Uran findet sich in verschiedenen Uranmineralien. Uranerz besteht aus diesen Mineralien und dem Begleitgestein. Um es zu gewinnen, muss je nach Lagerstätte unterschiedlich viel Material entfernt werden: der Abraum. Die Urankonzentration im Erz variiert stark.

Bei einem »normalen« Urangehalt von zum Beispiel 0,1 Prozent müssen 1 000 Tonnen Erz für eine Tonne Uran abgebaut werden. Lange wurde Uran nur unter Tage und im Tagebau gewonnen. Seit den 80er Jahren wird auch In-situ Leaching als Verfahren genutzt.

AUFBEREITUNG

Beim konventionellen Abbau wird das Erz mechanisch zerbrochen und gemahlen und das Uran anschließend chemisch heraus gelöst. Es entsteht Uranoxid U_3O_8 , mit 99,284 Gewichtsprozent nicht spaltbarem Uran-238 und nur 0,711 Gewichtsprozent spaltbarem Uran-235. Der gehandelte Yellowcake enthält bis zu 75 Prozent Uran. Die dabei entstehenden giftigen Schlämme, die sogenannten Tailings, werden in riesigen oberirdischen Becken langfristig gelagert.



KONVERSION

In Konversionsanlagen wird der Yellowcake in Urantetrafluorid (UF_4) und schließlich Uranhexafluorid (UF_6) umgewandelt, das für die Uran-Anreicherung gebraucht wird.

DAS ERBE DER MINEN

99,9 Prozent des Uranerzes bleiben in Tailingbecken zurück. Sie sorgen auch nach Schließung einer Mine dafür, dass die Gebiete radioaktiv kontaminiert sind. In den USA wurde hierzu der Begriff National Sacrifice Area – Nationales Opfergebiet – eingeführt. Sie befinden sich überwiegend auf den Territorien indigener Völker.

Weltweit protestieren Menschen in allen Atomstaaten gegen die Nutzung von Uran. Und auch in Abbau-ländern wächst der Widerstand. 70 Prozent des weltweiten Urans stammt vom Land indigener Völker. Auf allen Kontinenten fordern Vertreter*innen dieser Völker: Das Uran muss in der Erde bleiben.

W I D E R

ANREICHERUNG

In weltweit 13 Anreicherungsanlagen wird der Uran-235-Anteil erhöht, 38 Brennelementfabriken stellen Brennstoff für AKWs her. Mit den Fabriken in Gronau und Lingen ist Deutschland unbefristet am Atomgeschäft beteiligt.

spaltbares
URAN-235

auf
3-5%
angereichert

auf ca.
90%
angereichert

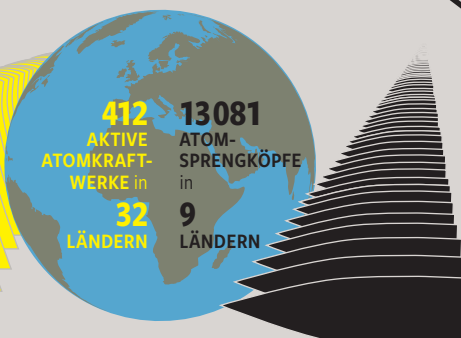
ABGEREICHERTES URAN

GEFÄHRLICHES NEBENPRODUKT

Abgereichertes Uran, im Fachjargon Depleted Uranium (DU), enthält hauptsächlich Uran-238 und nur 0,2 bis 0,3 Gewichtsprozent spaltbares Uran-235. Das extrem dichte Schwermetall ist Strahlmüll, wird aber als Rohstoff deklariert und zum Teil für panzerbrechende Munition verwendet.

ZIVILE NUTZUNG

Auf drei bis fünf Prozent angereichertes Uran-235 wird für die Herstellung von Brennstäben für Kernkraftwerke in 32 Ländern verwendet. Über 70 Prozent des Atomstroms wird in den USA, Frankreich, China, Russland und Südkorea produziert.



MILITÄRISCHER EINSATZ

Auf über 90 Prozent angereichertes Uran-235 wird für Kernwaffen benutzt. Bei der Zündung einer Atombombe wird das spaltbare Material (Uran-235 oder Plutonium) zur kritischen Masse vereinigt. Es kommt zu einer nuklearen Kettenreaktion und damit zur Atomexplosion.

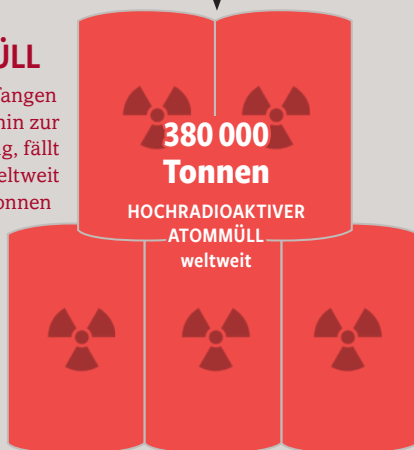
WIEDERAUFBEREITUNG

In Wiederaufbereitungsanlagen in China, England, Frankreich, Indien, Pakistan und Russland werden aus abgebrannten Brennstäben noch verwendbares Uran-235 und Plutonium extrahiert. Damit wird die Atommenge insgesamt um den Faktor zehn vergrößert.



STRAHMENMÜLL

In jedem Schritt, angefangen beim Uranabbau bis hin zur Wiederaufbereitung, fällt Strahlmüll an. Weltweit warten etwa 380 000 Tonnen hochradioaktiver Abfall auf eine sichere Endlagerung – nicht mitgerechnet: die Halden der Uranminen. Kein Land der Welt hat bislang ein Endlager für die strahlende Altlast.



KONTROLLE?

Die International Atomic Energy Agency (IAEA) in Wien hatte ursprünglich den Auftrag, die zivile Nutzung der Atomkraft zu fördern und in den einzelnen Staaten zu etablieren. Heute muss sie vor allem auch darüber wachen, dass bombenfähiges Uran wie auch Plutonium nicht weiter verbreitet werden.

Die australische Regenbogenschlange ist zu einem Symbol für die Bewegung geworden: Die Schlange schläft in der Erde und darf nicht erwachen, so eine Warnung der Aboriginals, denn ihre Kräfte kann der Mensch nicht bändigen.

S T A N D

DAS TÖDLICHE ERZ

Die Schrecken eines Atomkriegs oder eines Super-GAU bestimmen die öffentliche Wahrnehmung des Uran. Dabei kostet bereits die Gewinnung von Uranerz Menschenleben

Die nukleare Kette beginnt immer mit der Bereitstellung des spaltbaren Materials und dem Abbau von Uran. Hierzulande ist dies praktisch kein Thema. Bergbau- und Abbauländer hüllen sich bei Gesundheitsrisiken in Schweigen, AKW-Konzerne sprechen von »sauberer« und CO₂-armer Stromerzeugung, die Hersteller von Brennstäben und die Betreiber von Urananreicherungsanlagen verweigern die Auskunft darüber, woher ihr Rohstoff Uran überhaupt stammt. In der DDR wurde das Erz sogar unter dem Tarnnamen »Wismut« abgebaut.

Uran kommt überall in der Erde und meist nur in sehr geringen Konzentrationen vor. Am unteren Ende der abbauwürdigen Vorkommen liegt derzeit die Rössing-Mine in Namibia mit etwa 0,03 Gewichtsprozent Uran, inzwischen wird aber bereits der Abbau von Lagerstätten mit so geringen Konzentrationen wie 0,017 oder gar 0,01 Gewichtsprozent angedacht. Am oberen Ende liegt aktuell die Mine Cigar Lake in Kanada mit circa 13 Gewichtsprozent Uran. Zumeist müssen deshalb im Tage- und Untertage-Abbau große Erzmengen gefördert werden, um einen nennenswerten Ertrag zu bekommen: Bei einem Urangehalt von 0,1 Prozent bleiben pro geförderte Tonne 999,9 Kilo als Abfall zurück. Er kontaminiert die Umgebung auf Jahrtausende.

Warum das so ist, liegt an den Eigenschaften des Rohstoffs: Uran ist ein Schwermetall, das zunächst wie Blei oder Quecksilber chemotoxisch wirkt. Gleichzeitig ist Uran kein stabiles Element, sondern bereits in natürlicher Form radioaktiv und damit radiotoxisch. Es zerfällt zu anderen Elementen, die Alpha-, Beta- und Gammastrahlung freisetzen, bis am Ende der Zerfallsreihe das stabile Blei-206 übrig bleibt. Im Uranbergbau sind deshalb Fein- und Grobstäube voll von strahlenden Partikeln und die Atemluft Radongas belastet – ein Hauptgrund für den Lungenkrebs vieler Bergarbeiter*innen. Das Trinkwasser wird mit Uran und seinen Zerfallsprodukten genauso kontaminiert wie die Nahrungskette. Selbst wenn ein Organismus nur geringer Strahlung ausgesetzt wird, kann er Schaden nehmen.

Bergarbeiter*innen müssen schwere körperliche Arbeit verrichten und deshalb schwer atmen. Im Tagebau wie unter Tage sind sie Lärm, Staub, Schwermetallen, Radon und ionisierender Strahlung ausgesetzt. Grund- und Grubenwasser sind verschmutzt. Die Arbeiter*innen leiden deshalb am stärksten unter Folgeerkrankungen. Ihre Familien können über Nahrung, belastete Kleidung, verschmutztes Trinkwasser sowie toxische und radioaktive Staubteilchen kontaminiert werden.

Bereits im ausgehenden Mittelalter war die »Schneeberger Lungenkrankheit« ein Begriff. Arbeiter*innen aus Silberminen im Erzgebirge erkrankten an ihr. Kein Mensch konnte seinerzeit die vielen mysteriösen Todesfälle erklären. Heute weiß man, dass es Lungenkrebs war – verursacht durch Radon

und Uranstaub. Beim Zerfall von Uran und seinen Zerfallsprodukten werden Alpha-, Beta- und Gamma-Strahlung freigesetzt. Ionisierende Strahlen können grundsätzlich dazu führen, dass von ihnen getroffene Körperzellen absterben. Überleben sie, kann ihre Erbsubstanz geschädigt werden. Derartig veränderte Zellen vererben die geschädigte Erbsubstanz an ihre »Nachfolgerinnen« und können deshalb noch nach Jahrzehnten zu bösartigen Tumoren führen. Da Schwermetalle jenseits der ionisierenden Strahlung toxisch wirken, potenziert sich bei Uranarbeiter*innen und ihren Familien die Gefahr, an Krebs zu erkranken. Das Ungeborene ist besonders empfindlich, da sein Organismus noch in der Entwicklung ist. Es kommt zu Totgeburten, Frauen werden seltener schwanger. Kinder in Abbauregionen erkranken außerdem häufiger an Leukämie als anderswo. Für Erwachsene sind Lungen- und Rachenkrebs, Herz-Kreislauf- und Immunschwächeerkrankungen typisch, hinzu kommen psychische Störungen. Indigene Bewohner*innen von Abbauregionen berichten außerdem von

Die Dauer von Unendlich

Die Zerfallsreihe von Uran-238 zu Blei-206

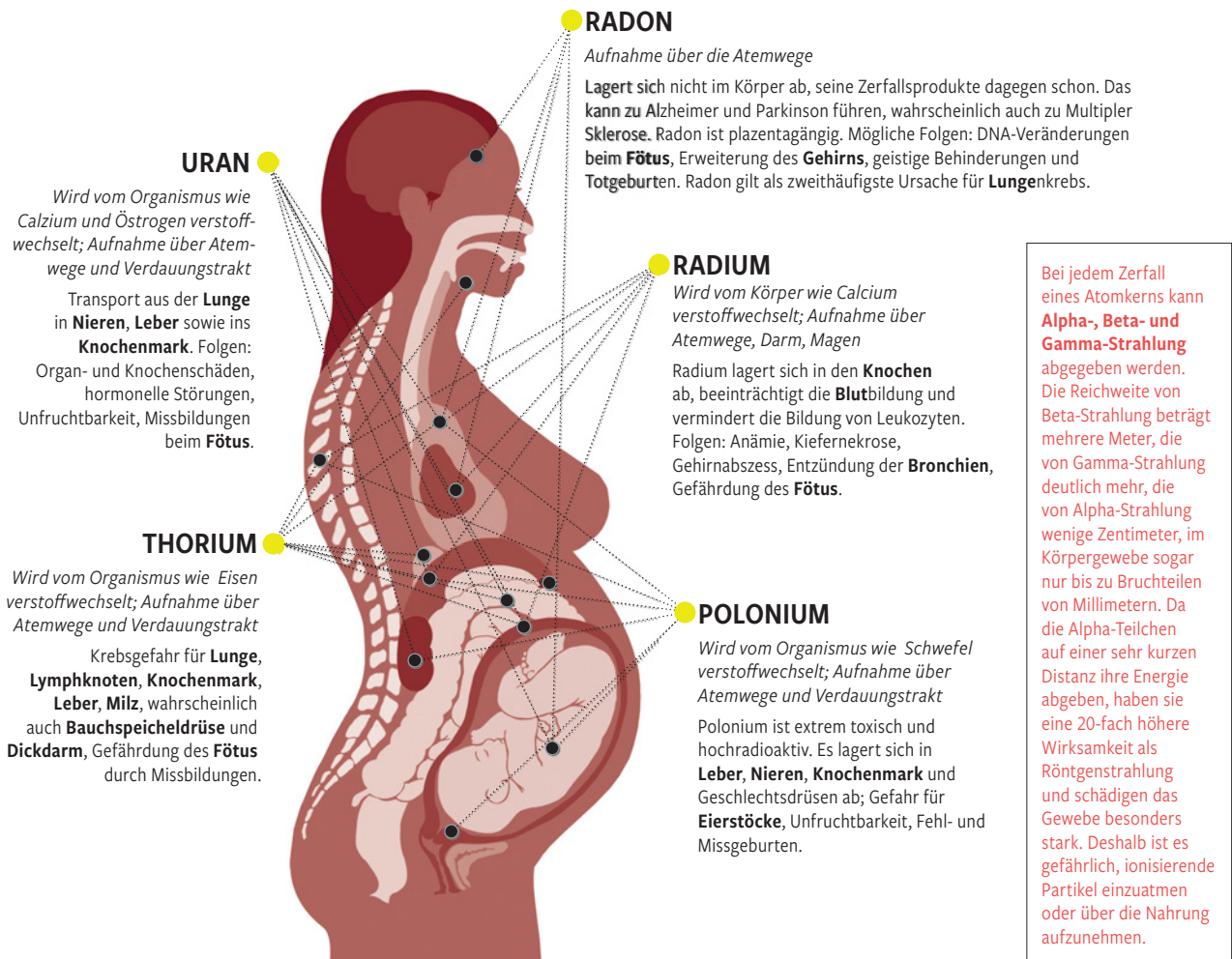


(CC) URBANATLAS 2022 / CC-BY-SA-3.0

Auswirkungen auf Organe, Hirn, Fötus und Skelett

Was Uran, Thorium, Radium, Radon und Polonium für den Körper bedeuten

(CC) URANATLAS 2022 / Yoko Tonohira / Radiation Monitoring Project



Niereninsuffizienz, sowie vermehrt von Diabetes Typ2. Die Datenlage dazu ist dünn und wissenschaftlich nicht belastbar. Da sich jedoch die Aussagen aus allen Kontinenten ähneln, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass viele Erkrankungen eine direkte Folge des Uranbergbaus sind.



Uran wirkt als Schwermetall chemotoxisch. Gleichzeitig ist es radioaktiv, weil es kein stabiles Element ist

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Berlin bestätigt die Erkenntnisse durch eine weltweit einzigartige Untersuchung: In der sogenannten Kohorten-Studie sind 59000 Arbeiter*innen erfasst, die am Uranbergbau der Wismut beteiligt waren. Die Ergebnisse der Studie, veröffentlicht auch im »British Journal of Cancer«, zeigten einen Anstieg der Lungenkrebsrate um 50 bis 70 Prozent sowie über 7000 strahleninduzierte Todesfälle unter den 59000 untersuchten Studienteilnehmer*innen (11,9 Prozent). Es ergab sich eine signifikante Korrelation zwischen Arbeitszeit und Krebsrisiko (21 Prozent höheres Risiko pro Arbeitsmonat). Raucher*innen

und Nichtraucher*innen unter den Bergleuten hatten übrigens ein in gleicher Weise erhöhtes Risiko.

Kritiker*innen fordern, Konzerne, die Uran abbauen, in die Verantwortung zu nehmen und zu kontinuierlichen betriebsärztlichen Untersuchungen zu verpflichten, die auch die umliegende Bevölkerung mit einschließen. Diese Resultate müssen veröffentlicht werden. Für Kompensationszahlungen an erkrankte Mitarbeiter*innen und die umliegende Bevölkerung fehlen bislang eindeutige Kriterien. Weder Bergbau-Konzerne noch staatliche Institutionen sind an derartigen Untersuchungen, deren Veröffentlichung und der Entschädigung von Erkrankten oder Hinterbliebenen interessiert.

Nach Ansicht seiner Gegner*innen verletzt Atomstrom letztlich das Recht der Menschen auf körperliche Unversehrtheit. Bergarbeiter*innen in Niger und Namibia dürfen offiziell einer Strahlenbelastung von 20 Millisievert im Jahr ausgesetzt werden. Das ist so viel, als würden ihre Lungen fünfhundert- oder ihre Zähne zweitausendmal geröntgt. ●

Weiterführende Informationen

Otto Hug Strahleninstitut: W. Mämpel, S. Pflugbeil, R. Schmitz, I. Schmitz-Feuerhake, Unterschätzte Gesundheitsgefahren durch Radioaktivität, Bericht Nr. 25
Wismut-Kohortenstudie des BfS: bfs.de, Rubrik Wissenschaft

KOLONIALES ERBE

Bis in die 1970er Jahre war die Uranförderung zum größten Teil militärisch begründet. Sie ging von Anfang an zu Lasten der lokalen Bevölkerung, besonders indigener Gesellschaften. Daran hat sich bis heute wenig geändert

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde Uran erstmals als Nebenprodukt in englischen und sächsischen Minen gewonnen. Mit dem Schwermetall konnten Keramiken bemalt und sogenanntes Vaselineglas hergestellt werden. Erst mit der Entdeckung, dass man zur Kernspaltung Uran-235 braucht, und dem Bau der ersten Atombomben während des Zweiten Weltkriegs kam es zum aggressiven Abbau. Das

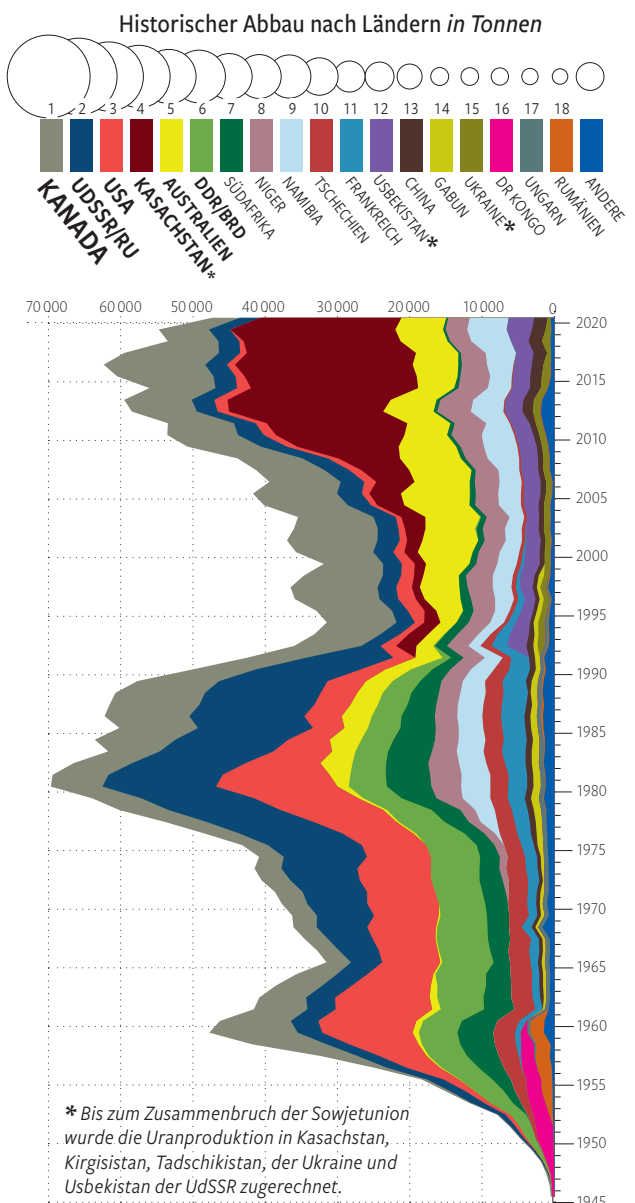
Schwermetall wurde bis weit in die 1960er Jahre vor allem zu militärischen Zwecken und zum Aufbau der Abschreckungsarsenale in Ost und West abgebaut.

Den Rohstoff für das Manhattan-Projekt – der Entwicklung der Atombombe während des Zweiten Weltkrieges – bekam die US-Regierung aus dem damaligen Belgisch-Kongo und aus Kanada. In der kongolesischen Shinkolobwe-Mine wurde Uran Anfang der 1920er Jahre entdeckt und später gezielt abgebaut. Das Erz enthielt bis zu 65 Prozent Uran, so viel wie keine andere Mine auf der Welt. In Kanada wurde Uran 1930 in der Region des Great Bear Lake entdeckt.

Während sich noch kein US-Präsident für die atomare Verwüstung von Hiroshima und Nagasaki entschuldigt hat, taten dies die kanadischen Dene – selbst Opfer von Uranabbau – 53 Jahre nach dem Abwurf. Weil auch von ihrem Territorium Uran für die ersten Bomben stammt, fühlten sie sich für die Zerstörung mitverantwortlich.

Der Uranabbau kann nicht losgelöst von kolonialen Kontinuitäten betrachtet werden. Schon ein oberflächlicher Blick auf die Ungleichverteilung von Orten der Rohstoffproduktion und der Nutzung von Atomenergie zeigt die Parallele zu kolonialer und neokolonialer Ausbeutung. Von den 1940er bis in die 1980er Jahre hinein kam der überwiegende Teil des für amerikanische, britische und französische Bomben und Reaktoren genutzten Urans aus damaligen, ehemaligen oder »internen« Kolonien. Auch das Uran aus Kanada kam aus den indigenen, nie abgetretenen Gebieten der Dene, die bis heute unter dem Uranbergbau leiden. Ein anderer Teil stammt aus der Elliott Lake Region – wo bis heute das nahegelegene Reservat radioaktiv belastet wird. In der Provinz Quebec verhinderten die James Bay Cree 2015 neue Uranminen. Bis heute besteht dort de facto ein Moratorium. Geschichte und Gegenwart des Uranbergbaus sind dementsprechend eng mit der Missachtung indigener Rechte verbunden.

Uranproduktion 1945 bis 2020



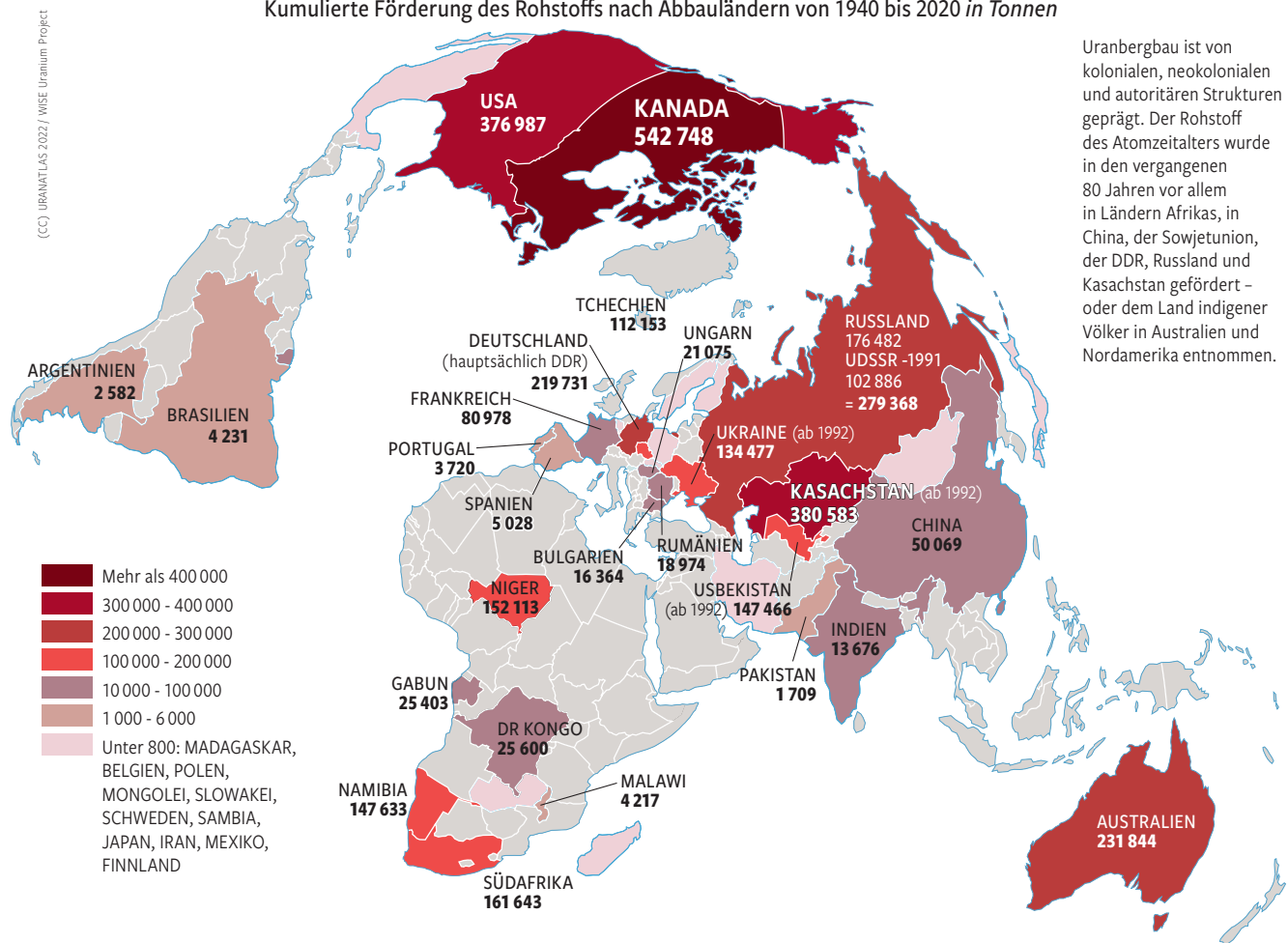
Uranbergbau begann im damaligen Belgisch-Kongo und in Kanada. Heute ist Kasachstan das wichtigste Förderland

Während die USA nach dem Zweiten Weltkrieg eine Aufkaufgarantie für Uran aus dem eigenen Land gaben und unzählige private Firmen anlockten, war Uranbergbau in Frankreich und der Sowjetunion Staatssache. Ganz Afrika geriet ins Blickfeld, in der DDR und der Tschechoslowakei entstand eine riesige Bergbau-Industrie.

Doch erst mit der zivilen Nutzung der Atomenergie wurde Uran in den 70er Jahren zu einem kommerziellen Rohstoff und Uranbergbau zu einem Geschäftsfeld priva-

Uran für die Welt

Kumulierte Förderung des Rohstoffs nach Abbauländern von 1940 bis 2020 in Tonnen



Uranbergbau ist von kolonialen, neokolonialen und autoritären Strukturen geprägt. Der Rohstoff des Atomzeitalters wurde in den vergangenen 80 Jahren vor allem in Ländern Afrikas, in China, der Sowjetunion, der DDR, Russland und Kasachstan gefördert – oder dem Land indigener Völker in Australien und Nordamerika entnommen.

ter Konzerne. Wurden 1950 gerade einmal 4800 Tonnen aus dem Boden geholt, waren es 1980 fast 70 000, so viel wie in keinem Jahr zuvor und danach. Seinerzeit wurden am Spotmarkt über vierzig US-Dollar für ein POUND Uran (454 Gramm) bezahlt. Je weniger sich Bergbauunternehmen um die Gesundheit der Arbeiter*innen und die Sicherung der Minen und Tailings

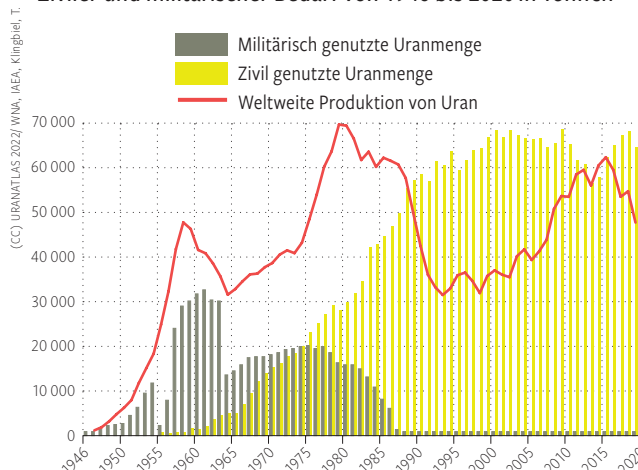
kümmerten, desto höher war ihr Profit. Und weil Uranbergbau in der breiten Öffentlichkeit (bis heute) praktisch kein Thema ist, achtete auch kaum jemand auf notwendige Sicherheits-, Strahlenschutz- und Gesundheitsstandards.

Mit dem Ende des Kalten Krieges endete der militärische Bedarf an Uran. Durch die Atomkatastrophen in Tschernobyl und vor allem Fukushima sowie die Stilllegung sämtlicher Atomkraftwerke in Japan ging auch die zivile Nachfrage deutlich zurück. Mehr noch: Die Atommächte deckten nach 1990 ihren Brennstoffbedarf zum Teil durch die Abrüstung ihrer Atomraketen. Der Uranspotmarktpreis sank auf ein historisches Tief von acht US-Dollar im Jahr 2002, stieg 2007 auf über 100 Dollar und liegt aktuell bei 46 Dollar (Stand: 24.1.2022). 2002 wurden weltweit nur noch 37 000 Tonnen Uran gefördert. 2020 waren es 47 731 (s. S. 32-33).

Historisch betrachtet ist Kanada der weltweit größte Uranförderer: 542 000 Tonnen und damit über ein Sechstel der gesamten Uranproduktion stammen von dort. Danach kommen die USA, gefolgt von Russland / der Sowjetunion, Kasachstan, der DDR und Australien. Seit 2009 ist Kasachstan das wichtigste Förderland, wobei der Staat kaum Informationen über Uranbergbau preisgibt. Schon gar nicht über Probleme. ●

Produktion und Verbrauch von Uran

Ziviler und militärischer Bedarf von 1946 bis 2020 in Tonnen



Weiterführende Informationen

Weltkarte atomarer Verwüstung: hibakusha-worldwide.org
 Informationen über den weltweiten Uranabbau: uranium-network.org

LIEFERANT FÜR DEN REICHEN NORDEN

Koloniale Strukturen bestimmten den Uranbergbau in Afrika von Anfang an. Über Jahrzehnte war Südafrika der wichtigste Uranlieferant des Kontinents, heute sind es Namibia und Niger

In Afrika begann Uranbergbau in den 30er Jahren im Kongo unter belgischer Kolonialherrschaft und katastrophalen Bedingungen in der Shinkolobwe-Mine. In Handarbeit und mit einfachstem Werkzeug lieferten die Bergleute dort den Rohstoff für den Bau der Atombombe. Der belgische Bergbaukonzern Union Minière hatte die Verfügungsgewalt über alle Bodenschätze des Landes. Strahlenschutz oder Gesundheitsvorsorge kannte er nicht. Wer sich der Ausplünderung widersetzte, wurde drakonisch bestraft.

Bis 1950 stammte über ein Drittel des weltweit geförderten Urans aus dieser Mine, es ging hauptsächlich in die USA. 1960 endete die Kolonialherrschaft formell. Das bedeutete aber nicht, dass das Land danach nicht mehr ausgebeutet wurde. Bergbau finanzierte den Bürgerkrieg, bis zu 20 Milliarden US-Dollar des kongolesischen Vermögens landeten auf Auslandskonten, so die »Financial Times«. Golden Misabiko, der Präsident der französischen Menschenrechtsorganisation ASADHO Katanga, widersetzte sich der Staatswillkür und deckte 2009 den heimlichen Vertrag zwischen den Präsidenten Joseph Kabila (DR Kongo) und Nicolas Sarkozy (Frankreich) auf, mit dem die Uranressourcen des Landes exklusiv dem französischen Atomkonzern Areva zugeschanzt wurden. Er wurde inhaftiert und gefoltert, konnte aber schließlich ins Exil fliehen.



Mit dem Ausbau der Atomenergie begannen Urankonzerne in den 60er Jahren in verschiedenen Staaten Afrikas nach Uran zu suchen

Mit dem Ausbau der Atomenergie gerieten etliche andere Länder Afrikas ins Blickfeld: Niger wurde zwar 1960 unabhängig, der französische Staat und Areva führten die koloniale Ausbeutung aber auf ihre Weise fort (s. S. 28-29). Die Uranförderung begann 1971 in Arlit am südlichen Rand der Sahara und wurde drei Jahre später in Akokan erweitert. Historisch betrachtet ist Niger der achtgrößte Uranproduzent der Welt. Der Uranreichtum hat den Menschen in Niger aber nichts gebracht, obwohl in der Zwischenzeit 152.000 Tonnen Uran das Land verlassen haben, was einem Weltmarktpreis von aktuell 40 Milliarden US-Dollar entspricht. Noch heute gehört das Land zu den ärmsten der Welt, hat jetzt aber eine strahlende Hinterlassenschaft: Almoustapha Alhacen gründete die lokale NGO Aghirin`man – in der Sprache der Tuareg »Schutz der Seele« – und ließ Wissenschaftler*innen des unabhängigen französischen Labors CRIIRAD das Arlit-Gelände untersuchen. »Was dort passiert, grenzt an fahrlässige Körperverletzung«, sagt CRIIRAD-Direktor Bruno Chareyron. »Die Belastung des Trinkwassers zum Beispiel ist zehn- bis hundertmal höher als der von der WHO empfohlene Grenzwert.« Straßen wurden –

wie anderswo auch – mit strahlenden Gesteinsresten befestigt. 35 Millionen Tonnen radioaktiver Abraum liegen offen um die Minen herum. Die Hintergrundstrahlung ist 200-fach erhöht. Aktuell sind drei neue Minen in Planung, DASA könnte bald eröffnet werden. Niger ist nicht das einzige afrikanische Land, in dem Areva nach Uran gesucht hat: In Gabun war der Konzern ebenfalls aktiv, hat den Uranbergbau aber schon Ende der 90er Jahre wieder beendet. Auch hier wurden Tailings und Abraumhalden nicht saniert.

Rio Tinto Zinc, heute Rio Tinto und eine der drei größten Bergbaugesellschaften der Welt, eröffnete 1976 mit Rössing die erste Mine in Namibia. Weitere folgten – mit allen negativen Folgen für die Bergleute: Sie bekamen im Krankheitsfall weiter Lohn, mussten aber Krankheitskosten selbst tragen. Ein Prozess gegen Rio Tinto scheiterte, weil zwei Arbeiter die Frist überschritten, in der sie Schadenersatz hätten fordern können.

In den Goldminen Südafrikas ist Uran zwar nur ein Nebenprodukt des Goldbergbaus, das Geschäft damit reichte aber, um Südafrika zum wichtigsten Uranproduzenten Afrikas zu machen. Weil der südafrikanische Goldrausch bereits Ende des 19. Jahrhunderts begann und die Bergbauunternehmen damals kein Interesse an Uran hatten, blieb das Schwermetall auf den Gesteinshalden als strahlender Abfall zurück. Direkt daneben wohnen die Bergleute mit ihren Familien. Inzwischen enthalten die Halden mehr Uran als manch neue Uranmine und werden erneut »ausgebeutet«. Unter dem Apartheidsystem Südafrikas gehörte es Jahrzehnte zum Standard, dass Arbeiter*innen mit verdächtigen Krankheitssymptomen einen letzten Monatslohn erhielten und entlassen wurden.

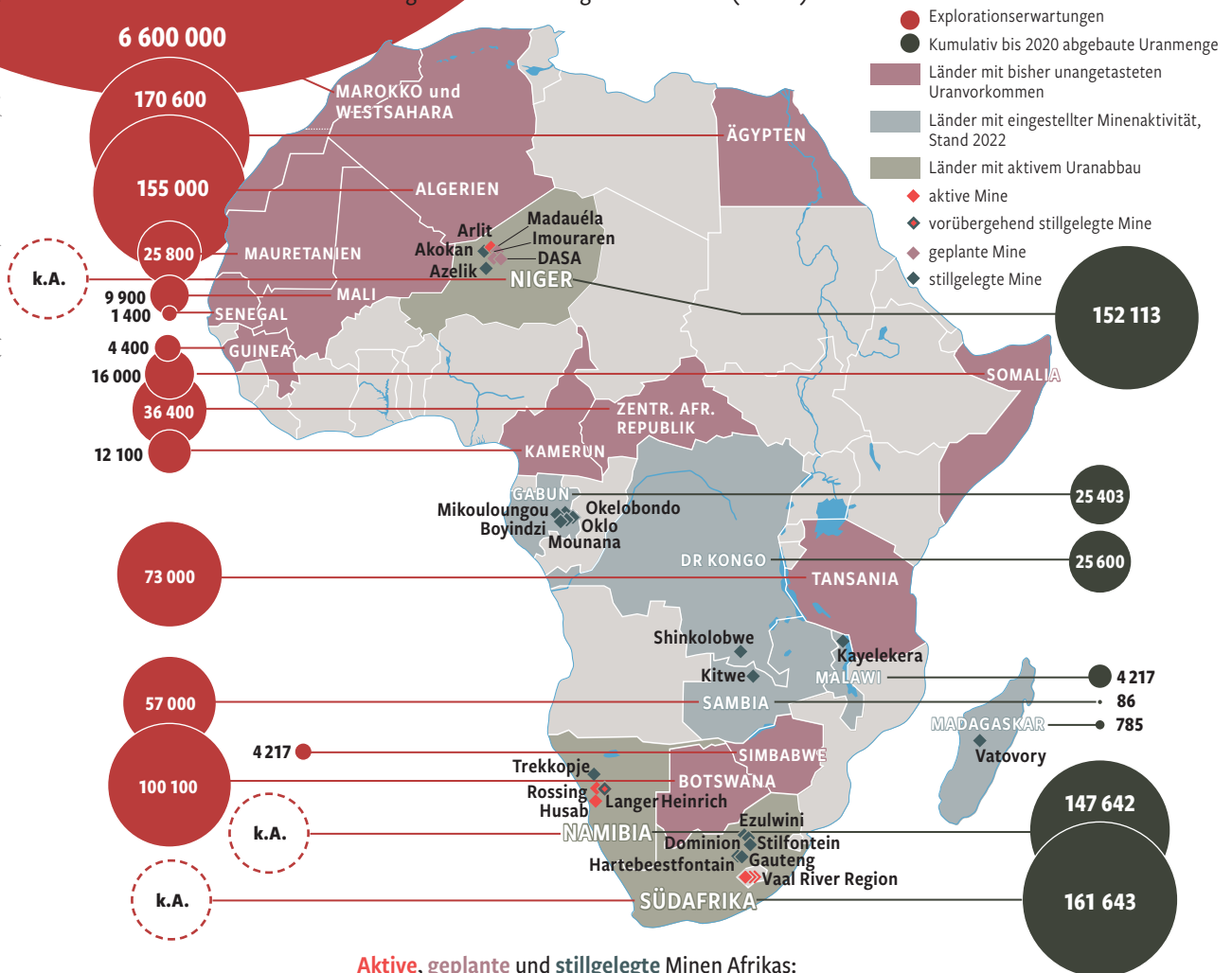
In den vergangenen Jahrzehnten gab es viele neue Explorationsanträge zum Abbau von Uran, auch mit deutscher Unterstützung, wie das Beispiel Tansania zeigt: Von 1978 bis 1982 suchte dort die Uranerzbergbau GmbH aus Bonn nach Uran. Ihre Datenbasis wurde nach der Jahrtausendwende zum Gegenstand von Spekulationen. Viele Bewohner*innen von Dörfern in der Nähe des südtansanischen Mkuju-River-Projekts sind nach Angaben tansanischer Menschenrechtsaktivist*innen frustriert. »Schon seit über zehn Jahren heißt es: Forschung und Exploration. Was den Menschen der Umgebung bleibt, ist unsichere Beschäftigung für nur wenige und für den Rest der Staub, den die Autos und LKWs aufwirbeln«, berichtet ein Aktivist aus Songea, der aus Sicherheitsgründen namentlich nicht genannt werden möchte.

Der gestiegene Uranpreis in den Jahren 2007 und 2008 hatte zu einem wahren Boom an Explorationsaktivitäten in Afrika geführt. Weil der Uranpreis aber wieder sank (s. S. 33), wurde, abgesehen von Husab und Langer Heinrich in Namibia und Kayelekera in Malawi, keine neue Mine eröffnet. Als Folge des niedrigen Preises musste die südafrikanische MinTails Konkurs anmelden, während Areva mit Steuergeldern vor dem

Uran unter afrikanischem Boden

Die Minen Afrikas und die Menge der noch nicht abgebauten Uranvorkommen (links) sowie die Gesamtmenge des bis heute abgebauten Urans (rechts) in Tonnen

(CC) URANATLAS 2022 / Abbau: WISE Uranium Project, Vorkommen: OECD, WNA



Active, geplante und stillgelegte Minen Afrikas:

Wem sie gehören und wie viel Uran bisher aus ihnen geholt wurde

GABUN

- ◆ **Mounana:** 5760 Tonnen, Tage- und Untertagebau, 1960-1999
 - ◆ **Oklo:** 14 649 Tonnen, Tage- und Untertagebau, 1970-1985
 - ◆ **Okelobondo:** 3 144 Tonnen, Untertagebau, 1988 geschlossen
 - ◆ **Boyindzi:** 2 471 Tonnen, Untertagebau, 1980-1991
 - ◆ **Mikouloungou:** 85 Tonnen, Tagebau, 1997-1999
- Eigner aller Minen in Gabun: Areva/Gabun

DR KONGO

- ◆ **Shinkolobwe:** 25 600 Tonnen, erste Uranmine der Welt. Tage- und Untertagebau seit ca. 1938, 1960 stillgelegt

MADAGASKAR

- ◆ **Vatovory:** 785 Tonnen, Tagebau, 1950er Jahre, franz. Atomministerium

MALAWI

- ◆ **Kayelekera:** Tagebau seit 2009, 4217 Tonnen. 85 % Paladin. 2014 stillgelegt

NAMIBIA

- ◆ **Rössing:** 73 012 Tonnen, Tagebau seit 1976, gehörte zu 68 % Rio Tinto, 2018 von CNNC übernommen
- ◆ **Husab (Rössing Süd):** Tagebau seit 2016, 11 062 Tonnen, 90 % Taurus Minerals Ltd (chin.)

- ◆ **Langer Heinrich:** Tagebau seit 2007, 16 810 Tonnen, 75 % Paladin, 25 % CNNC, 2018 vorübergehend stillgelegt
- ◆ **Trekkopje:** 437 Tonnen, 2011-2013. Ursprünglich 100 % Areva, 49 % an CGNPC (chin.) verkauft

NIGER

- ◆ **Arlit:** Tagebau seit 1971. 64 % im Besitz von Orano, 36 % Niger
- ◆ **Akokan (Akouta):** Untertagebau seit 1974. 34 % hält Orano (frz.), 31 % Niger, 25 % OURD (jap.), 10 % ENUSA (span.). 2017 Produktionskürzung um 21 %. Akokan und Arlit: 152 113 Tonnen seit 1998

- ◆ **Azelik:** Tage- und Untertagebau 2007-2015. 615 Tonnen, 37 % CNNC, 33 % Niger, 25 % ZXJOY Invest, 5 % Korea Resources Corporation

- ◆ **DASA:** in Planung; Eigentümer: 90 % Global Atomic/Kanada, 10 % Niger
- ◆ **Imouraren:** in Planung; Eigentümer: 64 % Orano, 36 % Niger
- ◆ **Madauéla:** in Planung; Eigentümer: 80 % GoviEx/Kanada, 20 % Niger

SAMBIA

- ◆ **Kitwe:** 86 Tonnen in 50er Jahren

SÜDAFRIKA

- In Südafrika wird Uran als Nebenprodukt des Goldbergbaus gewonnen. Zuständig seit 1967: die Nuclear Fuels Corporation of South Africa, heute eine Tochter der Anglo Gold Ashanti
- Wichtige Minen:
- ◆ **Ezulwini** (früher Randfontein): 217 Tonnen, 2011-2017
 - ◆ **Vaal River Region (Kopanang, Moab Khotso)**: 3 817 Tonnen, 2011-2019
 - ◆ **Stilfontein** (k.A.)
 - ◆ **Dominion** (k.A.)
 - ◆ **Hartebeestfontein** (k.A.)
 - ◆ **Gauteng** (k.A.)

Bankrott gerettet wurde und der Bergbaukonzern Paladin an der Pleite knapp vorbeischrämte. Chinesische Firmen, die wegen der hohen Staatsanteile nicht auf kurzfristige Profite achten, nutzten währenddessen die Chance: Die CNNC sicherte sich Rechte an Uranvorkommen, förderte die Erkundung neuer Lagerstätten, kaufte Anteile an Langer Heinrich, kurz

bevor Paladin die Produktion aus Kostengründen vorerst einstellte. Husab wurde 2016 in aller Stille in Betrieb genommen.●

Weiterführende Informationen

Greenpeace: Left in the dust. AREVA's radioactive legacy in the desert towns of Niger
Film: Uranium Mining - what are we talking about? Günter Wippel, 76 Min.

RADIOAKTIVE JAGDGRÜNDE

Kanada ist historisch betrachtet der größte Uranproduzent der Welt. Die indigenen Völker, auf deren Land die Minen liegen, wurden nie über die Gefahren des Uranbergbaus informiert. Die Folgen des Bergbaus gefährden bis heute ihre Gesundheit

Es sei vor Ankunft der Europäer*innen gewesen, so wird erzählt, als weit im kanadischen Norden in den Northwest Territories eine Gruppe indianischer Jäger von der Karibujagd heimkehrte und nahe des Great Bear Lake an einem Felsen, den sie Somba Ke nannten, ihr Nachtlager aufschlugen. Zu den Männern gehörte ein Schamane, der bis zum Morgengrauen sang und die Trommel schlug. Als die Sonne aufging, erzählte er von seiner Vision: Wo sie lagerten, rissen Männer mit weißer Haut die Erde auf, bohrten ein Loch und holten Gestein aus dem Inneren, daraus machten sie Stäbe, die von einem eisernen Vogel zur anderen Seite der Weltkugel geflogen und dort abgeworfen wurden. Alles Leben am Boden wurde dadurch vernichtet. Die Opfer sahen aus wie Indianer*innen, waren aber keine. Die Menschen sollten, so die Warnung des Medizinmanns, künftig dem Felsen fernbleiben.

Als in den 30er Jahren an der Echo Bay, am Ostufer des Großen Bärenssees im Land der Sahtú Dene, die Eldorado Gold Mines eröffnet wurden, dachte niemand an die Prophezeiung. Doch als Pechplende (ein Uranoxid) gefunden wurde, ließen die Unternehmen das Gold liegen und machten ihren Gewinn mit Radium, einem Zerfalleselement von Uran. Die alten Warnungen schienen vergessen. Viele Jäger*innen ließen das Jagen sein und nahmen die neuen Jobs in Port Radium an, wie das Minenareal jetzt hieß, wurden Bergleute und trugen arglos die Säcke mit dem Erz auf den Schultern zu den Schiffen, die sie von Port Radium zu den Mühlen brachten. Unter Geheimhaltung wurden die Säcke zur Verarbeitung nach Port Hope in der Provinz Ontario gebracht, von dort nahm der Yellowcake dann seinen Weg nach Los Alamos im US-Staat New Mexico. Von den 50er Jahren bis 1971 war die US-Regierung die alleinige Abnehmerin, vor allem für militärische Zwecke.



Die Subarktis ist die Heimat von Jagdgesellschaften: Radioaktives Material verbreitet sich leicht in der offenen Tundra

Als Jahrzehnte später viele indigene Bergleute der Krebs dahin raffte, erinnerte man sich der alten Prognose. Déline, das ehemalige Fort Franklin, die Heimat der meisten, wurde bald »Village of Widows« genannt. 2005 veröffentlichte die Regierung einen Bericht, in dem sie die unzureichende Information der Bevölkerung einräumte und Empfehlungen für Verbesserungen in der Gemeinde nannte; Empfehlungen für irgendeine Art von Entschädigung nannte sie nicht. Douglas Chambers, ein für die kanadische Regierung tätiger Arzt,

erklärte in einem Interview mit dem kanadischen Staatssender CBC, dass »das potenzielle Krebsrisiko im Zusammenhang mit dem Transport des Erzkonzentrats extrem gering ist, und zwar so gering, dass es nicht nachweisbar ist«.

Bereits 1998 reiste eine Delegation Diné-Frauen nach Japan und bat die Hibakusha, die Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki, um Vergebung dafür, dass ihre Ehemänner jenes Uran geschürft und befördert hatten, das schließlich in den Atombomben »Little Boy« und »Fat Man« verarbeitet wurde. Heilung, so die indianische Sicht, verlangt, dass sich Kreise schließen, um Versöhnung zu ermöglichen.

Die größten Uranvorkommen Kanadas wurden 1949 im sogenannten Athabasca Basin und 1954 am Elliot Lake entdeckt, damit verlagerte sich die Gewinnung in die Provinzen Saskatchewan und Ontario, wovon vor allem die Cree und Anishinabe (Ojibway) betroffen waren. Am Nordufer des Lake Athabasca entstand die Beaverlodge Mining Area, ein Konglomerat der staatseigenen Eldorado Nuclear Ltd. und der Provinzstadt Uranium City, für drei Jahrzehnte eine Boomtown mit rund 6 000 Einwohner*innen. 1982 schlossen die Minen, zurück blieb eine Geisterstadt, die 2016 noch 73 Seelen zählte.

In Ontario betrieben die Firmen Denison Mines und Rio Algom zwölf Minen, die Kleinstadt Elliot Lake gab sich den Namen »Uranium Capital of the World« – Ende der 50er Jahre kamen 74 Prozent des kanadischen Urans von hier. Alarmiert durch die hohe Zahl von Lungenkrebsfällen, begannen Arbeiter*innen in den 70er Jahren zu streiken; der Protest wurde verstärkt vom Volk der Anishinabe des nahegelegenen Reservats »Serpent River« am Nordufer des Lake Huron. Fünf der Elliot Lake Minen schlossen in dieser Zeit, die restlichen sieben erst in den 90er Jahren; die Tailings wurden von Denison und Rio Algom saniert, die Regierung kümmerte sich nicht darum.

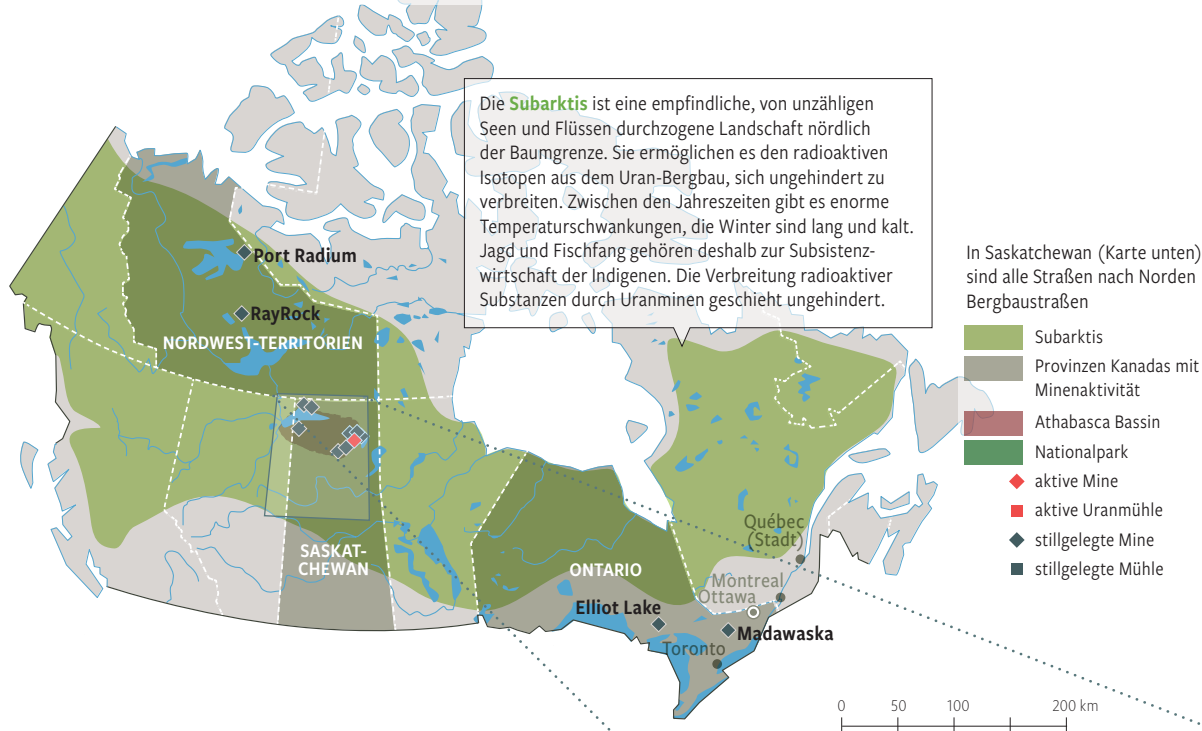
In Saskatchewan wurde die Gunnar Mine südlich von Uranium City 1964 geschlossen, zurück blieben 4,4 Millionen Tonnen als strahlende Altlast. Die Kosten werden auf 280 Millionen kanadische Dollar geschätzt. Die letzten aktiven Minen in Saskatchewan blieben zunächst McArthur River und Cigar Lake. Im Jahr 2019 wurde McArthur River von seinen Betreibern Cameco und Orano auf unbestimmte Zeit stillgelegt. Cigar Lake wird weiterhin betrieben, da der Urangehalt des Erzes außerordentlich hoch ist – meist zwischen 10 und 13, zum Teil sogar bis zu 20 Prozent.

Die drei Straßen, die in den Norden führen, wurden allein für die Minen gebaut. Sie durchschneiden sogenanntes »Treaty 10«-Land. Während die ersten sieben Verträge mit den First Nations, die ab 1871 geschlossen wurden, im ganzen Land galten, um die europäischen Siedlungen und die kanadische

Kanadas Uraninteressen überlagern die Jagdgründe der Indigenen

Die Uranminen und -mühlen Kanadas, Stand 2022

(CC) URANATLAS 2022 / U.S. Department of Energy, world-nuclear.org/information-library



Eisenbahn Richtung Pazifik voranzubringen, war das Motiv für die Verträge 8 bis 11 der Abbau von Ressourcen. Ihre Vertragsdauer war bis 1921 befristet.

Das Athabasca Basin gehört zur Subarktis, einer Region die bis zur Baumgrenze reicht und die Arktis einrahmt; sie ist von Seen, Bächen und Sümpfen durchzogen und normalerweise von Oktober bis Mai von Schnee bedeckt, jedoch verändert der Klimawandel dieses Wetterschema. Landwirtschaft ist nicht möglich, Jagd, Fallenstellerei und Fischfang gelten hier als einzig mögliche Überlebensform. Radioaktivität aus Uranminen und der dazu gehörigen Mühlen inklusive ihrer Abraumhalden kann in der Tundra kaum eingegrenzt werden. Die indianischen Jäger*innen, die nie über die möglichen Gefahren aufgeklärt wurden, berichten von Elchföten mit zwei Köpfen und blinden oder deformierten Fischen.

Der Norden Kanadas ist immer noch ein Wildnisgebiet, dünn besiedelt und isoliert von den großen Städten im Süden. Lange Zeit stieß der Widerstand der indigenen Völker auf taube Ohren. Doch als Aktivist*innen der First Nations auf den ersten internationalen Konferenzen der kanadischen Anti-Atomkraft-Bewegung in den 80er Jahren und auf dem World Uranium Hearing 1992 in Salzburg auf Gleichgesinnte trafen, entstand ein Widerstandsnetzwerk, das sich heute als vereinte Kraft Gehör verschafft.

Die kanadische Regierung erwägt inzwischen die Einrichtung von zwei Atommülldeponien in Ontario – und prüft die Vergabe neuer Lizenzen für die Gewinnung von Öl aus den Teersanden, die bereits weite Teile von Alberta in eine Mondlandschaft verwandelt haben. »Wir werden nicht aufhören zu kämpfen«, sagt der Dene-Jäger Don Montagrand. »Wir kämpfen für unsere Kinder.«

Zu Beginn des neuen Jahrtausends wurde östlich der James Bay im Norden der Provinz Québec Uran gefunden. Auf einen Protestmarsch von Cree-Jugendlichen im Dezember



2014 von Mistissini nach Québec (Stadt) und dann nach Montreal – eine Strecke von mehr als 850 Kilometern – folgte ein Welt-Uran-Symposium in Québec (Stadt). 2015 beendete die Provinzregierung die Verhandlungen mit Strateco Resources und verkündete bis auf weiteres ein Moratorium. ●

Weiterführende Informationen

Guter Überblick: ccnr.org, miningwatch.ca

Jim Harding: *Canada's Deadly Secret*, Saskatchewan Uranium and the Global Nuclear System, Fernwood Publishing 2007

DIE ERSTEN AMERIKANER, ABER ALS LETZTE GESCHÜTZT

Das Atomzeitalter begann auf dem Land der indigenen Völker Nordamerikas.
Ob Atombombentests, Uranabbau oder die Suche nach Endlagerstätten –
indigenes Land steht bis heute immer im Fokus

Kaum war Enrico Fermi und seinem Team am 2. Dezember 1942 in Chicago die erste kontrollierte nukleare Kettenreaktion gelungen, gab der italienische Physiker am Telefon die Nachricht an seine Kollegen an der Harvard University verschlüsselt weiter: »Der italienische Seemann hat die Neue Welt erreicht.« Die Rückfrage – »Wie verhielten sich die Ureinwohner*innen?« – beantwortete der Physiker Fermi mit: »Sehr freundlich!« Da wusste man in Harvard: Das Experiment war gelungen! Dass für den Code die Landung von Christoph Kolumbus und damit der Beginn der Übernahme des bis dato indigenen Landes durch die Europäer*innen gewählt wurde, passt in das große Ganze: Im Norden von New Mexico, neben einem Pfadfinder*innen-Camp namens Los Alamos, in unmittelbarer Nachbarschaft der Tewa-Pueblos Santa Clara und San Ildefonso wurde die erste Atombombe namens Trinity entwickelt und dann in der Wüste White Sands im Land der Apachen getestet. Für die weiteren Bomben, von Hiroshima und Nagasaki abgesehen, wählte das US-Verteidigungsministerium sowohl die Heimat der Western Shoshone in Nevada als auch die Südseeinseln der Polynesianer*innen. Bei der Suche nach geeigneten Orten für Uranabbau und Atomwülfllager galt ebenfalls »Indianerland« als erste Option.



Die US-Regierung nutzte zwischen 1947 und 1966 die Möglichkeit, die Auswirkungen radioaktiver Strahlung an Diné-Bergleuten zu studieren

Während nach 1945 in den US-Waffenschmieden Los Alamos und Livermore noch Uran aus Kanada, Belgisch-Kongo und Portugal verarbeitet wurde, ahnte niemand, dass schon bald im Südwesten, auf dem Reservat der Navajo, das begehrte Erz entdeckt werden und ein Schürf-Boom ohnegleichen losbrechen sollte. Von den 50er Jahren bis 1971 war die US-Regierung die alleinige Abnehmerin, hauptsächlich für militärische Zwecke. Die Navajo, die zahlreich in den Minen und Mühlen Arbeit fanden, wurden weder über die Gefahren aufgeklärt, noch ausreichend geschützt. Sie arbeiteten unterm Tag, Radon umstrahlt, und inhalierten alphastrahlende Partikel; wenn sie heimkamen in ihre Hogans, die traditionellen Erdhäuser, schüttelten sie ihre Kleidung ab und verseuchten den Familienraum. Kaum eine Familie der Diné, wie sich die Navajo selbst nennen, die nicht ein Mitglied durch Lungenkrebs verloren hat. Die hohe Ziffer an Krebskranken führte 1990 – nach drei Jahrzehnten zäher Lobbyarbeit – zur Verabschiedung des Radiation Exposure Compensation Act. Die Abwicklung der

Wiedergutmachung verläuft bis heute zäh: Wenn die erforderlichen Papiere fehlen oder geraucht wurde, verfällt der Anspruch. Diné (Navajos), die nicht Englisch sprachen, bejahten beim Interview die Frage nach Tabakkonsum mit einem Ja, da sie bei Zeremonien Tabak verwendeten, der als heilige Pflanze gilt. Für Anwohner*innen, die in der Nähe strahlender Abraumhalden leben und erkranken, gilt das Wiedergutmachungsgesetz nicht.

Die US-Regierung habe, so Doug Brugge von der Tufts University School of Medicine in Massachusetts in einer Studie 2002, es wissentlich versäumt, sich mit der Gesundheitsgefährdung der Navajo auseinanderzusetzen. Brugge: »Wissenschaftler*innen, die schon früh auf die Misere aufmerksam machten, wurden von den verantwortlichen Regierungsstellen ignoriert.« Rafael Moure-Eraso, Arbeitsmediziner an der University of Massachusetts, kommt 1999 zu dem Schluss: »Der Zeitraum 1947 bis 1966 war für die Regierung eine Gelegenheit, an den Navajo-Bergleuten die Auswirkungen radioaktiver Strahlung zu studieren.« Er spricht von »Experimenten an Menschen ohne deren Wissen«. Für das Colorado-Plateau, auf dem auch Kohle in großem Stil abgebaut wird, prägte die US-Regierung in den 80er Jahren den Begriff »National Sacrifice Area – Nationales Opfergebiet«. Bis heute wurden vier Millionen Tonnen Uranerz im Navajo Reservat gefördert; 2005 erließ der Navajo-Stammesrat ein Gesetz, das den weiteren Abbau verbietet; 521 verlassene Minen auf Stammesland warten auf Sanierung.

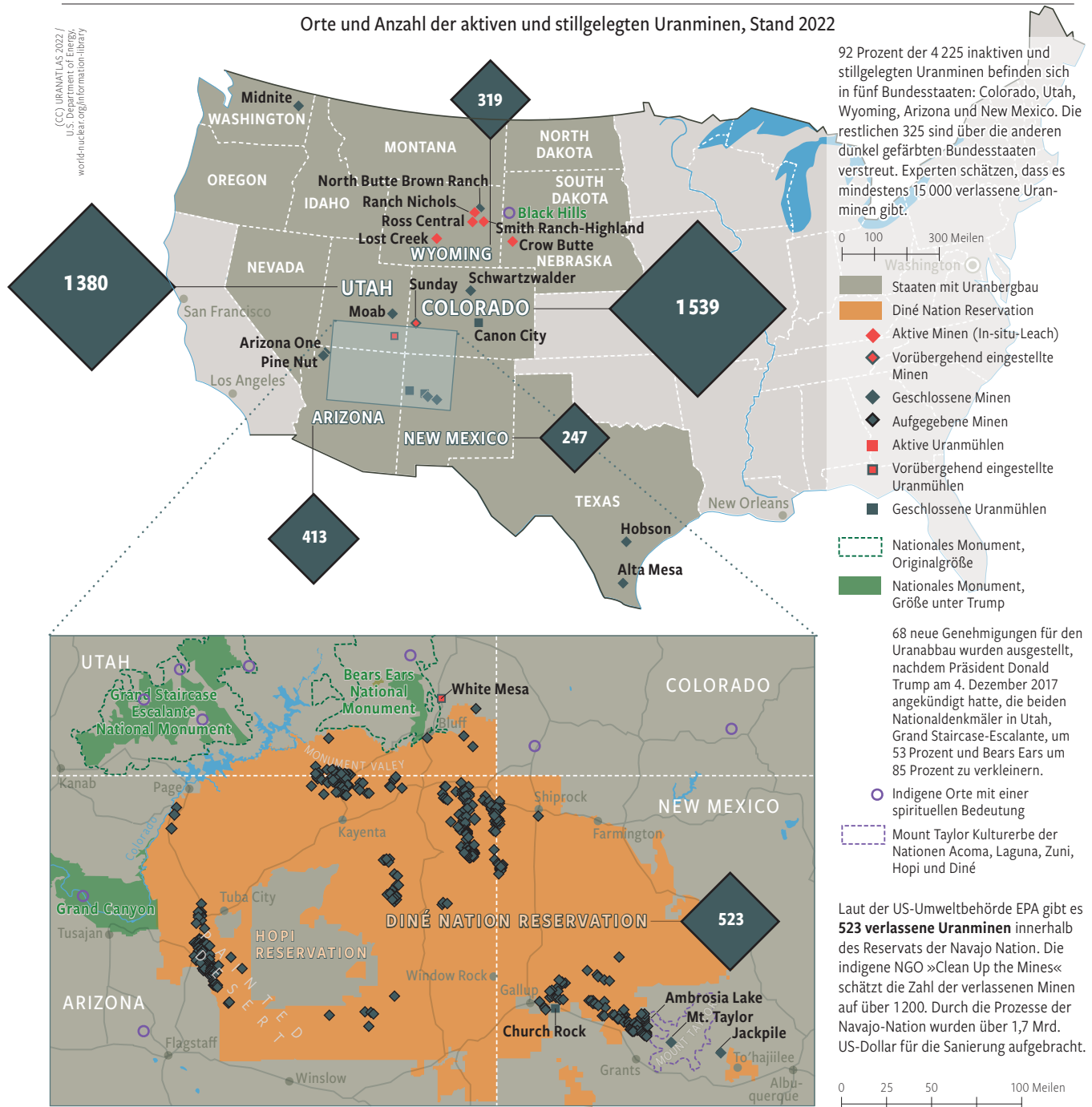
Der Grand Canyon, der 1979 von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt wurde, weckte während der Trump-Ära erneut das Interesse von Bergbauunternehmen. Eine Anfrage an die damalige Regierung zielte darauf ab, den Erlass von Präsident Barack Obama aus dem Jahr 2012 aufzuheben, der den Grand Canyon und ein umliegendes Gebiet von 4073 Quadratkilometern bis 2032 vor dem Uranabbau schützte. Nach der Amtsübernahme durch Präsident Joe Biden verabschiedete das Repräsentant*innenhaus ein Gesetz, das ein dauerhaftes Verbot des Uranabbaus im Grand Canyon und seiner Umgebung garantiert.

In der Region des Colorado River, vor dem Eingang zum Grand Canyon, wurde bereits geschürft: Die Tailingshalden der Moab-Mine (Sanierungskosten circa 1 Milliarde US-Dollar) erinnern sichtbar an die frühen Jahre, ebenso der Schacht der Canyon Mine, der in den 80er Jahren ausgehoben, durch den sinkenden Uranpreis aber bisher nicht in Betrieb genommen wurde.

Ein Gesetz, das indianische Kultur und Religion schützt – der Native American Religious Freedom Act von 1978 –, wurde

Der Uranboom in den USA: Wo das Atomzeitalter begann

Orte und Anzahl der aktiven und stillgelegten Uranminen, Stand 2022



in der Vergangenheit bei Genehmigungen für Urangebungung ignoriert. Die Lakota im Bundesstaat South Dakota kämpften vergebens gegen den Abbau in ihren heiligen Bergen He Sapa – den Black Hills –, die Hopi, Diné und Acoma Pueblo in Arizona und New Mexico vergebens um den Schutz ihres heiligen Berges Mount Taylor, der entsprechend viele Stammesnamen trägt. Die Havasupai, die im Grund ihres »Grandmother Canyon« wohnen, kämpfen um die Unversehrtheit ihrer heiligen Quellen, die Hopi, Zuni, Diné, Ute, Pajute und Apach*innen um die Schreine ihrer Ahnen im Bears Ears Monument in Utah.

Auf dem Indigenous Uranium Summit 2006 in Window Rock, dem Regierungssitz der Navajo Nation, kamen die Tausende offen gelassene Uranminen zur Sprache, die sich über

den Mittleren Westen verteilen und nicht nur die indianische Bevölkerung bedrohen. Immer lauter wird seitdem in der indigenen Welt Nordamerikas ein Kampfruf, der in Afrika und Australien Wiederhall findet: »We have to ban uranium mining – Wir müssen den Uranabbau ächten!« ●

Weiterführende Informationen

Dokumentarfilm: The Return of Navajo Boy, Jeff Spitz / Bennie Klain, 52 min, 2000
Widerstand im Südwesten der USA: indigenouaction.org

Beyond Nuclear International:

beyondnuclearinternational.org/2020/01/19/grand-canyon-under-nuclear-attack/

Black Hills: grist.org/justice/get-the-hell-off-the-indigenous-fight-to-stop-a-uraniummine-in-the-black-hills/

UNTER AUSSCHLUSS DER ÖFFENTLICHKEIT

Uranbergbau gibt es in Asien seit dem Zweiten Weltkrieg.
Bis heute behandeln dort die meisten Förderländer das Thema
als geheime Staatsangelegenheit

Ming-Kusch, Mailuu-Suu, Kajy-Sai, Schakavtar, Sumsar, Ak-Tuez und Orlovka – das sind Städte in Kirgisistan, von denen vor dem Zusammenbruch der UdSSR 1991 kaum jemand gehört hat. An diesen Orten wurde Uran für das sowjetische Atomwaffenprogramm gefördert. Ming-Kusch im Osten und Mailuu-Suu im Süden des Landes gehörten zu den am besten entwickelten Städten Zentralasiens. Mit einem großen Makel: Sie waren geschlossen. Niemand durfte darüber reden, dass dort Uran für die Bomben gewonnen wurde. Noch vor dem Zerfall der Sowjetunion wurde der Uranabbau beendet, eine geplante Wiederaufnahme lehnte das kirgisische Parlament nach Protesten im Mai 2019 ab. Nach dem Wunsch des Wirtschaftsministeriums soll er nun aber zumindest Staatsunternehmen wieder gestattet werden.

Der Uranbergbau in Asien begann bereits während des Zweiten Weltkriegs in Tabošar, dem heutigen Istiqlol im Norden Tadschikistans. Nach einem 1942 verabschiedeten Dekret der sowjetischen Führung sollten von dort binnen weniger Monate vier Tonnen Uran geliefert werden, um die Voraussetzungen für den Bau der ersten sowjetischen Atombombe zu schaffen. Und auch in Tadschikistan wurden Uranförderung und -verarbeitung vom Sowjetregime als Staatsgeheimnis behandelt. Als 1992 die letzte Mine schloss, waren insgesamt 20 000 Tonnen Uran gefördert worden.

Auch in Kasachstan wurde schon während des Zweiten Weltkriegs nach Uran gesucht, und nach IAEA-Angaben wurden bis in die 80er Jahre 30 kommerziell nutzbare Lagerstätten mit mehr als 1 000 Tonnen in fünf Uran-Regionen entdeckt. Mitte der 50er Jahre haben die Sowjets mit dem Uranbergbau begonnen, insgesamt vier Produktionszentren errichtet und bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion rund 70 000 Tonnen Uran gefördert, auch hier unter strenger Geheimhaltung.

Während Uran bis 1990 fast ausschließlich unter Tage oder im offenen Tagebau gefördert wurde, setzt der 1997 gegründete Staatskonzern Kazatomprom heute nur noch auf das In-Situ-Leach-Verfahren (ISL). Zwei Regionen eignen sich dafür: Chu-Syrdarya im Süden mit den weltweit größten Uranlagerstätten und Kokshetau im Norden. Weil die ISL-Förderung keine strahlenden Halden hinterlässt, stuft der Konzern Uranabbau als unproblematisch ein. Wissenschaftler*innen sehen das anders: »In den meisten Fällen führt diese Technik zu einer extremen Verunreinigung des Grundwassers. An einigen Standorten ist diese Verunreinigung über große Entfernungen gewandert und hat die Trinkwasserversorgung beeinträchtigt«, sagt Gavin Mudd vom Royal Melbourne Institute of Technology in Australien.

In Russland wurden bis zum Ende der Sowjetunion 93 980 Tonnen Uran gefördert. Im Zuge der Abrüstung nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde eine Mine nach der anderen wegen Unwirtschaftlichkeit geschlossen. Heute leitet Rosatom die zivile und militärische Atomindustrie Russlands und damit auch das Urangeschäft. 2004 nutzte der Staatskonzern in Dalur erstmals ISL, mittlerweile ist es in den drei noch betriebenen Uranminen die Regel. Rosatom veröffentlicht zwar einen 225 Seiten starken Geschäftsbericht; darin steht aber abgesehen von nackten Produktions- und Kennzahlen nichts über Uranbergbau. Vor allem Probleme kommen nicht vor. Dazu Uranexperte Paul Robinson: »In einigen Häusern in der Umgebung von Uranminen in Krasnokamensk wurden Radon-Konzentrationen von bis zu 28 000 Becquerel pro Kubikmeter gemessen; dieser Wert liegt 190 mal über dem Grenzwert, bei dem zum Beispiel in den USA Sofortmaßnahmen gesetzlich vorgeschrieben sind.« Derlei Fällen geht jedoch niemand nach.

Auch gibt es kein Programm zur Sanierung der geschlossenen Minen. Kümmern sich Umweltorganisationen darum, bekommen sie die Macht des Staates zu spüren. So müssen sich alle NGOs, die vom Ausland finanziell unterstützt werden, als »ausländische Agent*innen« registrieren lassen. Der Atomphysiker Oleg Bodrov musste 2017 sogar die Leitung der Organisation »Green World« abgeben, weil er sich für die Stilllegung aller Atomkraftwerke in Russland und die Einstellung des Uranbergbaus engagierte.



Uranbergbau gibt es in Asien seit dem Zweiten Weltkrieg. Die meisten konventionell arbeitenden Minen wurden inzwischen eingestellt

Nicht besser sieht es in China aus. 1964 zündete das Land seine erste Atombombe und baut seither auch zur Stromerzeugung Uran ab. Wer Uranbergbau kritisiert, gilt als Staatsfeind, wie das Beispiel des NFFA-Preisträgers Sun Xiaodi zeigt: In der Provinz Gansu gibt es reiche Uranvorkommen, 1967 eröffnete dort mit der No. 792 Uranium Mine eines der größten Bergwerke. Sun Xiaodi managte ein Lagerhaus und begann 1988 Fragen nach Gesundheitsschäden und Strahlenbelastung zu stellen. 1994 wurde er entlassen. Weil er weiter fragte und 2005 einem französischen Journalisten ein Interview gab, wurde er unter Hausarrest gestellt und 2009 wegen Aufhetzung der Öffentlichkeit zu zwei Jahren Straflager verurteilt, berichtet die Ärzteorganisation IPPNW.

Die früheren Sowjetrepubliken als zentrale Uranlieferantinnen



Über 50 000 Tonnen Uran wurden bisher aus dem Boden geholt – mittlerweile durch den Staatskonzern CNNC. Weil China sein ziviles Atomprogramm massiv ausweitet, reicht die eigene Förderung nicht: Rund ein Drittel holt das Land aus eigenen, ein weiteres Drittel aus ausländischen Minen, an denen die CNNC beteiligt ist. Den Rest kauft es auf dem freien Markt.

Pakistan testete 1998 seine erste Atombombe und betreibt aktuell fünf Atommeiler. Das Land hat bisher etwas mehr als 1700 Tonnen Uran gefördert, im Jahr 2020 noch 45 Tonnen. Zur Sicherung seines Uranbedarfs hat es langfristige Verträge mit China.

Mit insgesamt 535 Tonnen ist in der Mongolei vergleichsweise wenig Uran abgebaut worden. Obwohl über 100 000 Tonnen Uranreserven nachgewiesen sind, wurde der Abbau noch vor der Jahrtausendwende eingestellt. Die mongolische Regierung hat aber insgesamt 107 Explorationslizenzen vergeben. Neben Areva/Orano sind indische, chinesische, japanische und russische Firmen daran interessiert, mit dem Abbau wieder zu beginnen.

Wegen seiner Raketenpläne steht Iran wie kein zweites Land unter internationaler Beobachtung: 261 Tonnen Uran hat Iran bis 2020 selbst gefördert, seine Anreicherung zu waffenfähigem Uran soll in jedem Fall verhindert werden.

Neben Pakistan, Israel und dem Sudan ist Indien das vierte Land, das den Atomwaffensperrvertrag nicht unter-

zeichnet hat. Allerdings ist Indien als einziges asiatisches Uranförderland demokratisch strukturiert. Mit dem Aufstieg zur Atommacht begann der Uranbergbau 1967 in Jadugoda in 640 Metern Tiefe. 2007 befragten indische Ärzt*innen, die sich für Frieden und Entwicklung engagieren, in einer groß angelegten Fallstudie fast 4 000 Haushalte, schreibt IPPNW. »Sie fanden heraus, dass Babys, die in dem betroffenen Gebiet geboren wurden, fast doppelt so häufig angeborene Missbildungen aufwiesen wie Babys, in nicht kontaminierten Kontrolldörfern, und dass 9 Prozent der Babys daran starben – das mehr als Fünffache im Vergleich zur Referenzsterblichkeitsrate.«

Heute hat Indien 21 Atomkraftwerke und einen dementsprechend großen Brennstoffbedarf. Obwohl das Land über große Uranreserven verfügt, hat die staatliche Uranium Corporation of India (UCIL) bis 2020 nur 13 676 Tonnen Uran abgebaut. Und das liegt auch an den Möglichkeiten des demokratischen Widerstands: Bei Lambapur-Peddagattu hat die UCIL drei Untertage- und einen Tagebau geplant. Eine große Protestbewegung der Anwohner*innen hat die Inbetriebnahme bislang verhindert. Vergleichbar liegen die Pläne für neue Uranminen in der Region Meghalaya im Osten des Landes auf Eis. ●

Weiterführende Informationen

Jadugoda Gesundheitsstudie: ippnw.org/pdf/jadugoda-health-survey.pdf

GLOBALER GROSSABNEHMER

Anfang 2022 waren in der Europäischen Union noch 103 Atommeiler am Netz. Damit ist die EU die weltweit größte Uranverbraucherin. Der Brennstoff kommt aber von außerhalb, und gegen neue Bergwerke gibt es heftigen Widerstand

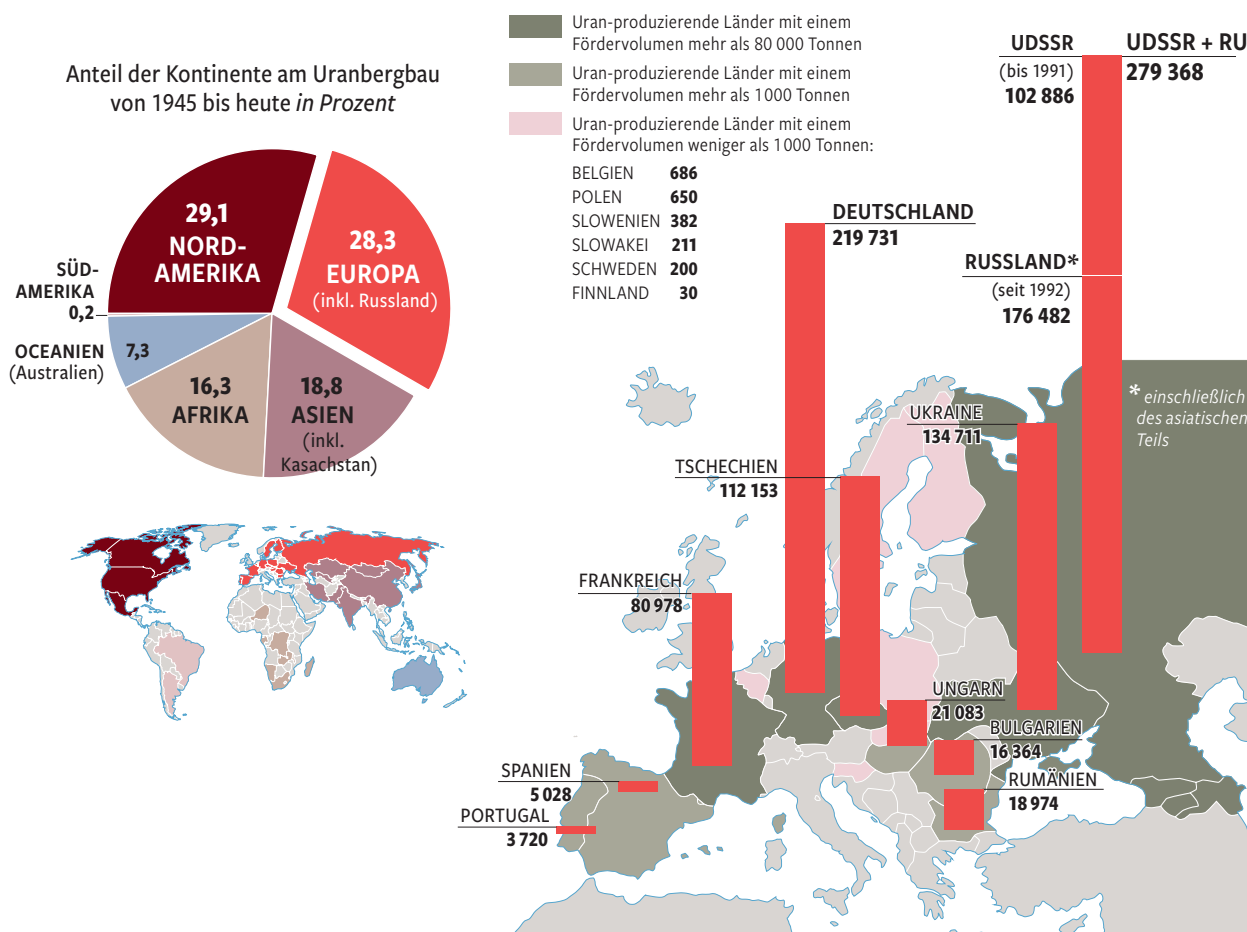
Mit der südöstlich von Prag gelegenen Rožná-Mine wurde Anfang 2017 die letzte Mine in Mitteleuropa stillgelegt. Rožná wurde bereits in den 50er Jahren erschlossen, beschäftigte während ihrer Hochzeiten in den 70er Jahren 4 000 Menschen und lieferte insgesamt 4 000 Tonnen Uran. Im November 2021 musste die Crucea-Mine in Rumänien als letzte noch arbeitende Uranmine in der EU dicht machen, weil die nationale Urangesellschaft, die die Mine betreibt, Insolvenz angemeldet hat. Das Unternehmen war ohnehin nur durch einen Millionenkredit des am Leben erhalten worden, nachdem die rumänische Nuclearelectrica als ein-

zige Abnehmerin sich 2016 dafür entschied, billigeres Uran aus Kanada zu kaufen. Der rumänische Staat hat mit dem heimischen Uran eine Art nationale Uranreserve gebildet.

Heute gibt es in Europa nur noch in Kasachstan, Russland und der Ukraine Uranbergbau. Dabei ist seine Geschichte auch hier lang und verhängnisvoll. Noch während des Zweiten Weltkriegs, im Januar 1945, begannen sowjetische Geolog*innen in Bulgarien nach Uran zu suchen. Sie waren – genauso wie die US-Amerikaner*innen mit dem Manhattan-Projekt – mit Nazi-Deutschland im Wettstreit beim Bau einer Atombombe. Sie konnten damals aber genauso wenig wie die US-Regierung

Europas Anteil an der Uranförderung

Kumulierter Uranabbau der einzelnen Länder in Tonnen



(CC) URANATLAS 2022 / WISE Uranium Project, WNA

abschätzen, wie weit Hitlers Kriegsindustrie bereits in der Lage war, die von der Propaganda angekündigte »Wunderwaffe« fertig zu stellen; immerhin hatte Otto Hahn 1938 in Berlin die erste kontrollierte Kernspaltung durchgeführt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging das Bomben-Projekt der Sowjetunion weiter. So begannen bereits Ende Mai 1945 Erkundungen im tschechischen Jáchymov und im Erzgebirge. Getrieben vom Wettrüsten in den Zeiten des Kalten Krieges, holten die Menschen in Sachsen und Thüringen bis zur Wende 231 000 Tonnen Uran aus der Erde (siehe S. 24-25), in Tschechien über 100 000 Tonnen (siehe S. 26-27).

Bis Ende der 1950er Jahre haben die Bergleute in Tschechien und der DDR unter schlimmsten Bedingungen Uranerz gefördert, in beiden Ländern wurden viele sogar zwangsverpflichtet. Insgesamt haben über eine halbe Million Menschen für die Wismut gearbeitet, die als Betreibergesellschaft den Uranbergbau in der DDR organisierte. In der Sowjetunion selbst wurden bis zu ihrem Zusammenbruch »nur« rund 100 000 Tonnen Uran gefördert, Kasachstan und die Ukraine wurden erst danach wichtige Uranproduzenten.

In Ostdeutschland wurde der Uranbergbau nach der Wiedervereinigung eingestellt, in Tschechien erst 2017. Deutsche Steuerzahler*innen haben bis Ende 2020 rund 6,8 Milliarden Euro für die Sanierung der Hinterlassenschaften des Uranbergbaus in Sachsen und Thüringen ausgegeben – so viel wie kein anderes Land oder Unternehmen. In Tschechien investierte der Staat bislang umgerechnet 540 Millionen Euro. Bis 2040 will er noch einmal das Dreifache ausgeben.

In Westdeutschland suchte die Atomindustrie seit den 50er Jahren ebenfalls nach Uran. Menzenschwand im Schwarzwald, Müllenbach bei Baden-Baden, Mähling in der Oberpfalz und Weißenstadt im Fichtelgebirge heißen die Orte, an denen zumindest zeitweise Uran abgebaut wurde. In Ellweiler in Rheinland-Pfalz wurde es zwischen 1961 und 1989 zu Yellowcake verarbeitet, dem Ausgangsstoff für die Herstellung von Brennelementen. Nachdem festgestellt wurde, dass aus den illegalen Abraumhalden zu viel Radon emittierte und die zulässigen Grenzwerte überschritten wurden, meldete der Betreiber Konkurs an. Der Staat ließ die Halden mit 6,9 Millionen Mark aus öffentlichen Kassen sanieren. Weil es letztendlich keine wirtschaftlich interessanten Lagerstätten gibt, kam es in der alten Bundesrepublik nie zu einem kommerziellen Abbau im großen Stil.



In Frankreich gab es 247 Uranbergwerke. Die Gefährdung durch Radongas ist mit der Schließung der Minen längst nicht behoben

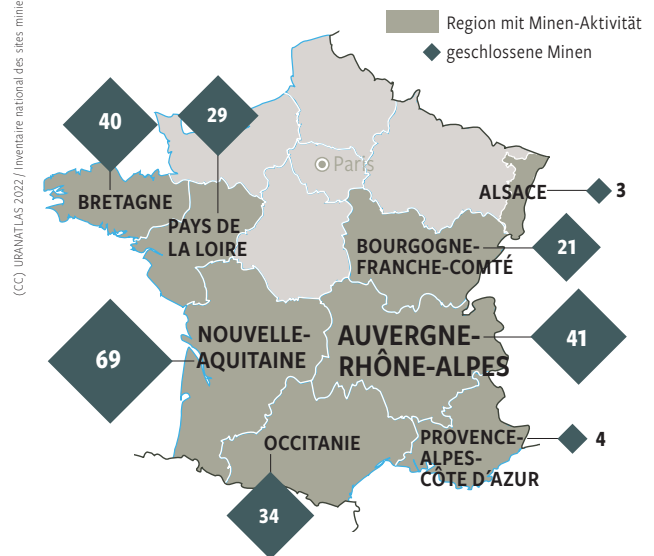
Frankreichs Atomindustrie konnte auf größere Vorkommen zurückgreifen: Es gab 247 Uranbergwerke, die rund 81 000 Tonnen Uran aus dem Boden geholt haben. Darunter waren viele kleine Minen mit nur einem Schacht, aber auch große Bergwerke wie Mas Lavayre oder Marnac-Peny aus denen 5 000 bis 10 000 Tonnen abgebaut werden konnten. Alle Lagerstätten in Frankreich sind weitgehend ausgebeutet worden, die letzte Mine wurde im Jahr 2001 geschlossen, praktisch keine einzige wurde ordnungsgemäß saniert.

In allen Abbaubereichen Frankreichs, die der Strahlenschutzspezialist Bruno Chareyron mit seinem Labor CRIIRAD

Zahlen, von denen niemand spricht

Anzahl der ehemaligen Uranminen Frankreichs

Der französische Staat suchte nach dem Zweiten Weltkrieg überall im Land nach Uran, um beim Wettrüsten mithalten zu können. 247 Minen sind das Ergebnis. Die letzte wurde im Jahr 2001 geschlossen.



untersucht hat, lag die Strahlungsbelastung weit über der normalen Hintergrundstrahlung. Die radiologische Gefährdung für Anwohner*innen besteht weiter, so das Ergebnis seiner Untersuchungen, und ist mit der Schließung der Minen längst nicht behoben.

Portugal wiederum, das selbst kein einziges Atomkraftwerk hat, gehörte mit 91 Uranminen und insgesamt 3 720 Tonnen bis 1991 ebenfalls zu den Uranförderern Europas. Im Nachbarland Spanien, dessen letzte Mine 2001 geschlossen wurde, waren es über 5 000 Tonnen. Wie in den meisten Ländern mit Uranbergbau, wurde die Hinterlassenschaft nur unzureichend saniert.

2016 kündigte die britisch-australische Energiefirma Berkeley Energia an, mit dem sogenannten Salamanca-Projekt erneut in die Uranförderung einzusteigen. Tausende protestierten seither immer wieder dagegen und machen auf die Risiken aufmerksam. Bei der Umweltverträglichkeitsprüfung wurde Portugal als direkter Nachbar nicht mit einbezogen, so dass sie nicht EU-Recht entspricht. Die Plattform Stop Uranio brachte das Thema deshalb vor den Petitionsausschuss des EU-Parlaments. Aber auch die Behörden in Spanien haben sämtliche Genehmigungen widerrufen, den Bau einer nötigen Zugangsstraße gestoppt und 2021 einer Uranmühle die Baugenehmigung verweigert.

Das Beispiel Spanien zeigt, dass das Ende des Uranbergbaus in Europa nicht von alleine kommt. Erst die anhaltenden Proteste haben neue Abbauprojekte verhindert. Darüber hinaus unterstützt der niedrige Uranpreis und die Krise der Atomwirtschaft die Abkehr von der Uranförderung. ●

Weiterführende Informationen

Dän. Institut für Internationale Studien: diis.dk/en/projects/governing-uranium
 Bulletin of the Atomic Scientists: thebulletin.org/

DIE ALTLAST DER WISMUT

Uranbergbau in Sachsen und Thüringen:
Fast vergessen, mit Milliardenaufwand saniert,
aber immer noch ein Problem

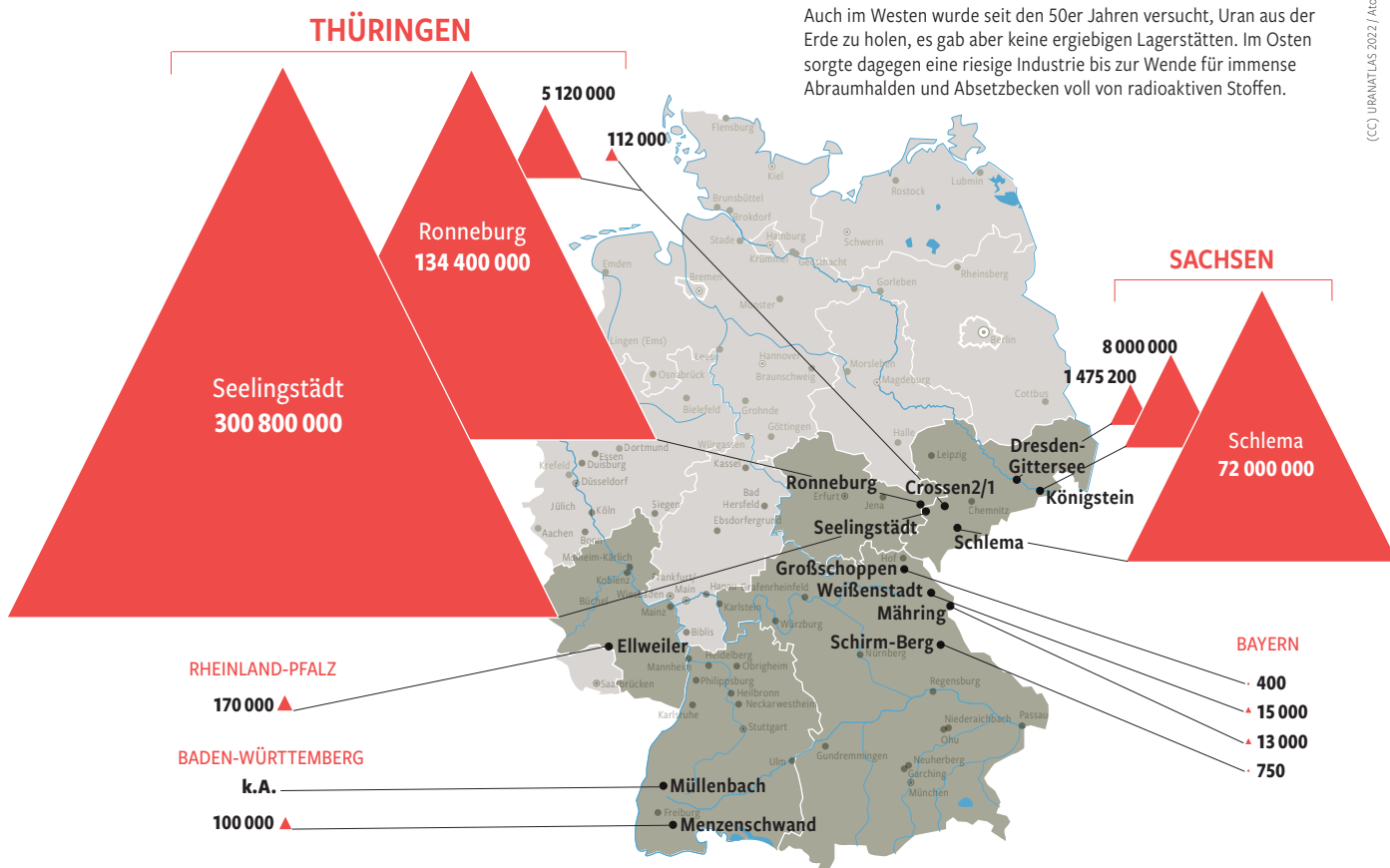
O bwohl Uranbergbau nach der Wende eingestellt wurde, ist Deutschland historisch betrachtet noch immer der sechstgrößte Uranproduzent der Welt. Das ist kaum bekannt. Bereits im Dritten Reich betrieb die Sachsenerz GmbH mehrere Uranbergwerke im Erzgebirge, um Nazi-Deutschland den Bau der Atombombe zu ermöglichen. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm die sowjetische Wismut SAG die Förderung, ab 1954 die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft Wismut (SDAG Wismut), an der die DDR zu 50 Prozent beteiligt war. Der Rohstoff ging fast 20 Jahre ausschließlich in das Atombombenprogramm der Sowjetunion.

1962 wurde die SDAG Wismut zur Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen der DDR verpflichtet. Es gab allerdings erst 1964 eine Strahlenschutzverordnung, von der wiederum der Uranbergbau ausdrücklich ausgenommen wurde:

Die »Wismut« wurde formell nicht der Aufsicht des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS) unterworfen, sondern zur Eigenüberwachung berechtigt und verpflichtet. Dabei waren in den Jahren nach dem Krieg vor allem die Radonbelastung in den Stollen enorm hoch und an Lungenkrebs erkrankte Bergleute längst als Problem erkannt (s. S. 10-11). Um die Brisanz des Uranbergbaus und die mögliche Vergiftung zu verschleiern, fand er von vornherein unter dem Tarnnamen »Wismut« statt, benannt also nach einem Metall, das schon früher im Erzgebirge abgebaut und zu Legierungszwecken verwendet wurde. Erst 1985 vereinbarte das SAAS mit der SDAG Wismut, dass es radioaktive Ableitungen an die Umgebung überwachen und die Übergabe stillgelegter Betriebe und Einrichtungen an andere Rechtsträger*innen oder Nutzer*innen regeln darf.

DDR und BRD: Die Hinterlassenschaften des deutschen Uranbergbaus

Abraum, Tailings und Schlammreste *in Tonnen*



(CC) URANATLAS 2022 / Atomüllreport

Am 16. Mai 1991 ging der sowjetische Anteil der SDAG Wismut offiziell auf die Bundesrepublik über. Damals arbeiteten rund 45 000 Menschen in dem Unternehmen. Zwar wurde 1990 das bundesdeutsche Strahlenschutzrecht auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausgeweitet, doch es gab eine wesentliche Ausnahme: Für bergbauliche und andere Tätigkeiten gilt bis heute ausdrücklich die »Verordnung über die Gewährleistung von Atomsicherheit und Strahlenschutz« der DDR weiter.

Die Hinterlassenschaft der Wismut wurde nach der deutsch-deutschen Vereinigung damit nicht dem Atomrecht der Bundesrepublik unterstellt, sondern dem Strahlenschutzrecht der DDR aus dem Jahr 1984. Ein einfacher gesetzgeberischer Trick reichte damit aus, um unzählige Milliarden bei der Sanierung einzusparen. Eine Verfassungsbeschwerde wegen der schwächeren Schutzregelungen hat das Bundesverfassungsgericht 1999 nicht zur Entscheidung zugelassen, weil es in der Sache um eine Altlastensanierung singulären Ausmaßes gehe. An die Sanierung von Altlasten dürften nicht die Zielvorstellungen des Vorsorgeprinzips angelegt werden, wie es in der Begründung heißt. Die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes stoße aus naturwissenschaftlichen und technischen Gründen an Grenzen. Wegen dieser Nichtzulassung gibt es bis heute keine bundeseinheitliche rechtliche Regelung zum Umgang mit radioaktiven Altlasten und damit auch keinen gesetzlich vorgeschriebenen Maßstab für die radiologische Bewertung der Wismut-Reste.

Worum es geht, offenbart der Blick auf diese Hinterlassenschaft: Bis 1990 hatten die Kumpel in Sachsen und Thüringen über 210 000 Tonnen Uran aus der Erde geholt. Doch das war nicht alles. Auf einer Fläche von rund 3700 Hektar blieben 48 radioaktiv kontaminierte Halden mit über 300 Millionen Kubikmetern Gesteinsresten zurück. Die Aufbereitung des Urans zu Yellowcake wiederum hinterließ weitere 160 Millionen Kubikmeter Schlämme mit der ganzen Palette radioaktiver Zerfallsprodukte und etlicher anderer Schadstoffe. All das musste saniert werden.

Während Politik, Wissenschaft und Industrie bis heute offiziell erklären, dass Atommüll in der Bundesrepublik Deutschland langfristig in tiefen geologischen Formationen gelagert werden soll, gilt dies für die Hinterlassenschaft der SDAG Wismut auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nicht. Nicht nur, dass die strahlenden Halden und Tailings vor Ort verbleiben, auch der radioaktiv kontaminierte Schrott und Bauschutt aus dem Abriss der übertägigen Betriebsanlagen zur Förderung und Aufbereitung des Urans wurden und werden nicht »endlagergerecht« konditioniert, zwischengelagert und später in ein dafür geeignetes Lager gebracht.

All das wurde einfach vor Ort in die Halden und Tailings mit eingebaut. Ohne Planfeststellungsverfahren, ohne Öffentlichkeitsbeteiligung und ohne Langzeitsicherheitsnachweis wurden sie zu »Bundesendlagern« umfunktioniert. Dabei kamen einfach die früher geltenden und schwächeren Schutznormen des Strahlenschutzrechts der DDR zur Anwendung.

Im Landschaftsbild ist vom Uranbergbau und seinen Folgen nicht mehr viel zu sehen. Abraumhalden wurden komplett umgelagert und offene Tagebaugruben damit zugeschüttet. Bereits zur Bundesgartenschau 2007 präsentierten die Sanierer*innen der Wismut die Region als »Neue Landschaft Ronneburg« einer staunenden Öffentlichkeit.

Ehemalige Absetzbecken wurden allerdings nur abgedeckt und nicht abgedichtet. Ein Teil der Niederschläge

sickert deshalb nach wie vor durch die feinkörnigen Bergbau-rückstände hindurch, so dass giftige Stoffe ins Grundwasser gelangen. Unabhängig davon gibt es eine dauerhaft erhöhte radioaktive »Grundstrahlung« in den betroffenen Gebieten Thüringens und Sachsens – in der Zwickauer Mulde, der Elbe, der Weißen Elster, der Pleiße sowie in diversen Bächen, in die die behandelten Gruben- und Flutungswässer abgeleitet werden, oder in den Gebieten, in denen kontaminiertes Grundwasser an die Oberfläche steigt.



Die Sanierung der Wismut findet unter den schwächeren Regeln des DDR-Strahlenschutzrechts statt – mit dem Segen des Bundesverfassungsgerichts

Etliche Minen in Thüringen und Sachsen waren jedoch bereits wenige Jahre nach Beginn des Uranabbaus ausgebeutet, so dass die Förderung schon in den 50er oder 60er Jahren endete. Sie hinterlassen Altlasten, an die niemand gedacht hat, als 1990 der Einheitsvertrag geschrieben wurde. Die Wismut GmbH ist deshalb aufgrund des Wismut-Gesetzes ausschließlich zur Sanierung der Anlagen verpflichtet, die sich am 30. Mai 1990 im Besitz der SDAG Wismut befanden, und für alle anderen Altlasten überhaupt nicht zuständig. Verantwortlich ist die jeweilige Kommune.

Während in Sachsen mit Unterstützung der Landesregierung bis Ende 2016 18 Sanierungsprojekte in 46 Städten und Gemeinden durchgeführt und 2019 nochmals über 200 Millionen Euro bereit gestellt wurden, stellte die thüringische Landesregierung dafür bisher keine Mittel zur Verfügung. Das Land Thüringen und die Bundesregierung schlossen 1990 zwar einen Generalvertrag über die Sanierung von Bergbau-resten, und das Bundesland erhielt dafür auch einen dreistelligen Millionenbetrag. Dieses Geld floss aber ausschließlich in die Sanierung des Kalibergbaus. Kommunen, die eine Halde »geerbt« haben, sind zwar zuständig, für sie sind aber keine Gelder mehr übrig geblieben.

Die Wismut GmbH hat für ihren Teil der Sanierung bis Ende 2020 6,8 Milliarden Euro an Steuergeldern ausgegeben. Die Kosten werden in Thüringen und Sachsen bis 2045 auf rund acht Milliarden Euro steigen, fast zwei Milliarden mehr als ursprünglich veranschlagt. Denn vor allem die Umweltüberwachung und Wasserreinigung werden auf lange Zeit ein Thema bleiben. Hinzu kommen Kosten für die Altstandorte, deren Sanierung im Einheitsvertrag nicht geregelt wurde. Schätzungen gehen von weiteren 900 Millionen Euro aus.

Im reichen Deutschland ist damit bereits viel getan worden, um die Altlasten des Uranbergbaus zu sanieren und die Strahlenbelastung zu verringern. Und es werden weitere Milliarden folgen. Trotz dieses immensen Aufwands lässt sich die Belastung nicht vollständig beseitigen.

In nahezu allen anderen Regionen der Welt, in denen Uran abgebaut wurde und wird, geht man dieses Problem aber nicht einmal an. Es mangelt an Interesse und vor allem an den erforderlichen Milliardenbeträgen (s. S. 36-37). ●

Weiterführende Informationen

Rainer Karlsch: Uran für Moskau, Ch. Links Verlag 2007

Michael Beleites: Pechblende, als PDF auf wise-uranium.org

Frank Lange: Das Erbe der Wismut, als PDF auf ipnw.de; wismut.de

UMWELTZERSTÖRUNG FÜR WETTRÜSTEN UND ATOMKRAFT

Initiiert durch den Kalten Krieg ist Uranbergbau in Tschechien durch die Ausbeutung politischer Gefangener geprägt – und durch riesige strahlende Altlasten

Die Geschichte des Uranbergbaus reicht in Böhmen bis ins 16. Jahrhundert zurück. In den Stollen des Erzgebirges bei St. Joachimsthal, dem heutigen tschechischen Jáchymov, fanden die Bergleute beim Abbau von Silber seinerzeit ein schwarzes Mineral, das kein oder zumindest nur Spuren von Silber enthielt. Es signalisierte das Ende einer Silberader und wurde deshalb Pechblende genannt. 1787 wurde in diesem Mineral ein neues Element entdeckt – Uran.

Der mineralische Fund förderte Jahrzehnte später einen neuen Produktionszweig: 1840 wurden mit ihm erstmals Uranlacke hergestellt. Die Nachfrage war groß, der Preis stieg rasant an, so dass 1852 in St. Joachimsthal gezielt Pechblende abgebaut und daraus bis 1939 Radiumsalz gewonnen wurde. Der Ort wurde nach dem Ersten Weltkrieg Teil der Tschechoslowakei und 1938 als Teil des Sudetenlands dem Deutschen Reich eingegliedert. Die Nazis hatten kein Interesse an Radiumsalz und stellten den Uranbergbau ein.

Im Mai 1945 besetzte die Rote Armee das Gebiet. Nach der Bombardierung von Hiroshima und Nagasaki rückte Uran in bisher nicht gekannter Weise in den Fokus. Jáchymov war damals eines der wenigen Gebiete der Welt mit bekannten Uranerzvorkommen, die sofort abgebaut werden konnten. Die Sowjetunion forderte die tschechoslowakische Regierung auf, ihnen die Minen als Dank für die Befreiung des Landes zu übergeben.

Auch die USA zeigten Interesse am tschechoslowakischen Uran und boten einen Preis, der den Staatshaushalt um ein Vielfaches überstieg. Die Regierung lehnte das Angebot jedoch ab und entschied sich für die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Niemand wusste seinerzeit, dass die UdSSR und die ČSSR am 23. November 1945 ein streng geheimes Abkommen zur Ausweitung des Abbaus von Erzen und Konzentraten in der Tschechoslowakei unterzeichnet hatten. Damit begann die wichtigste Phase des Uranbergbaus in Jáchymov und auf dem Territorium des heutigen Tschechien.

Aber der Reihe nach: Um die Produktion zu erhöhen, waren in den 50er Jahren neben normalen Bergleuten vor allem Gefangene im Einsatz, die aus politischen Gründen inhaftiert waren und zum Uranbergbau gezwungen wurden. Sie alle arbeiteten unter verheerenden Bedingungen und ohne Gesundheitsschutz. 1952 waren insgesamt 33 300 Menschen in den Minen beschäftigt, darunter über 13 000 Häftlinge.

Für Jáchymov war 1956 das erfolgreichste Jahr mit einem Ertrag von 805 Tonnen Uran. 1964 wurde der Abbau eingestellt; bis dahin waren insgesamt 7 200 Tonnen Uran aus der Erde geholt. Andere Regionen förderten weit mehr: 60 Kilome-



Nicht nur Temelin in Tschechien: auch Loviisa in Finnland, Paks in Ungarn, Mochovce und Bohunice in der Slowakei sowie Kosloduj in Bulgarien sind auf Brennelemente aus Russland angewiesen

ter südwestlich von Prag wurden 1947 die Lagerstätte Příbram entdeckt und binnen 44 Jahren 48 800 Tonnen Uran gefördert. Und auch hier gab es Zwangsarbeit: Das Lager Vojna zählte im März 1950 530 zwangsverpflichtete Menschen, 1956 sogar 1 894. 1961 wurde das Lager aufgelöst und die Zwangsarbeit beendet. Eine Gedenkstätte erinnert heute an die Opfer.

Příbram kann mit weiteren bedenklichen Daten aufwarten: Auf einer Fläche von 52 Quadratkilometern bewegten die Bergarbeiter*innen ungeheure Mengen Abraum und Uranerz und hinterließen 26 Abraumhalden mit fast 28 Millionen Kubikmetern Gesteinsresten als strahlendes Erbe. Als im Jahr 2020 die Frage diskutiert wurde, ob diese Altlasten beseitigt werden sollten, protestierten die Anwohner*innen: Sie fürchteten, dass durch eine Sanierung radioaktiver Staub freigesetzt und die gesamte Region kontaminiert werden könnte.

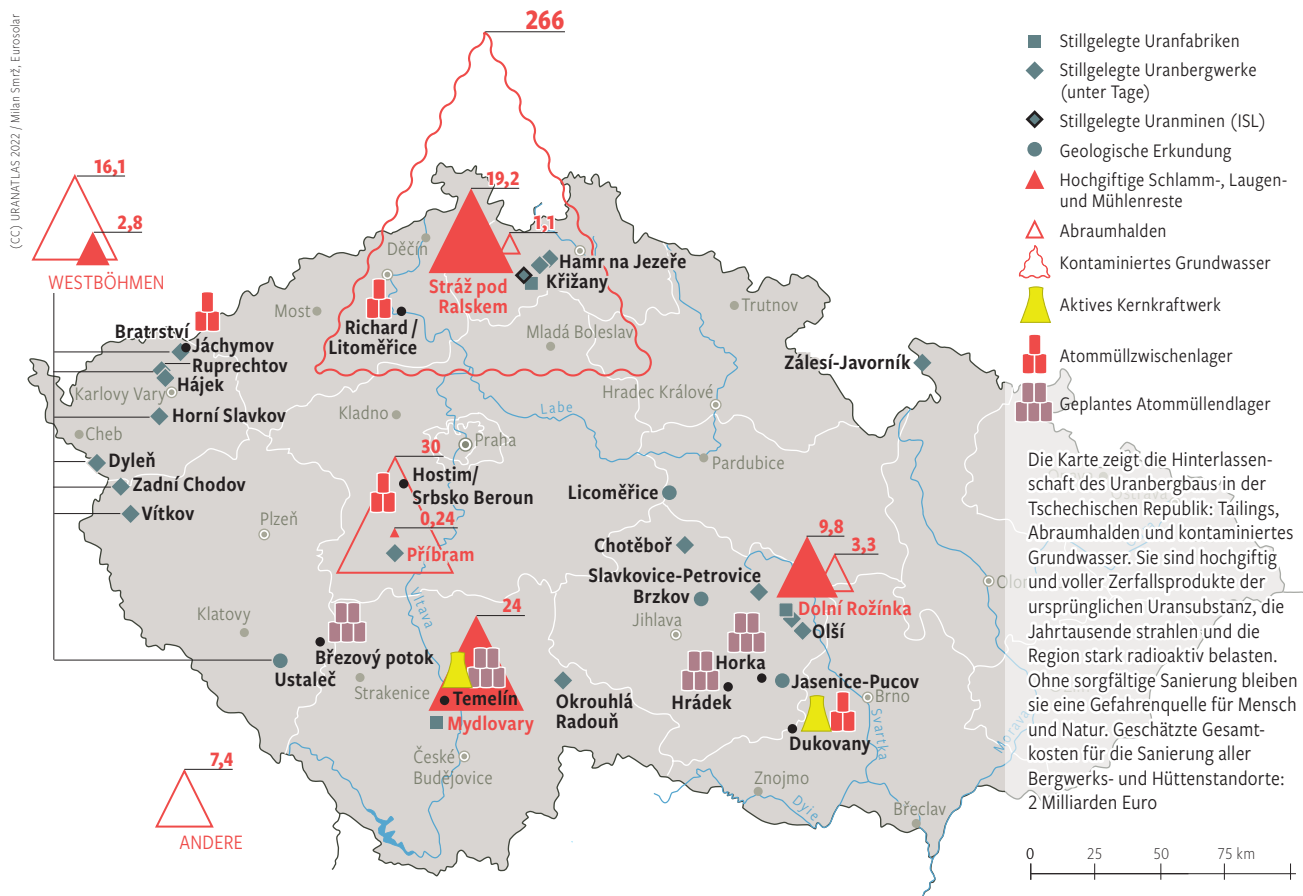
Die Uranvorkommen von Rožná und Olší wurden 1956 entdeckt, ein Jahr später begann der Abbau. Als Rožná 2017 als letzte Uranmine in Mitteleuropa geschlossen wurde, waren dort insgesamt 19 432 Tonnen Uran produziert worden. Heute verwaltet das Staatsunternehmen Diamo das strahlende Erbe: 19 Absetzbecken mit radioaktivem Abraum und gefährlichen Abfällen, die ein Volumen von 53 Millionen Kubikmetern haben. Darüber hinaus hat es 67 Absetzbecken mit weiteren 38 Millionen Kubikmetern Rückständen übernommen.

Die Folgen des In-Situ-Leach-Verfahrens werden an der Uran-Lagerstätte Stráž sichtbar (s. S. 36-37). Es gab dort 2 210 Explorations- und 7 684 Produktionsbohrungen, um mit konzentrierter Schwefelsäure Uran aus dem Gestein zu lösen. Insgesamt wurden durch diese Methode mehr als vier Millionen Tonnen Schwefelsäure, 320 000 Tonnen Salpetersäure, 26 000 Tonnen Flusssäure sowie 111 000 Tonnen Ammoniak in uranhaltige Schichten gepresst. Die Menge der in den Untergrund gespritzten Säuren und Laugen entspricht der Hälfte des Volumens der Talsperre Štěchovice. Über 350 Millionen Kubikmeter Grundwasser sind verunreinigt worden; bis heute ist die gesamte Trinkwasserversorgung in Nordböhmen gefährdet.

Insgesamt wurden in Tschechien über 112 000 Tonnen Uran gefördert. Mit der Sanierung der Hinterlassenschaften wurde bereits 1996 begonnen. Im Jahr 2010 stellte die Regie-

Das Erbe des Uranbergbaus in Tschechien

Abraumhalden, Schlammreste und kontaminiertes Grundwasser in Millionen Tonnen bzw. m³



Die Sanierung für die In-Situ-Leach-Verfahren bis 2042 rund 31 Milliarden tschechische Kronen zur Verfügung, nach damaligem Wechselkurs umgerechnet rund 1,2 Milliarden Euro. Ziel ist es, die Konzentration der Schadstoffe auf sieben Gramm pro Liter Wasser zu senken. Umweltorganisationen und der tschechische Rechnungshof rechnen allerdings damit, dass weit mehr Geld für die Sanierung ausgegeben werden muss.

Grundsätzlich war der Uranbergbau in Tschechien zwar durch das sowjetische Atombombenprogramm initiiert worden (s. auch Deutschland I, S. 24-25), und der Großteil des Urans wurde auch in den Bruderstaat exportiert. Die tschechoslowakische Regierung begann 1979 jedoch auch mit dem Bau der vier Atommeiler Dukovany 1 bis 4, die zwischen 1985 und 1987 in Betrieb gingen. Zwischen 1985 und 1987 folgten trotz der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl Temelin 1 bis 4, wobei 2000 und 2002 nur die Blöcke 1 und 2 fertiggestellt wurden.

Das zivile Atomprogramm steht in Tschechien seit dem Fall des Eisernen Vorhangs im Kreuzfeuer der Kritik. Bereits 1990 organisierte Greenpeace Protestaktionen unter dem Slogan »kein CSSRnobyk«. Ende Januar 1993 unterzeichneten 10 000 Menschen in Südböhmen ein Bürgerbegehren gegen die Fertigstellung von Temelin. Während der Entscheidung über die Fortführung des Baus protestierten tschechische Umweltorganisationen vor dem Regierungssitz. Premierminister Václav Klaus bezeichnete die Aktion als terroristisch.

Ungeachtet aller Proteste, beschloss die Regierung, die beiden 1000-Megawatt-Blöcke fertigzustellen. Es folgten regi-

onale Aktionen, Korruptionsvorwürfe und eine Kampagne gegen die Fertigstellung, die mit der Forderung nach einem Referendum ihren Höhepunkt erreichte: Umweltorganisationen sammelten 115 000 Unterschriften gegen das Atomkraftwerk, das Thema bestimmte im Sommer 2000 die Titelseiten tschechischer Medien. In Österreich wiederum wollten 898 000 Stimmberechtigte bei einem Referendum ihre Regierung dazu verpflichten, den Beitritt Tschechiens zur EU von der Stilllegung Temelíns abhängig zu machen. Das AKW wurde trotz allem 2006 offiziell genehmigt, nachdem es sechs Jahre im Testbetrieb Strom ins Netz gespeist hatte. Der südböhmische Regionalrat stimmte allerdings 2004 gegen die Fertigstellung der Blöcke 3 und 4.

Im Jahr 2020 lieferte Atomkraft 33 Prozent des tschechischen Stroms, die Kohle fast 54. Die tschechische Regierung setzt weiter auf Atomkraft und hat den Bau eines neuen Meilers am Standort Dukovany angekündigt, den Rest sollen die Erneuerbaren liefern, um die Klimaziele zu erreichen. Angesichts des Krieges in der Ukraine besonders brisant: Alle tschechischen AKWs können nur mit Brennelementen aus Russland betrieben werden, genau wie Loviisa in Finnland, Paks in Ungarn, Mochovce und Bohunice in der Slowakei sowie Kosloduj in Bulgarien. Vielleicht beschleunigt diese Abhängigkeit aber auch ihre Stilllegung. ●

Weiterführende Informationen

Uranbergbau Tschechien: wise-uranium.org/upcz.html

VOM NATIONALEN MYTHOS VERBLENDET

Seit Jahrzehnten setzt Frankreich auf Nuklearwaffen und Atomkraft. Im eigenen Land hat es über 80 000 Tonnen Uran gefördert, bevor die letzte Mine 2001 geschlossen wurde. Niger wird für einen nationalen Mythos bis heute ausgebeutet. Dabei kostet es Milliarden Euro, ohne die der Atomsektor längst pleite wäre

In Frankreich wird an höchster Stelle der Mythos gepflegt, die Atomkraft sei untrennbar mit dem Schicksal der Nation verbunden. Ende 2020 erinnerte Präsident Emmanuel Macron das Volk daran, dass nicht nur »unsere energetische und ökologische Zukunft von der Kernenergie abhängt«, sondern auch »unsere wirtschaftliche, industrielle« und »strategische Zukunft«. Kurz: Der atomare Sektor entscheidet über Lebensqualität, Unabhängigkeit und Größe des Landes.

Dieser Mythos hat eine lange Geschichte: Im Rahmen des globalen Wettrüstens entschied sich auch Frankreich, ein eigenes Atomprogramm aufzulegen. Präsident Charles de Gaulle ließ bereits am 18. Oktober 1945 das »Commissariat à l'énergie atomique« (CEA) gründen. 1949 wurde das Atomwaffenprogramm gestartet, 1956 das AKW Marcoule in Betrieb genommen, das ausschließlich waffenfähiges Plutonium lieferte, und 1960 der erste von vier Atombombentests in der algerischen Sahara durchgeführt.

Voraussetzung für diese Entwicklung: Uran, der Rohstoff des Atomzeitalters. Deshalb wurde in ganz Frankreich seit 1949 danach gesucht. Fündig wurden CEA und die 1976 eigens dafür gegründete »Compagnie générale des matières nucléaires« (Cogema, später Areva, heute Orano) an rund 400 Standorten. Während es in circa 150 Fällen bei Probebohrungen blieb, sind 247 Anlagen in Betrieb gegangen: Minen im Untertage- und/oder Tagebau, acht Uranfabriken sowie 17 Lagerstätten für die Reste aus dem Uranbergbau, unter anderem mit kontaminiertem Schlamm.

Zwischen 1954 und 2003 holten CEA, Cogema und Areva insgesamt 80 978 Tonnen Uran aus dem französischen Boden und hinterließen dabei 200 Millionen Tonnen Erzgestein, wegen seines geringen Urangehalts als »steril« bezeichnet. Die meisten Minen lieferten geringe Erträge, nur in 20 überstieg die Jahresproduktion 1000 Tonnen. 1985 war bei der Produktion der Zenit überschritten, 2001 wurde das letzte einheimische Uranbergwerk geschlossen.

Gewöhnlich schüttete Areva den Eingang unterirdischer Minen nach ihrer Stilllegung mit sterilem Gestein zu und begrünete Tagebau-Anlagen und Abraumhalden. Bis zur Jahrtausendwende gab der Konzern für diese Art der Sanierung umgerechnet knapp 121 Millionen Euro aus. Im Juni 2006 verabschiedete die französische Regierung ein Gesetz, das ein nachhaltiges Management von radioaktivem Material vorschreibt und die Altlasten des Uranbergbaus einschließt, weil das Strahlenforschungs-Institut CRIIRAD immer wieder Messungen durchgeführt und auf Missstände hingewiesen hat.

Umfangreichere Sanierungsarbeiten nahm Areva jedoch erst auf, nachdem 2009 eine TV-Reportage für große Empörung gesorgt hatte. Wenn jedoch Anwohner*innen mit Geigerzählern auf Erkundung gehen, messen sie auch heute regelmäßig Werte weit über der normalen Hintergrundstrahlung. Felder, Wälder und Wiesen sind betroffen, mancherorts aber auch Schulhöfe, Gewerbehallen und Sportanlagen: Hier war der sogenannte Steril-Schotter entsorgt worden.

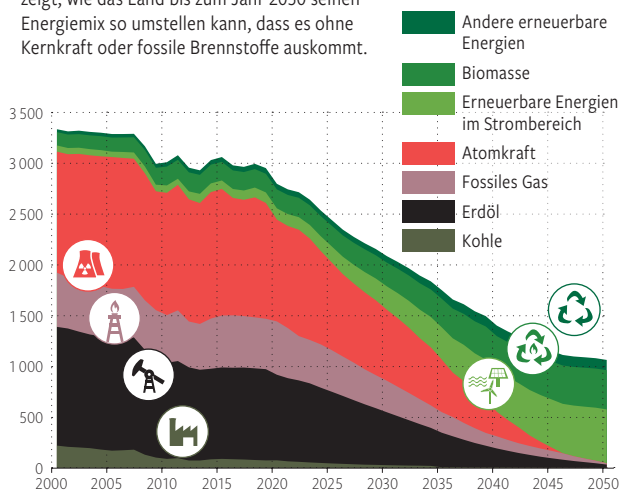
Wegen seiner begrenzten einheimischen Vorkommen, suchte Frankreichs Atom-Industrie schon früh in Frankreichs (ehemaligen) Kolonien nach Erzlagern; den Auftakt gab 1960 eine erste Uranlieferung aus Gabun. 1971 folgte Niger mit 430 Tonnen Uran. Der Großteil der 152 000 Tonnen, die dort bis 2020 gefördert wurden, ging nach Frankreich.

Für Niger ist die Bilanz nach 50 Jahren Ausbeutung wenig erbaulich. Das Land hat nur etwa 12 Prozent des Wertes für das geförderte Urans erhalten und ist nie vom Podest der drei ärmsten Länder der Welt heruntergekommen (s. Seite 14). Dabei hat das nigrische Uran ein Drittel der Stromerzeugung Frankreichs gedeckt und damit enorm viel zur wirtschaftli-

Das NegaWatt-Szenario für Frankreich

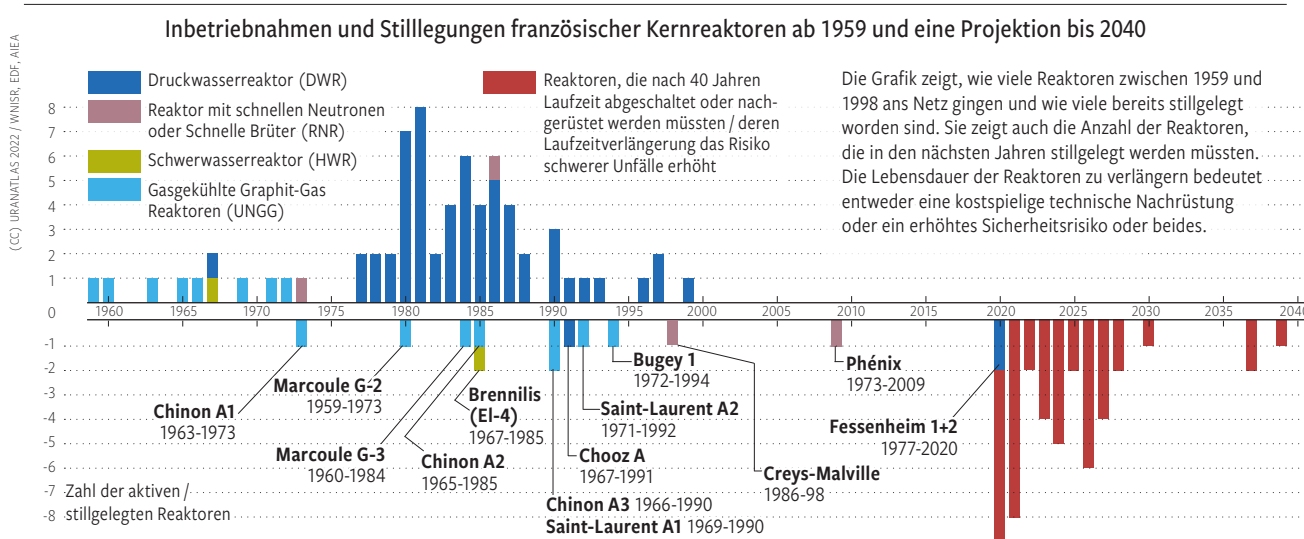
Primärenergieerzeugung nach Energiequellen in Terawattstunden

Im Jahr 2003 entwickelte das Institut NegaWatt das seither regelmäßig aktualisierte NegaWatt-Szenario, um zu demonstrieren, wie Frankreich seine Energieversorgung ohne Kernenergie decken kann. Das Szenario von 2021 zeigt, wie das Land bis zum Jahr 2050 seinen Energiemix so umstellen kann, dass es ohne Kernkraft oder fossile Brennstoffe auskommt.



(CC) URANATLAS 2021 / ASSOCIATION NEGAWATT

An, aus oder vielleicht noch länger an?



chen und industriellen Entwicklung des Landes beigetragen. Und obwohl Areva/Orano auch Minen in anderen Ländern besitzt, ist Frankreich für sein Militärprogramm nach wie vor ausschließlich vom Uran aus Niger abhängig.

Niger wurde 1960 zwar von Frankreich unabhängig, die einstige Kolonialmacht wusste jedoch seine Interessen durchzusetzen: Die Selbstständigkeit wurde nur im Austausch gegen Abkommen gewährt, die Frankreich die Kontrolle über die Uranvorkommen sicherten – und nachdem die eigentlichen Führer der Unabhängigkeitsbewegung physisch oder politisch ausgeschaltet worden waren. In Niger übernahm Hamani Diori, ein überzeugter Frankophiler, die Staatsgeschäfte. Der Staatspräsident errichtete ein autoritäres Einparteiensystem, das von französischen Berater*innen betreut wurde. Als 1968 und 1970 die Société des mines de l’Air (Somair) und die Cominak gegründet wurden, erhielt Niger nur 20 Prozent der Anteile und musste sehr vorteilhafte Steuerbestimmungen einräumen. Von da an mischte sich Frankreich immer wieder in das politische Leben des Landes ein, um seine Privilegien zu sichern.

Ermutigt durch den Anstieg der Rohstoffpreise Anfang der 70er Jahre, forderte Präsident Diori, den Uranpreis zu erhöhen, 1974 wurde er durch einen Militärputsch gestürzt. Der neue Diktator Seyni Kountché respektierte bis zu seinem Tod 1987 die französischen Wirtschaftsinteressen. Die französische Diplomatie unterstützte dann 1996 einen weiteren Militärputsch. Mit dem 1999 gewählten Präsidenten Mamadou Tandja blieben die Beziehungen lange Zeit gut, bis dieser 2006 ebenfalls versuchte, den Uranpreis zu erhöhen. Gleichzeitig brach er das Monopol von Areva und führte China in den Uranabbau in Niger ein. Frankreich musste dieses Mal nachgeben, der Uranpreis wurde verdoppelt und Areva erhielt ein neues Vorkommen: Imouraren.

Tandja wurde allerdings von Paris fallen gelassen und durch einen erneuten Staatsstreich gestürzt. Der 2011 gewählte Mahamadou Issoufou war wieder ein Verbündeter Frankreichs, insbesondere als Frankreich ab 2013 seinen »Krieg gegen den Terrorismus« in der Sahelzone begann. Einer der Gründe für die französische Militärpräsenz war der Schutz der nigrischen Uranminen von Areva, in deren Umgebung es zu Geiselnahmen gekommen war.

Areva bezeichnete sich lange Zeit als Weltmarktführer im Bereich der zivilen Atomkraft. Der Konzern wäre aber ohne staatliche Hilfe bankrottgegangen: Die beiden Druckwasserreaktoren (EPR) in Olkoviito/Finnland und Flamanville/Frankreich entwickelten sich zu einem finanziellen Debakel, und für wertlose Uranvorkommen in der Zentralafrikanischen Republik, in Namibia und Südafrika hat Areva 2007 einen astronomischen Preis gezahlt.



Bau des EPR in Flamanville: Nach einer endlosen Reihe technischer und industrieller Debakel schätzt der französische Rechnungshof die Kosten des Abenteuers auf 19 Milliarden Euro

Baubeginn des EPR in Flamanville war 2007, geplanter Betriebsbeginn 2012. Nach einer endlosen Reihe von technischen und industriellen Debakeln soll der Reaktor frühestens 2023 ans Netz gehen. Der französische Rechnungshof schätzt die Kosten des Abenteuers auf mittlerweile 19 Milliarden Euro, sechsmal so viel wie ursprünglich kalkuliert.

Die Electricité de France, die Areva übernehmen und vor dem Bankrott retten musste, sieht deshalb keine Möglichkeit, vor Mitte der 2030er Jahre weitere neue Kernkraftwerke in Betrieb zu nehmen. Sie hat nicht die Mittel dazu. Ihre Strategie basiert nun auf der Verlängerung der Lebensdauer eines Teils des derzeitigen Kraftwerksparks. Die atomare Aufsichtsbehörde hat ihre grundsätzliche Zustimmung bereits gegeben. Dass unter diesen Voraussetzungen der von Präsident Macron verkündete Bau neuer Atomkraftwerke verwirklicht werden kann, ist sehr unwahrscheinlich. ●

Weiterführende Informationen

Neokolonialismus in Afrika: Raphaël Granvaud, Areva en Afrique: Une face cachée du nucléaire français

Uranminen: Das Erbe der französischen Uranminen, Suzanne Krause, 54 Minuten, deutschlandfunk.de

Dachorganisation französischer Anti-Atom-Gruppen: sortirdunucleaire.org

Film: »The Curse of Uranium«, 25 Min.

WARNUNGEN AUS DER FRÜHZEIT

Die ersten Völker des Kontinents verstanden sich als Hütende von Schätzen im Erdinneren, die nicht an die Oberfläche geholt werden dürfen. Gegen die uranförendernden Bergbaufirmen haben ihre Nachfahr*innen selten eine Chance

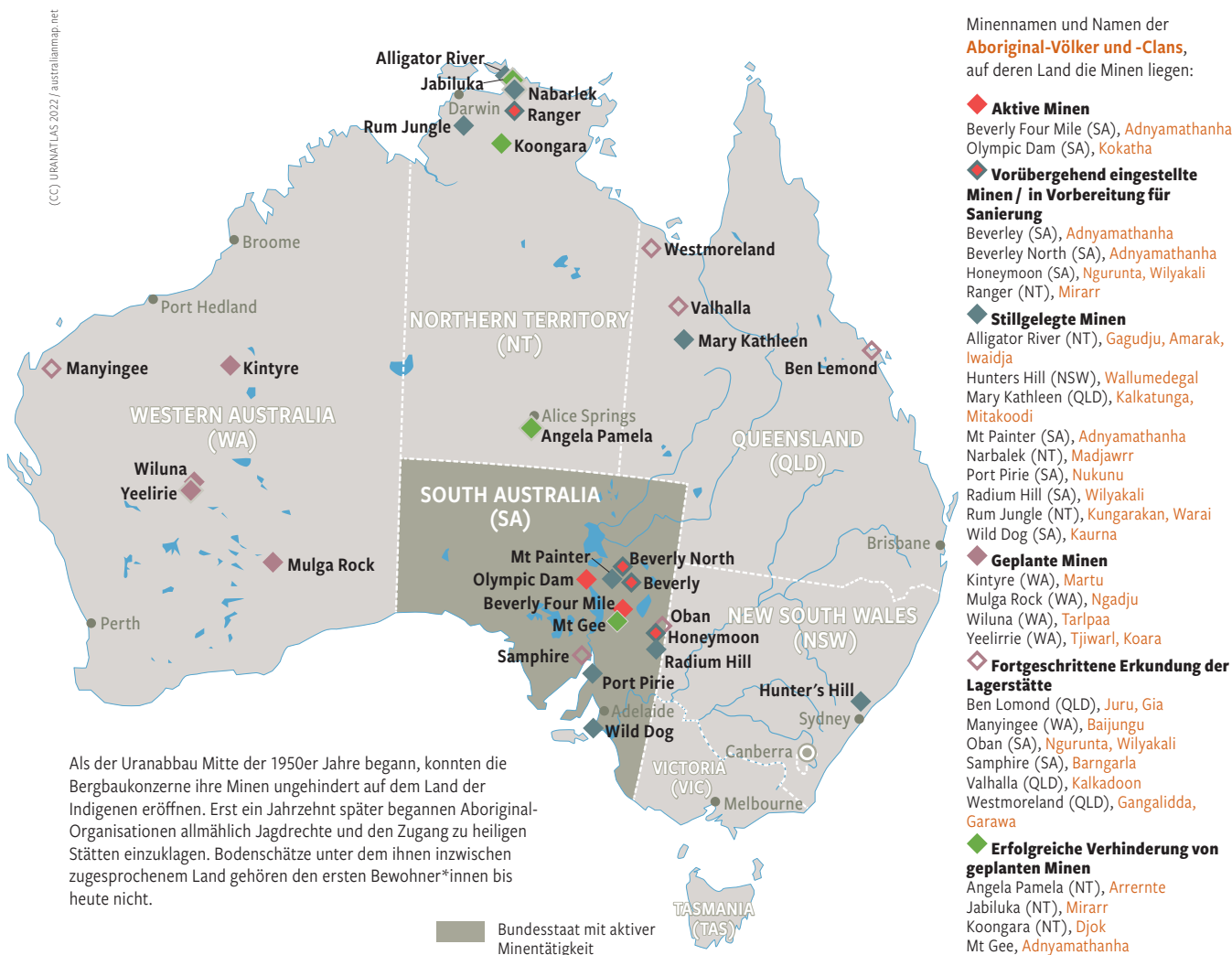
In sämtlichen Formen der Landschaft sehen die indigenen Völker Australiens die Manifestation der gestaltenden Kräfte einer Vorzeit, die bis heute wirkt. Dementsprechend intensiv ist ihre Bindung an ihre Umwelt; in ihrer Kosmologie »alcheringa« verstehen sie sich als Wesen, die zur Natur gehören – nie dürfen daher Menschen von der Natur Besitz ergreifen, sie können sie nur hüten. Vor rund 50000 Jahren wurde die Landmasse besiedelt; Aboriginals erinnern sich heute noch an die Namen von Orten, die seit rund 15000

Jahren unter Wasser liegen, Orte, die von ihren Vorfahr*innen benannt wurden, als Neuguinea und Tasmanien noch mit dem Kontinent durch Landbrücken verbunden waren.

Lieder und Tänze sorgen dafür, dass das kollektive Gedächtnis das Wissen aus dieser Vergangenheit bewahrt. Dazu gehören auch Warnungen, das Innere der Erde nicht zu verwunden. Bekannteste Botschaft ist die der Regenbogenschlange, die Berge und Seen schuf und deren unterirdischer Schlaf nicht gestört werden darf; anderenfalls würden

Australisches Uran ist Aboriginal-Uran

Minentätigkeit in den fünf kontinentalen Bundesstaaten, Stand 2022



todbringende Kräfte entfesselt, die der Mensch nicht bändigen kann. Die Regenbogenschlange, so die Aboriginals heute, ist die Hüterin der Uranadern. Einen Einblick in die lebende Erde gab Joan Wingfield, Aktivistin der Kokotha aus Südaustralien, auf dem World Uranium Hearing 1992 in Salzburg, als sie über Galda, die Stumpfschwanzzechse, und die Uranmine Olympic Dam sprach: »Der erste gegrabene Schacht geht durch den Bauch der Echse. Dort holen sie nicht nur Uran, sondern auch Gold, Silber, Kupfer, Blei. Wenn wir den Bauch von Galda öffnen, finden wir die gleichen Farben.«

Der Uranbergbau begann 1954, abgesehen von ersten Entnahmen 1906 zur medizinischen Forschung. Inzwischen ist Australien mit insgesamt über 231 000 Tonnen der fünfgrößten Uranproduzent; aktuell liegt das Land hinter Kasachstan sogar an zweiter Stelle der weltweiten Förderer. Mit geschätzt über einer Million Tonnen verfügt das Land über die größten abbauwürdigen Uranressourcen der Welt – allerdings nur bei einem Uranpreis von über 130 US-Dollar pro Kilo.

Abgebaut wird bis heute im Outback, fern weißer Städte. Den ursprünglichen Besitzer*innen des Landes wurden dabei jahrzehntelang keinerlei Landrechte eingeräumt, so dass die Bergbauunternehmen de facto machen konnten, was sie wollten.



Australien betreibt kein eigenes Atomkraftwerk, Uran wird nur für den Export abgebaut. Neue Minen wurden durch den Widerstand der Aboriginals verhindert

gab es weder Verhandlungen noch Entschädigungen. Erst 1993 verabschiedete das Parlament in Canberra den »Native Title Act« – ein Gesetz, das die traditionellen Landrechte aller Aboriginal-Völker sichern sollte. Während es von der Regierung als wegweisende Anerkennung proklamiert wird, sehen die Betroffenen die Fortsetzung des alten Ungleichgewichts: Wenn eine Firma Uran abbauen will, tragen sie die Beweislast und müssen nachweisen, dass sie bis heute eine ununterbrochene Beziehung zu ihrem Land pflegen. Ein Hohn in den Augen derer, die hier seit Urzeiten leben.

Auch wenn eine Klage vor Gericht zugunsten der Aboriginals entschieden wird, müssen sie dennoch mit den Bergbauunternehmen verhandeln. Einigen sie sich nicht, erhält das Vorhaben der Firma Vorrang vor der Anerkennung des indigenen Landtitels. Eine gesetzliche Handhabe, dagegen ein Veto einzulegen, gibt es nicht. Gemeinden und Gruppen, die den Zutritt verwehren wollen, sind oft gar nicht an den Verhandlungen beteiligt, da die Firmen sich ihre Gesprächspartner*innen selbst aussuchen können und mit finanziellen Belohnungen winken. Die Bundesstaaten Queensland, New South Wales und Victoria erlauben derzeit keinen Abbau; diese Haltung kann sich nach jeder Parlamentswahl jedoch wieder ändern.

Dennoch machen einige Erfolge den Aboriginal-Völkern Mut: Jeffrey Lee, letzter Angehöriger der Djok, weigerte sich, Koongara, das Land seiner Ahnen im Northern Territory, zu verkaufen. Die französische Firma Areva überbot sich in ihren Summen, um die geschätzten 14 000 Tonnen Uran unter seinem Land abzubauen. Jeffrey lehnte ab und wollte stattdessen Koongara dem Kakadu-Nationalpark angliedern. Er reiste mit einer Delegation nach Paris, brachte auch die UNESCO auf seine Seite, die den Park bereits 2003 als Weltkulturerbe anerkannt hatte. Zur gleichen Zeit hatte in der Nachbarschaft Yvonne Margarula (s. Abb. Titelseite), eine Mirrar, erfolgreich gegen die Eröffnung der Mine Jabiluka gekämpft und 2005 einen Baustopp erreicht.

Auch der Widerstand gegen die Ranger-Mine direkt neben dem Nationalpark zeigt Wirkung. Seit 1980 förderte sie Uran, hauptsächlich für Japan und Deutschland. Über 200 Pannen mit Verseuchungen der Umwelt sind bekannt – 2013 flossen eine Million Liter radioaktiver Schlamm in den Park. Im Frühjahr 2019 wurde die Produktion eingestellt.

Im Northern Territory, auf dem Land der Arrernte, konnte zudem die Mine Angela Pamela verhindert werden. In Südaustralien stoppten massive Proteste den Plan, die Uranreserven im Wildnisreservat Arkaroolle im Land der Adnyamathanha zu erschließen. 2008 erlaubte dagegen der Bundesstaat Westaustralien den Uranabbau; seitdem kämpft die Bewegung gegen ein Minenprojekt, dem die Betreiberfirma BHP einen Aboriginal-Namen gab: Yeelirrie. ●

Weiterführende Informationen

Australian Conservation Foundation: Kampagne »nuclear free«, acf.org.au
Anna Luisa Schmid: Darkroom. Trickfilm
Auth, Huber, Schnatz: Uranium – is it a Country? Dokumentarfilm, 53 min, 2009

Die Änderung der Besitztitel australischer Landesteile ab 1960

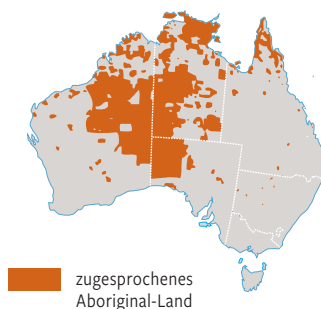
1960

Im Zuge der Kolonisierung Australiens durch das Vereinigte Königreich und die Übernahme des Landes durch weiße Einwander*innen wurden die Aboriginals zunächst vollständig enteignet. Noch 1960 gehörte ihnen kein Quadratmeter Land. Von der Regierung erhielten die Bergbaukonzerne alle gewünschten Schürfrechte auf Aboriginal-Land.



2020

Seit Mitte der 1960er Jahre gehen Aboriginal-Organisationen vor Gericht. Mit Erfolg, wie die Karte zeigt. 2020 hatten sie über einen großen Teil ihrer Heimat die Verfügungsgewalt zurück erhalten. Die Landklagen dauern bis heute an.



Erst mit der Zeit führten die Bundesstaaten unterschiedliche Regelungen ein. Das erste Zugeständnis lieferte die Regierung im Northern Territory 1976: Der »Aboriginal Land Rights Act« gibt Aboriginals dort das Recht, Probebohrungen zu untersagen. Doch die wenigsten indigenen Gesellschaften wussten, dass nach einer Zustimmung zur Exploration eine Verweigerung der Förderung kaum durchzusetzen war. Bei den Minen im Northern Territory, die vor diesem Gesetz eröffnet wurden,

ERFOLGREICHER WIDERSTAND

Der Preis für Uran ist seit Jahren im Keller – und mit ihm der Uranbergbau. Gleichzeitig wehren sich immer mehr Gruppen gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen

Seit gut 20 Jahren beschwört die Atomwirtschaft eine Atomrenaissance. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: 114 Atommeiler sind in der Europäischen Union und in Großbritannien Anfang 2022 noch am Netz – nicht ganz jeder dritte in der Welt und 63 weniger als 1989, dem historischen Höchststand. Vier sind in der EU derzeit im Bau, in England zwei (s. S. 41). Gleiches gilt für die USA und Kanada: Zwischen 1996 und 2022 wurde dort kein einziges AKW fertiggestellt. Einzig Watts Bar in Tennessee ging Mitte 2016 ans Netz. »Die Triebkraft hinter diesem Neubau dürfte die Herstellung von militärisch nutzbarem Tritium für das US-Atomwaffenprogramm sein«, vermutet Alex Rosen, ehemals Vorstand von IPPNW-Deutschland.

In Japan wurden nach der Fukushima-Katastrophe alle

54 Reaktoren abgeschaltet. Zehn waren Anfang 2022 wieder am Netz, neue Projekte wurden ausgeschlossen. Neben Deutschland haben seither Belgien, Spanien, die Schweiz und zuletzt Südkorea den Atom-Ausstieg beschlossen. Die Produktion von Atomstrom ist um über zehn Prozent gesunken und der Uranbedarf somit zurückgegangen: Von 68 646 Tonnen vor der Katastrophe auf nur noch 56 585 Tonnen im Jahr 2014. Inzwischen ist die Atomstromproduktion und die Urannachfrage zwar wieder gestiegen, aber hauptsächlich wegen neuer Kraftwerke in China. Statt der erhofften Renaissance gibt es nur Stagnation.

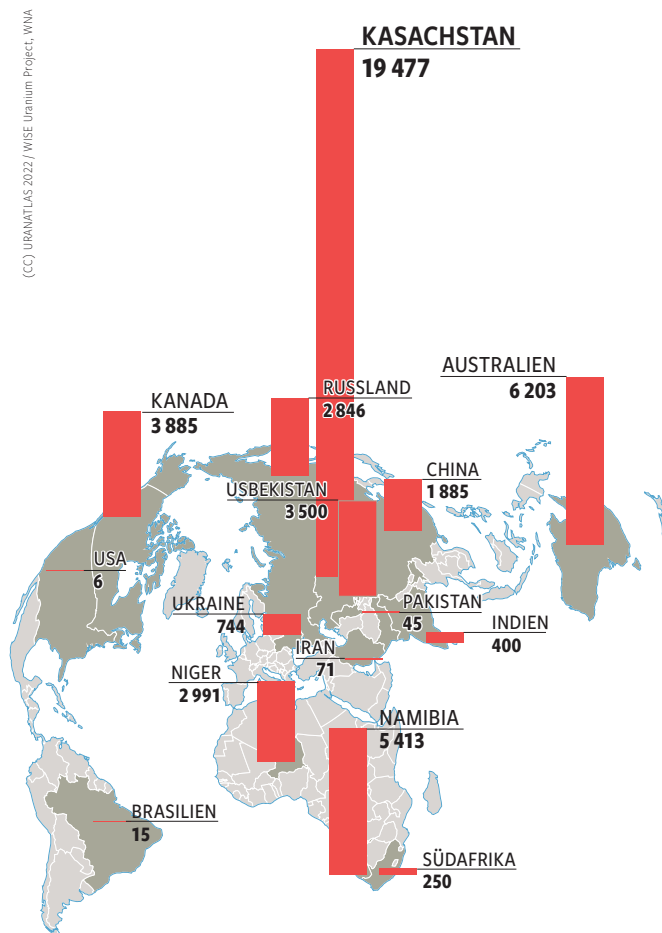
Kasachstan ist mit einem Anteil von 41 Prozent an der weltweiten Produktion derzeit wichtigster Uranlieferant. Seit 2009 nimmt das Land diese Spitzenposition ein. Die staatliche Kazatomprom fördert den Rohstoff ausschließlich im In-situ-Leaching-Verfahren. Weil es dadurch keine Tailings gibt und die Kontamination unsichtbar bleibt, sprechen Regierungsvertreter*innen von einer »sauberen Technologie«. Den Yellowcake liefert Kazatomprom nach Russland, China, Indien, Frankreich, Kanada und in die USA. Um den Uranpreis zu stützen, hat der Staatskonzern die Produktion 2017 um fünf und 2018 und 2020 um jeweils 20 Prozent gedrosselt.

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre haben dramatische Auswirkungen auf den Preis von Uran. Der liegt seit Fukushima unter 50 US-Dollar und macht die meisten Bergwerke unwirtschaftlich; neue werden kaum noch erschlossen, bestehende stillgelegt oder verkauft. In Malawi schloss Paladin bereits 2014 Kayelekera. Es würde Millionen kosten, den Uranabbau wieder aufzunehmen. In Niger hat Areva 1,9 Milliarden in Imouraren investiert, den Uranabbau aber nie gestartet; und in Namibia hat der Konzern Klein Trekkopje schon vor Jahren stillgelegt, weil das Bergwerk nur noch Verluste gemacht hat. Langer Heinrich liegt ebenfalls in Namibia und hat dazu beigetragen, dass die australische Paladin kurz vor der Pleite stand. Anfang 2018 wurde das Bergwerk »eingemottet«. In Mali liegt Falea brach, in Südafrika – historisch immerhin der wichtigste Uranproduzent Afrikas – wurden 2020 nur noch 250 Tonnen gefördert. In Kanada wurde McArthur River stillgelegt, in Australien Ranger Deeps zwar erschlossen, aber nicht in Betrieb genommen. In den USA wurde der Uranbergbau komplett eingestellt, nachdem die Trump-Regierung erfolglos versucht hat, stillgelegte Minen um den Grand Canyon wiederzubeleben.

Gleichzeitig wehren sich immer mehr Menschen in Afrika, Australien, Nordamerika und Europa gegen Uranbergbau und die Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen. Bereits 2003 holte beispielsweise Almoustapha Alhacen unabhängige Wissenschaftler*innen aus Frankreich nach Niger und ließ die Strahlenbelastung um Arlit messen. Das Ergebnis: dramatisch

Die derzeitigen Uranproduzenten

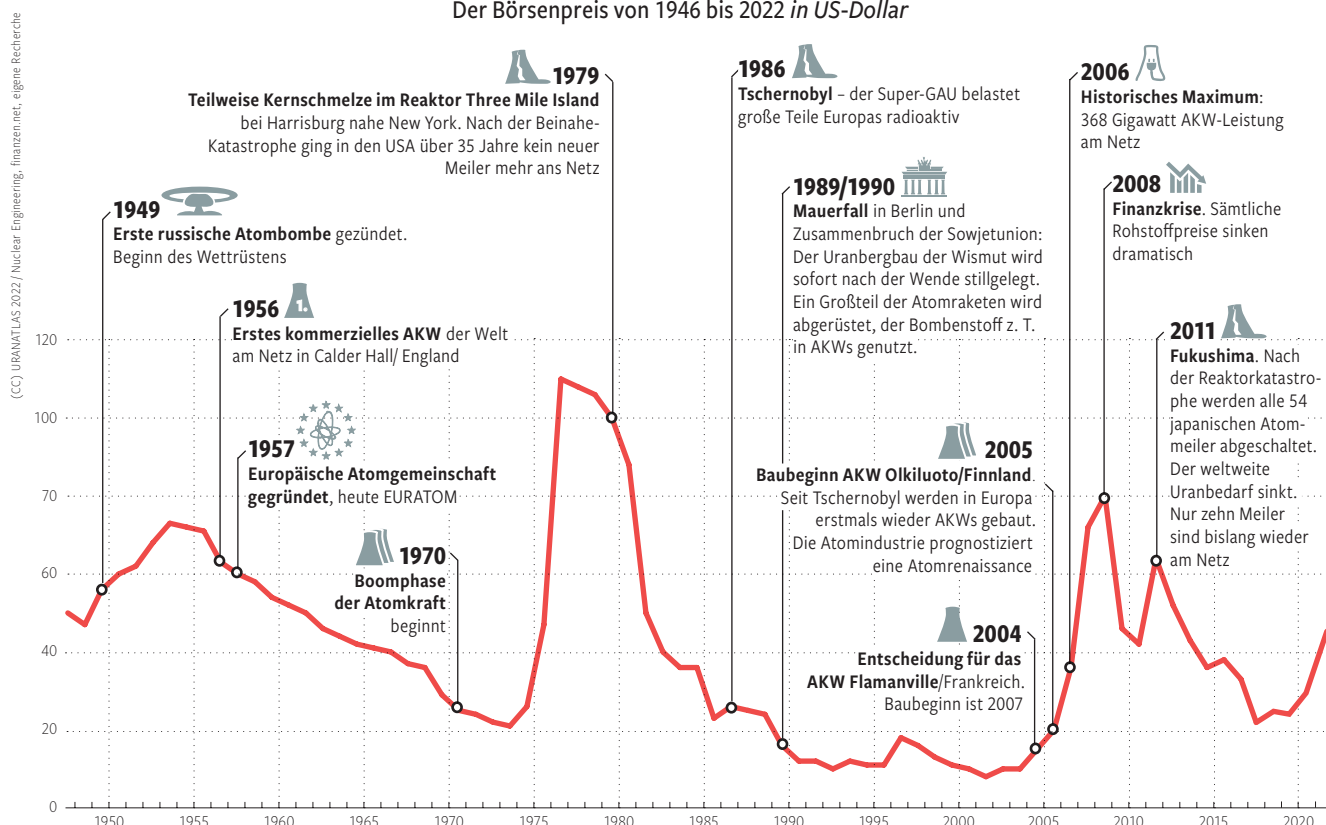
Weltweite Uranproduktion im Jahr 2020 in Tonnen



(CC) URANATLAS 2022 / WISE Uranium Project, WNA

Die Entwicklung des Uranhandels vor dem Hintergrund zentraler Ereignisse

Der Börsenpreis von 1946 bis 2022 in US-Dollar



überhöhte Werte, die die vielen Krebsfälle erklärten. Uran-Gigant Areva verwies auf eigene Messungen: Alles sei unbedenklich. Einen unerwarteten Gegner erhielt Areva in Australien: Die UNESCO erklärte das Gebiet Koongarra im Northern Territory zum Weltkulturerbe. Weil ihre Proteste außerhalb Afrikas kaum wahrgenommen wurden, schlossen sich 2009 Aktivist*innen aus Niger, Tansania, Malawi und Südafrika zur »African Uranium Alliance« zusammen. Neben dem Widerstand gegen neue Abbauprojekte galt es, die Arbeiter*innen in den Bergwerken zu sensibilisieren: Oft fehlten Schutzkleidung, Dosimeter und ausreichende Sicherheitsbestimmungen.



In fast allen Uran-Regionen wehren sich die Menschen gegen Abbau und die Ausbeutung ihres Landes und die Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen

Im westafrikanischen Mali vergab die Regierung 2007 die Konzession, in der Falea-Region nach Uran zu suchen. Gegen den Abbau wehrt sich seitdem die Bürgerinitiative ASFA21. In Tansania waren es Jugendliche aus verschiedenen Teilen Afrikas, die 2015 den Kilimandscharo bestiegen und vom höchsten Berg Afrikas aus die »Ächtung des Uranbergbaus« forderten.

Der Ort wurde auch deshalb gewählt, weil die Regierung das Land zu einem der führenden Uranproduzenten machen und die in den 70er und 80er Jahren entdeckten Uranlagerstätten ausbeuten will. Als auf Feldern und Weidegründen nach möglichen Standorten gesucht wurde, konnten Explorationen

zeitweise nur unter Polizeischutz durchgeführt werden, weil der Widerstand so groß war. Der Marsch auf den Kili-mandscharo war quasi ein weithin sichtbares Zeichen dafür.

Staatsapparate nehmen Proteste jedoch nicht einfach nur zur Kenntnis. In Malawi wurden 2017 acht Aktivist*innen aus Tansania über 100 Tage als »ausländische Agent*innen« inhaftiert, weil sie sich ein Bild vom Uranbergbau und dessen Folgen in Malawi machen wollten. In Russland sind Anti-Atom-Aktivist*innen ins Exil geflohen, nachdem sie vom Staat ebenfalls als »ausländische Agent*innen« eingestuft worden waren; diejenigen, die im Land bleiben, werden eingeschüchert und fühlen sich bedroht. In der Türkei wiederum will in dem derzeit herrschenden politischen Klima niemand namentlich genannt werden, der sich im persönlichen Kontakt mit den Autor*innen des URANATLAS gegen Atomprojekte ausspricht. Aus diktatorisch und autokratisch geführten Ländern wie Kasachstan und China dringen Proteste gleich gar nicht an die Öffentlichkeit.

Auch in Spanien wurden Anti-Uran-Aktivist*innen kriminalisiert. Massive Proteste haben aber dort wie in Tschechien neue Uranbergwerke zumindest vorerst verhindert. Weltweit verbreitet sich dabei in der Bewegung das Motto der indigenen Völker Nordamerikas: »We are not protestors, we are protectors«. Die Protestierenden sehen sich als Beschützer – und verweisen auf die immer kostengünstiger werdenden Erneuerbaren Energien. ●

Weiterführende Informationen

Zur Ächtung von Uranbergbau: u-ban.org

Zur Kilimandscharo-Besteigung: twitter.com/kproject2015?lang=de

DAS WHO'S WHO DER PLAYER

Uranbergbau ist ein überschaubarer Markt. Die zehn größten Konzerne sind für 87 Prozent der Uranproduktion verantwortlich. Sie dominieren den Markt und die Ausbeutung von Indigenen

Uranbergbau wird von wenigen Akteuren beherrscht: den beiden Staatskonzernen Kazatomprom (Kasachstan) und Rosatom (Russland) sowie von Cameco (Kanada) und der französischen Orano-Gruppe, die aus der de facto bankrotten Areva ausgegliedert und mit Staatsgeldern gerettet wurde. Diese vier waren im Jahr 2020 für 55 Prozent der weltweiten Uranproduktion verantwortlich. Zählt man die CGN Uranium Resources hinzu, eine hundertprozentige Tochter der staatlichen China National Nuclear Corporation (CNNC), so kommen die großen Fünf auf einen Weltmarktanteil von 69 Prozent. Entsprechend ihrer Größe waren und sind diese Big Player überall dort aktiv, wo der Rohstoff des Atomzeitalters abgebaut wird – und das ist zu großen Teilen auf dem Land von Indigenen. Umgekehrt kommen, rechnet man Kazatomprom und die chinesische CNNC hinzu, alle großen Urankonzerne aus dem Globalen Norden. Dort wird das Uran verwertet, das vor allem aus dem Globalen Süden stammt.

Areva/Orano ist seit Jahrzehnten ein zentraler Akteur und im weltweiten Uran- und Atomgeschäft gut vernetzt: So hat der Konzern 17 Beteiligungen an Uranvorkommen in Kanada, zwei in Niger, drei in Gabun, zwei in der Mongolei, drei in Jordanien. Auch hier ist es das Land indigener Gesellschaften, aus dem Areva/Orano seinen Anteil von neun Prozent an der weltweiten Uranproduktion herausholt.

Bereits in den 60er Jahren haben Orano beziehungsweise seine Vorgängerfirmen Uranlager in Afrika erkundet und in Niger den Uranbergbau gestartet. Hier gehören dem Unternehmen die Mine Arlit zu 63,4 Prozent, die Gesellschaft Somair zu 37 und das Vorkommen Imouraren zu 56 Prozent. In Kasachstan, seit 2009 der weltweit größte Uranproduzent, ist Orano an den Uranminen Tortkuduk und Myunkum beteiligt, in Kanada mit 37 Prozent an Cigar Lake sowie 30 Prozent an McArthur River. Die beiden kanadischen Uranminen sind die größten der Welt: 19 Prozent der weltweiten Uranförderung kamen 2019 von dort.

Bei den Beteiligungen geht es jedoch nicht allein um Förderung, sondern auch um Exploration, die Sicherung neuer Lagerstätten und die Erwartung künftiger Profite. Manche Mine ist vorübergehend geschlossen, andernorts ist es bei der Erkundung geblieben, weil nach der Fukushima-Katastrophe die Nachfrage nach Uran gesunken ist.

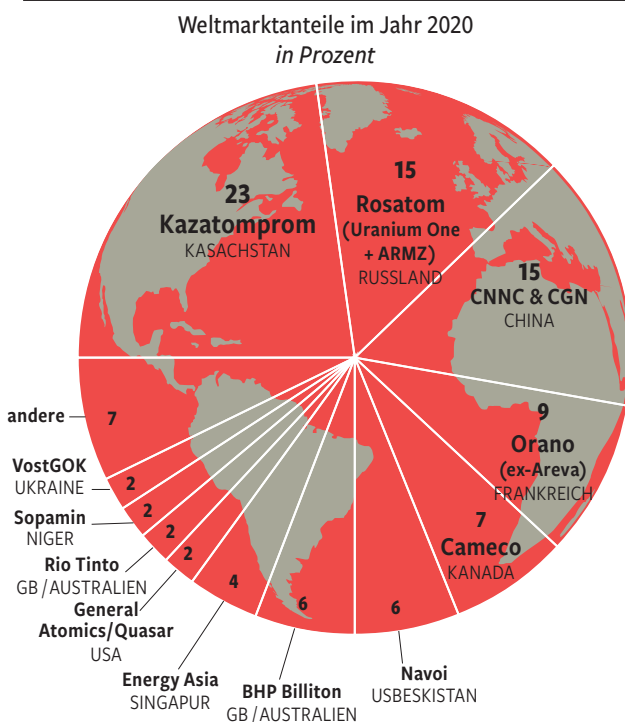
Dieses Geschäftsmodell wird von staatlicher Seite gedeckt: Mal sind französische Spezialeinheiten unterwegs, um die Uranminen in Niger zu sichern, dann retten der französische Staat und damit die Steuerzahler*innen Areva/Orano mit 4,5 Milliarden Euro vor der Pleite. So kann Orano den ato-

marens Irrsinn weiter vorantreiben. WISE Uranium Project hat das Firmenkonglomerat Orano/Framatome/Areva/Cogéma in die »Hall of Infamy« aufgenommen. Dabei lässt sich »Infamy« sowohl mit Schande als auch mit Niedertracht oder Unverschämtheit übersetzen.

Andere Konzerne verfahren nicht viel anders: Die staatliche CNNC ist nicht nur Chinas führende Betreiberin von Kernkraftwerken und verantwortlich für Bergwerke und Uranmühlen in China. Der Konzern sichert sich auch den atomaren Brennstoff in anderen Regionen der Welt: Er besitzt jeweils 49 Prozent an den Minen Semizbai und Irkol in Kasachstan. In Namibia hält er 25 Prozent der Anteile an Langer Heinrich, verbunden mit der Option, auf 49 Prozent aufzustocken, sobald der Betrieb wieder aufgenommen wird, sowie ebenfalls 49 Prozent am Erkundungsprojekt Zhonge in Namibia. Aber auch in Russland, Simbabwe und Australien – das chinesische Unternehmen ist mit von der Partie.

Im Jahr 2013 hat der russische Staatskonzern Rosatom die kanadische Bergbaugesellschaft Uranium One übernom-

Die größten Uranbergbaufirmen



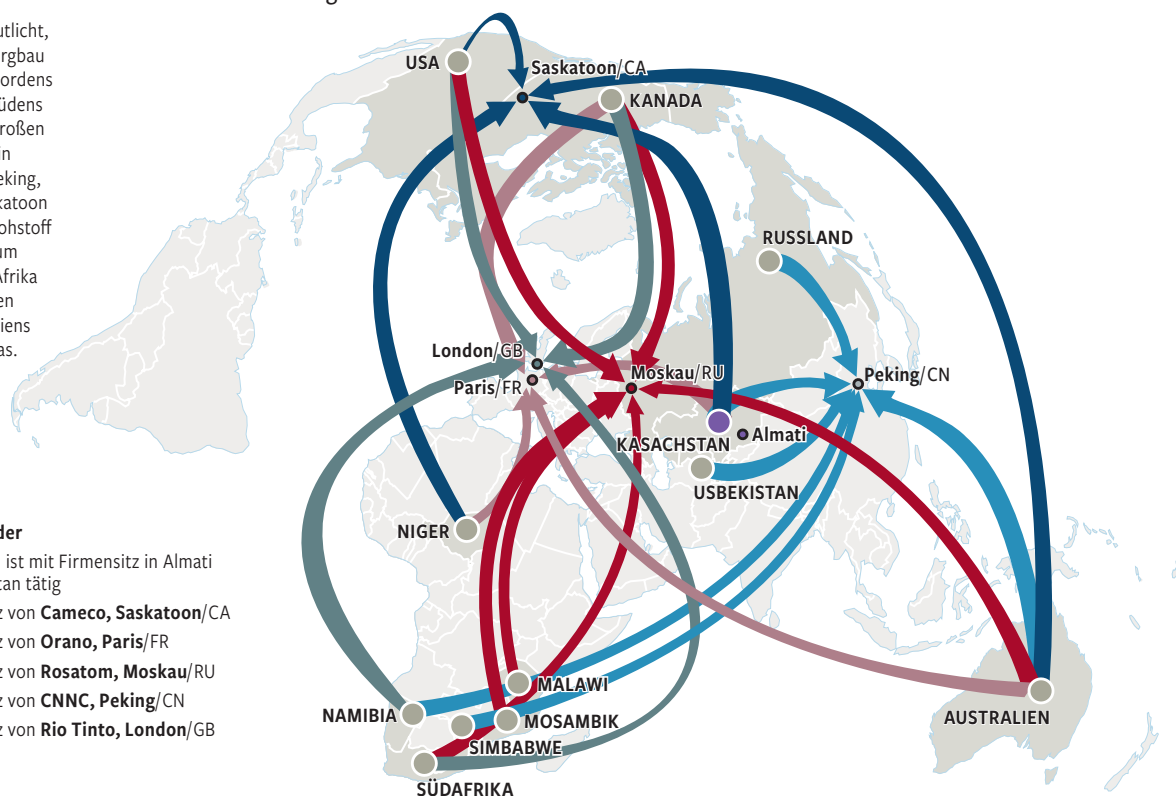
Die Fäden werden im Norden gezogen

Uranbergbau-Konzerne und ihre Lieferländer

(CC) URANATLAS 2022 / WNA, eigene Recherche

Die Grafik verdeutlicht, wie beim Uranbergbau die Länder des Nordens die Länder des Südens ausbeuten: Die großen Konzerne sitzen in London, Paris, Peking, Moskau und Saskatoon (Kanada). Den Rohstoff Uran holen sie zum großen Teil aus Afrika und den indigenen Gebieten Australiens und Nordamerikas.

- Uranlieferländer
- Kazatomprom ist mit Firmensitz in Almati nur in Kasachstan tätig
- ➔ Zum Firmensitz von **Cameco, Saskatoon/CA**
- ➔ Zum Firmensitz von **Orano, Paris/FR**
- ➔ Zum Firmensitz von **Rosatom, Moskau/RU**
- ➔ Zum Firmensitz von **CNNC, Peking/CN**
- ➔ Zum Firmensitz von **Rio Tinto, London/GB**



men und wurde dadurch auf einen Schlag zu einem der weltweit mächtigsten Player. Rosatom hält 94,4 Prozent der Anteile, der Rest gehört dem russischen Finanzministerium. Seit dieser Übernahme ist Rosatom an fünf Minen in den USA, an drei Minen in Kanada sowie an Projekten in Mosambik und Tansania beteiligt. Das Unternehmen unterhält Büros in Südafrika und Australien und ist mit einer Förderung von 7122 Tonnen der zweitgrößte Uranproduzent. Weil Rosatom gleichzeitig jedoch auch den Bau neuer Atomkraftwerke anzustoßen versucht, laufen viele Fäden in der Konzernzentrale zusammen. Bulgarien, China, Finnland, Indien, die Türkei, Ungarn, der Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate stehen unter anderem auf der Kontakt- und Auftragsliste.

Auch der kanadische Uran-Gigant Cameco ist überall dort zu finden, wo es den Stoff für Atombomben und Atomkraftwerke gibt. 20 Beteiligungen im eigenen Land, zehn in den USA, weitere in Kasachstan, in Niger sowie in Australien. Auch Cameco hat es in die »Hall of Infamy« geschafft.

Kazatomprom wiederum betreibt 17 Uranminen in Kasachstan und war mit 19 477 Tonnen Uran im Jahr 2020 der weltweit größte Uranproduzent. Das Unternehmen hat keine Beteiligungen im Ausland, ermöglicht aber anderen Gesellschaften den Zugang zu Kasachstans Uranlagern.

Bergbaukonzerne wie die australisch-britische Rio Tinto – die Nummer zehn im weltweiten Urangeschäft – machen mit allem Geld, was sich aus der Erde holen lässt: Eisen, Kupfer, Gold, Aluminium, Diamanten, Kohle oder Bauxit, um nur einige Rohstoffe zu nennen. Uran fördern sie nicht nur in Australien, sondern auch in Namibia, Südafrika, Kanada und bis vor kurzem auch in den USA.

Der Blick auf die zehn größten Uranminen der Welt verdeutlicht den neokolonialen Charakter des Geschäftsmodells: Cigar Lake/Kanada liegt auf dem Gebiet der Dene, Olympic Dam und Beverly Four Mile/Australien auf dem Land der Kokatha und Adnyamathanha, Somaïr/Niger im Territorium der Tuareg.



Uranbergbau ist ein neokoloniales Geschäftsmodell: Vier der weltweit zehn größten Uranminen liegen auf dem Land indigener Völker, fünf in Kasachstan, die zehnte in der Wüste Namibias

Vier Minen liegen in Kasachstan, einem autoritär geführten Land, das keinen Widerstand gegen Uranbergbau duldet. Den Preis dafür, dass Atomkraftwerke in Südkorea, China, Japan, Russland, der EU und den USA am Laufen bleiben, bezahlen die Menschen aus den Bergbauregionen: Ihre Lebensgrundlagen werden zerstört. Die genauen Wege des Urans sind dabei kaum nachzuvollziehen: Weder geben die Abbaufirmen an, wohin sie das geförderte Uran liefern, noch die AKW-Betreiber, woher das Uran für ihre Anlagen stammt. Das gilt auch für Deutschland: Auf die Frage, woher die Brennelemente-fabrik Gronau Uran erhält, lautete in der Vergangenheit die Antwort: »Unterliegt der Geheimhaltung!« ●

Weiterführende Informationen

Aktuelle Firmennews: wise-uranium.org, Rubrik Uranium Mining Companies
Cindy Vestergaard: Governing Uranium Globally, 2015, PDF auf researchgate.net

OFFENE WUNDEN, SICH SELBST ÜBERLASSEN

Die Gewinnung von Uran ist nie schonend. Zurück bleiben radioaktive und toxische Halden. In ihnen finden sich die Zerfallsprodukte, die gefährlicher sind als das Uran, das entnommen wurde. Doch um verlassene Minen kümmert sich bis heute kaum jemand

Bergbau ist des Menschen ältester Eingriff in die Erde, um sich ihre Schätze anzueignen. Sind die sogenannten Bodenschätze erschöpft, bleibt ein Loch zurück, was gerade beim Abbau von Uran gravierende Folgen hat.

Uran wird unter Tage und im Tagebau gefördert. In beiden Fällen werden Uranminen von monströsen Rückständen eingerahmt. In ihnen finden sich die Zerfallsprodukte der Urankette, deren Halbwertszeiten nach menschlichem Maßstab unendliche Dimensionen erreichen. Bereits die Exploration bedeutet ein Problem: Probebohrungen, wie sie dort, wo nach Uran gesucht wird, tausendfach zu finden sind, verbinden unterirdisch uranhaltige Flöze mit dem Grundwasser und können, ohne dass je Uran abgebaut wird, das Trinkwasser einer



Gesetzliche Vorschriften, die Bergbauunternehmen wenigstens ein Mindestmaß an Sanierung abverlangen, gibt es weder in Australien noch in Afrika

Region kontaminieren. Ob Bohrlöcher und Bohrkern, Halden und Tailings oder offen gelassene Minen – Wind und Regen tragen radioaktive Partikel ins Land und verseuchen den Boden von Menschen, die vom Ackerbau leben. Den Abraum mit Lehm abzudecken könnte die Misere eingrenzen. Das wird aber selten gemacht. Es kostet Geld.

Flüsse wiederum tragen die Radioaktivität aus dem Uranabbau weiter, selbst wenn die Förderung längst beendet ist. Radioaktive Strahlung kennt keine von Menschen geschaffenen Grenzen. Radioaktiver Staub aus Australien wurde, so berichtet der in Südafrika arbeitende Geologe Stefan Cramer, inzwischen sogar in der Antarktis gefunden.

Seit den 90er Jahren wird Tage- und Untertagebergbau durch die In-situ-Leaching-Methode ergänzt, mit der heute rund die Hälfte des Urans gewonnen wird. Hierbei werden über Bohrungen Säuren oder Laugen in unterirdischen Lagerstätten injiziert, um das Erz vom Restgestein zu trennen. Das herausgelöste Uran wird mit Wasser vermischt nach oben gepumpt. Wenn die eingesetzten Mittel unterirdische Wasseradern verletzen, bleibt nur die langfristige Überwachung. Eine Behebung des Problems ist praktisch nicht mehr möglich. Während bei »stillgelegten« Minen zumeist noch irgendeine Art geordneter Schließung erfolgt ist, fehlt diese bei »verlassenen« Minen vollständig. Die Betreiber von tausenden ehemaligen Minen aus der Zeit des »Uran-Rauschs« in den 50er und 60er Jahren, verteilt über den Mittleren Westen der USA,

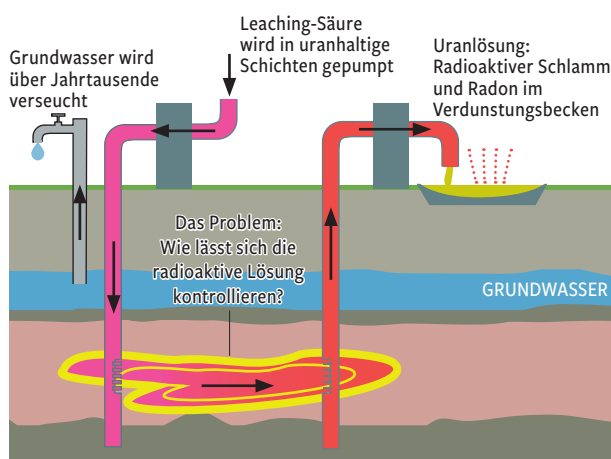
sind einfach verschwunden und haben alles stehen und liegen gelassen. Offene Schächte und Gruben sowie einsturzgefährdete, rostende Konstruktionen kennzeichnen noch heute ihre Hinterlassenschaft. Diese »abandoned mines«, wie diese sich selbst überlassenen Minen heißen, werden zumeist nicht einmal gekennzeichnet, selbst wenn sie in den Unterlagen der US-Umweltbehörde EPA verzeichnet sind.

Vorgaben und Vorschläge zur Sanierung geschädigter Landschaften gelten für den Bergbau generell, Uran nimmt hier keine Sonderstellung ein. Dabei gilt allerdings ein Satz grundsätzlich, mit dem Paul Robinson, Bergbauexperte des Southwest Research and Information Center (SRIC) in Albuquerque/New Mexico die Situation beschreibt: »The company gets the gold, the community gets the shaft – die Firma erhält das Gold, die Allgemeinheit die Grube«. Einen Erlass wie den »Surface Mining Control and Reclamation Act« von 1977, der den Unternehmen in den USA wenigstens ein Mindestmaß an Sanierung abverlangt, gibt es nicht in afrikanischen Staaten und nur in begrenzter Weise in Australien. Hier zählen allein freiwillige Verpflichtungen. Geht ein Unternehmen pleite, haben die Anwohner*innen das Nachsehen. Deshalb wehren sich aber auch immer mehr Gesellschaften.

Lauge für den Untergrund

In-situ Leaching (ISL), auch In-situ Recovery (ISR) genannt

Über Injektionsbohrungen wird zumeist verdünnte Schwefelsäure, Wasserstoffperoxid oder Ammoniumcarbonat in uranhaltige Schichten gepresst und über eine zweite Bohrung die gewonnene, uranhaltige Lösung nach oben gepumpt.

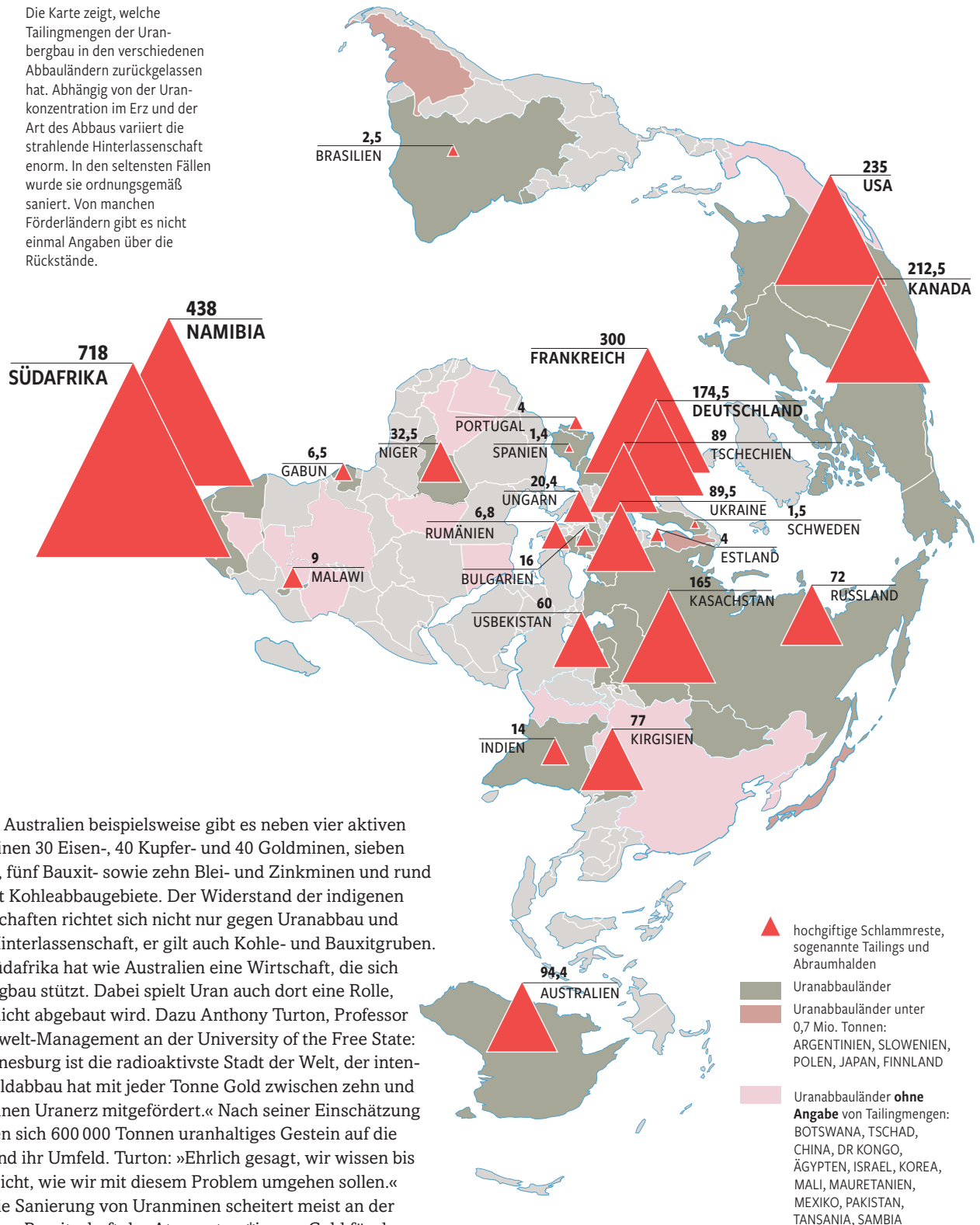


(CC) URANATLAS 2022 / WISE Uranium Project

Was am Ende übrig bleibt

Tailings je Land 1940 bis 2017 in Millionen Tonnen

Die Karte zeigt, welche Tailingmengen der Uranbergbau in den verschiedenen Abbauländern zurückgelassen hat. Abhängig von der Urankonzentration im Erz und der Art des Abbaus variiert die strahlende Hinterlassenschaft enorm. In den seltensten Fällen wurde sie ordnungsgemäß saniert. Von manchen Förderländern gibt es nicht einmal Angaben über die Rückstände.



In Australien beispielsweise gibt es neben vier aktiven Uranminen 30 Eisen-, 40 Kupfer- und 40 Goldminen, sieben Nickel-, fünf Bauxit- sowie zehn Blei- und Zinkminen und rund hundert Kohleabbaugebiete. Der Widerstand der indigenen Gesellschaften richtet sich nicht nur gegen Uranabbau und seine Hinterlassenschaft, er gilt auch Kohle- und Bauxitgruben.

Südafrika hat wie Australien eine Wirtschaft, die sich auf Bergbau stützt. Dabei spielt Uran auch dort eine Rolle, wo es nicht abgebaut wird. Dazu Anthony Turton, Professor für Umwelt-Management an der University of the Free State: »Johannesburg ist die radioaktivste Stadt der Welt, der intensive Goldabbau hat mit jeder Tonne Gold zwischen zehn und 100 Tonnen Uranerz mitgefördert.« Nach seiner Einschätzung verteilen sich 600 000 Tonnen uranhaltiges Gestein auf die Stadt und ihr Umfeld. Turton: »Ehrlich gesagt, wir wissen bis heute nicht, wie wir mit diesem Problem umgehen sollen.«

Die Sanierung von Uranminen scheitert meist an der fehlenden Bereitschaft der Atomnutzer*innen, Geld für das Problem auszugeben. Als internationales Vorzeigeprojekt für die Zeit nach der Urangewinnung gilt die Sanierung der Wismut-Hinterlassenschaft in Sachsen und Thüringen – aber auch hier gibt es Mängel (s. S. 24-25). Denn einen angemessenen Umgang mit radioaktiven Substanzen gibt es bis heute nicht. »Uran sollte in der Erde bleiben«, fordern die Betroffenen. ●

Weiterführende Informationen

Tailings: wise-uranium.org, Stichwort: Uranium Mill Tailings Inventory
Film: J. Tschirner, Yellow Cake. Die Lüge von der sauberen Energie, 2010, 108 min

ATOMAUSSTIEG MIT LÜCKEN

Deutschland hat zwar das Ende der Atomkraftnutzung beschlossen. Ein Ende des Atomzeitalters ist das jedoch hierzulande noch lange nicht

Am 31. Dezember 2022 werden in Deutschland mit Neckarwestheim, Isar II und Lingen die letzten AKWs abgeschaltet. Doch damit ist der Atomausstieg längst nicht abgeschlossen: Der unbefristete Weiterbetrieb der Urananreicherungsanlage in Gronau und der Brennelementefabrik in Lingen ist ein Skandal, den noch keine Bundesregierung angepackt hat. Dazu wird in Karlsruhe weiter an der Zukunft von Atomkraftwerken geforscht – mit Steuergeldern wohlge-merkt. In Jülich werden Uranzentrifugen weiter entwickelt und in Garching bei München bleibt ein »Forschungs«-Reaktor in Betrieb, der mit hochangereichertem, also waffenfähigem Uran betrieben wird.

Besonders brisant: Urananreicherung und Uranzentrifugen-Technologie machen Deutschland zu einer stillen Atom-macht, die sich den technischen Weg zur Atombombe offen-hält. Zur Urananreicherung gründeten 1970 Großbritannien, Deutschland und die Niederlande mit dem Vertrag von Almelo die heutige Urenco Ltd und vereinbarten später, im westfä-lischen Gronau eine »deutsche« Urananreicherungsanlage zu bauen. Das dort angereicherte Uran soll ausschließlich zu zivilen Zwecken genutzt werden. Eigentümer sind zu jeweils einem Drittel der britische und der niederländische Staat; das deutsche Drittel teilen sich E.ON und RWE. 2005 genehmigte die zuständige nordrhein-westfälische Landesregierung sogar eine Kapazitätserweiterung auf 4500 Tonnen Uranbrennstoff. Mit dieser Menge können rund 30 große Atommeiler versorgt werden, weltweit fast jedes zehnte Atomkraftwerk.



Seit Mai 2019 exportiert Urenco abgereichertes Uran nach Sibirien, deklariert als Wertstoff. Eigentlich müsste das Material als Atommüll sicher endgelagert werden

Derzeit exportiert Urenco rund 50 Prozent des angerei- cherten Urans in die USA, da diese über keine eigene Uran- anreicherung mehr verfügen. Dort wird in einigen AKWs das anfallende Tritium für das US-Atomwaffenprogramm verwen- det. Dadurch kann Urenco indirekt an der Herstellung bezie- hungsweise Modernisierung von Atomwaffen beteiligt sein.

Die Anreicherung von Uran für zivile Zwecke ist von der militärischen Nutzung nicht zu trennen. So ermöglichte es erst der Diebstahl von Blaupausen bei Urenco am Standort Almelo in den 70er Jahren durch den pakistanischen Wissenschaft- ller Abdul Kadir Khan zunächst Pakistan und in der Folge dem Iran und Nordkorea, selbst Uran anzureichern – eine Grund- lage für ihre jeweiligen Atomwaffenprogramme. Urenco ist damit durch laxen Sicherheitsvorkehrungen mitverantwortlich

für einen der international größten Verstöße gegen das Nicht- verbreitungsgebot von Atomwaffentechnologie.

In der Brennelementefabrik im emsländischen Lingen – zu 100 Prozent im Besitz der französischen EdF-Tochter Fra- matome – dürfen jährlich 800 Tonnen Uran zu Brennelemen- ten verarbeitet werden. In Deutschland werden ab 2023 weder angereichertes Uran noch Brennelemente für Atomkraftwerke benötigt. Deutschland ist auch nicht verpflichtet, ausländi- sche AKWs mit Kernbrennstoff zu versorgen. Rechtlich wäre es möglich, die Atomanlagen in Gronau und Lingen zeitgleich mit den letzten deutschen AKWs stillzulegen. Das belegt ein Gutachten im Auftrag des Bundesumweltministeriums aus dem Jahr 2017. Geschehen ist in dieser Richtung bislang jedoch nichts. Im Wahlprogramm der Grünen zur Bundestagswahl 2021 heißt es zwar: »Unser Ziel ist es, die Atomfabriken in Gro- nau und Lingen schnellstmöglich zu schließen.« Im Koalitions- vertrag der Ampelparteien ist dazu aber nichts zu finden.

Wie notwendig deren Stilllegung ist, zeigt die Geschäfts- politik der Atomanlagen: Urenco belieferte unter anderem bis 2011 den Fukushima-Betreiber Tepco mit angereichertem Uran. Seit 2017 gibt es wieder Transporte nach Japan. Auch die Ukra- ine und die Vereinigten Arabischen Emirate werden mit Uran- brennstoff versorgt. Und sowohl Urenco als auch die Brennele- mentefabrik in Lingen beliefern die wegen zahlloser Pannen umstrittenen belgischen Meiler in Tihange und Doel oder den maroden schweizerischen Reaktor Leibstadt..

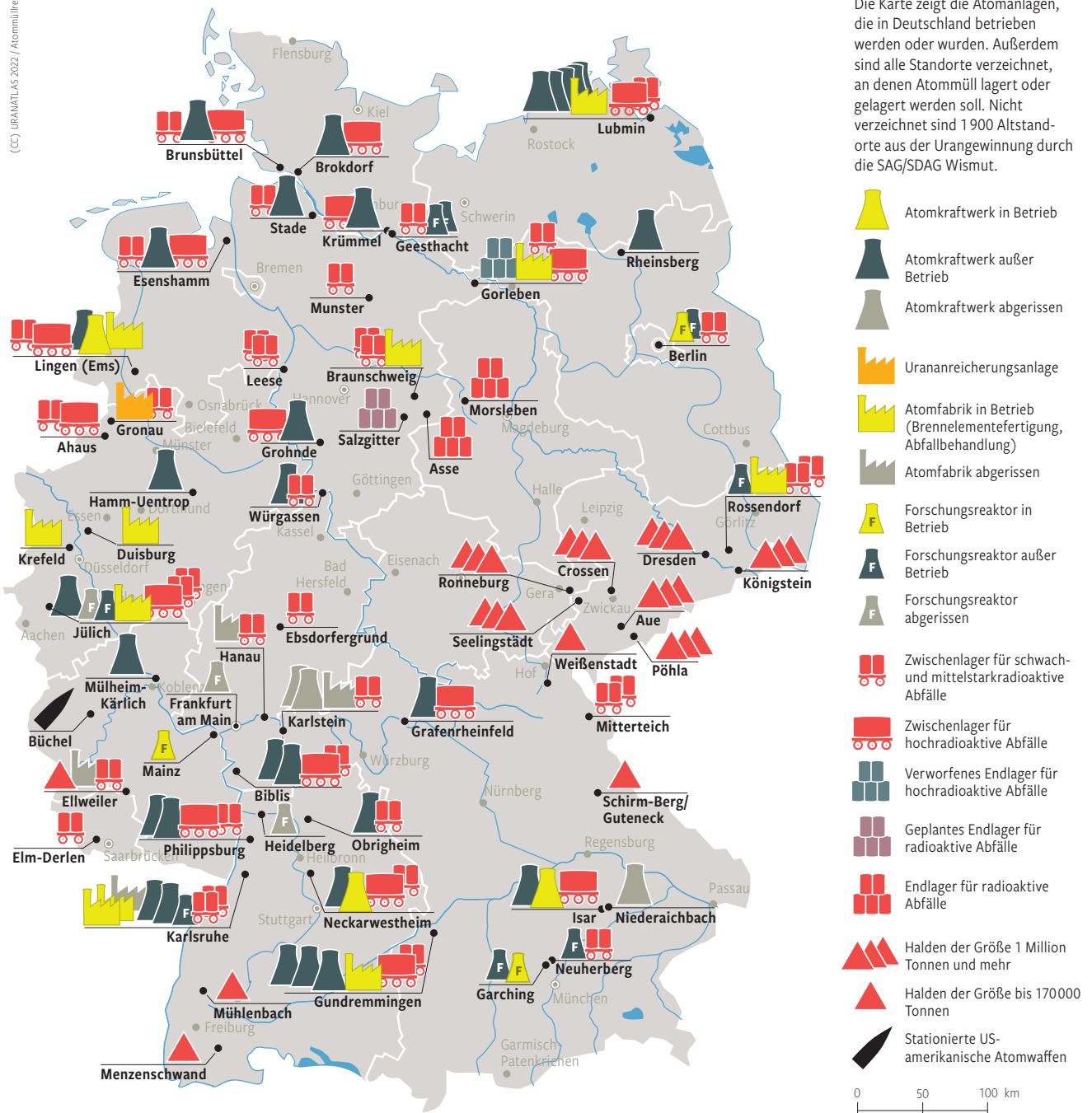
Framatome wollte außerdem über ein Joint Venture dem russischen Atomkonzern Rosatom die Beteiligung an der Atomfabrik in Lingen ermöglichen. 126 Organisationen vor allem aus Deutschland, Frankreich und Russland haben im Februar 2022 in einer Resolution von der Bundesregierung gefordert, diese Kooperation zu unterbinden. Das Joint Ven- ture zementiere den Weiterbetrieb der Atomanlage und öffne Rosatom und der russischen Regierung eine weitere Tür zum europäischen Energiemarkt – mit Billigung der Bundesregie- rung. Zugleich erhalte so die französische Regierung grünes Licht aus Berlin für die eigenen Pläne zur Atomexpansion. Erst der Ukrainekrieg hat dazu geführt, dass der Antrag zur Geneh- migung des Joint Ventures zurückgezogen wurde.

Die Urananreicherung birgt ein weiteres Problem: Bei Urenco entstehen jedes Jahr rund 5000 Tonnen abgereichte- tes Uranhexafluorid (UF₆). Bis 2009 exportierte Urenco rund 27300 Tonnen UF₆ aus Gronau nach Russland zur »Langzeit- lagerung«. Nach massiver öffentlicher Kritik beendete Urenco damals zunächst diese Praxis. Anstatt abgereichertes Uran als Atommüll sicher endzulagern, deklarierte Urenco das Mate- rial als »Wertstoff« und exportierte zwischen Mai 2019 und Oktober 2020 18000 Tonnen über die Ostsee nach St. Peters- burg und von dort nach Novouralsk bei Jekaterinburg. Dort

Atomstaat Deutschland

Die heimischen Atomanlagen im Überblick, Stand 2022

© CC URANATLAS 2022 / Atomüllreport



lagert es in den wenig sicheren Behältern unter freiem Himmel. »Russland ist nicht das Atomklo von Deutschland«, kritisiert unter anderem Ecodefense-Gründer Wladimir Sliwjak, Träger des Alternativen Nobelpreises: »Urenco spart sich damit die Kosten für die teure Endlagerung in Deutschland.« Erst der Krieg gegen die Ukraine führte zur Kündigung des Vertrags.

UF₆ ist radioaktiv und hochgiftig. In Verbindung mit Wasser reagiert es zu extrem aggressiver Fluorwasserstoffsäure. Für eine solche Reaktion reicht bereits Luftfeuchtigkeit aus. Kommt ein Mensch damit in Kontakt, sind schwere Hautverbrennungen sowie radioaktive Kontamination die Folge. Eingeatmet zerfrisst Fluorwasserstoffsäure die Lunge und kann zum Tod führen.

Ein tragfähiges und langfristiges Konzept zur Endlagerung des abgereicherten Urans aus Gronau gibt es bisher nicht. Und die ständigen Transporte von Uran von und zur Urananreicherungsanlage Gronau sowie von und zur Brennelementefabrik Lingen sind eine andauernde Gefahr. Es reicht ein Transportunfall für eine Katastrophe. ●

Weiterführende Informationen

SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster: Urenco – Urananreicherungsanlage Gronau und Zentrifugenforschung Jülich – Gefährdung für Atomausstieg und Frieden. 2. Auflage, Februar 2022. Download unter: sofa-ms.de
Bündnis AgiEL – AtomkraftgegnerInnen im Emsland: atomstadt-lingen.de

VON MAJAK ÜBER CHURCH ROCK BIS FUKUSHIMA

Super-GAU und Dammbbruch, Reaktorfeuer und Explosionen:
Was nicht passieren darf, geschieht doch immer wieder

Die Geschichte der Atomenergie ist auch eine Geschichte ihrer Katastrophen. Majak, Windscale, Harrisburg, Church Rock, Tschernobyl und Fukushima heißen die Chiffren des Schreckens. Sechs Standorte, an denen die Atomkraft außer Kontrolle geriet. Sechs Stationen, die den Niedergang einer euphorisch gestarteten Technologie beschleunigt haben. Nach 70 Jahren »friedlicher Nutzung der Kernenergie« gehören geschmolzene Reaktorkerne, unbewohnbare Gebiete, radioaktive Wolken und eine unbekannte Zahl von Toten zur Bilanz.

Zu den Katastrophen gehört aber auch der Versuch, sie zu verheimlichen oder zu bagatellisieren. Vertuschung ist fester Bestandteil dieser Technologie. Die große Ausnahme war zunächst die dreifache Kernschmelze in Fukushima im März 2011. Der neue Nachrichtenkosmos des Internets sandte die Bilder der kollabierenden Atommeiler als schemenhaftes Live-Event rund um die Welt.

Doch die Folgen werden auch in Japan bis heute verharmlöst: Gesundheitsschäden, das Ausmaß der Verseuchung, die Hilflosigkeit der Helfer*innen und die gewaltigen Kosten. Gleich im ersten Jahrzehnt verlor die Atomkraft ihre Unschuld. Dabei war die Begeisterung für Flugzeuge und Autos mit Atomantrieb oder für Kleinreaktoren in jedem Haushalt gerade erst entfacht worden. Doch der Geist aus der Uranmaschine, der die Welt verändern sollte, zeigte in Majak und Windscale seine dunkle Seite.

10. Oktober 1957. Im Nordwesten Englands, an der Küste zur Irischen See, bricht im Atomreaktor Windscale I ein Feuer aus. Durch fehlerhafte Temperaturanzeigen und anschließende Bedienfehler bei Wartungsarbeiten haben sich die Brennelementkanäle überhitzt. Kanal 20/53 glüht rot wie eine Kirsche. Alle Versuche, den Reaktor herunterzukühlen, schlagen fehl: Die Temperatur im Kern steigt auf 1300 Grad: Windscale brennt. Während im Herzen des 2000 Tonnen schweren Grafitblocks ein Feuer lodert, entweicht aus dem Schornstein ständig radioaktiver Rauch. Die Menschen in der Umgebung liegen ahnungslos in ihren Betten. Alle Löschversuche mit Kohlendioxid und Wasser scheitern. Im dritten Anlauf gelingt es schließlich, die Flammen zu ersticken. Die Bevölkerung wird erst nach dem Löschen des Brands gewarnt. Die Milch umliegender Farmen wird eingesammelt und ins Meer geschüttet; rund um den Reaktor versickern Millionen Liter radioaktives Löschwasser.

Bis 1990 werden 70 Untersuchungsberichte zum Windscale-Brand geschrieben. Die Forscher*innen versuchen, die freigesetzte Strahlung in Krebstote umzurechnen. Man einigt sich auf 100 Opfer. Eine Leukämiewelle sorgt in den 80er Jahren für Aufregung, bis die Erinnerung allmählich verblasst.

Heute ist Windscale auch sprachlich entsorgt, der Atomkomplex heißt jetzt Sellafield.

Im selben Jahr, am 29. September 1957, explodiert im russischen Majak ein Tank mit hochradioaktiven Abfällen. Gleich zehn Reaktoren gehören dort zur Atombombenschmiede der Sowjetunion. Sie liefern den Militärs Plutonium für das sowjetische Kernwaffenprogramm. Schon im Normalbetrieb gelangen ungeheure Mengen Radioaktivität in die Umwelt. Nukleare Partikel und Abfälle werden über die Luft und direkt in den Fluss Tetscha entsorgt. Weil die Anwohner*innen Strahlenschäden aufwiesen, wurde bereits 1953 das erste Dorf im Umfeld evakuiert; bis 1956 folgten weitere 18.

Als es ein Jahr später zur vulkanartigen Explosion kommt, ist sie Hunderte Kilometer weit zu sehen und wird offiziell zur Polarlicht-Erscheinung erklärt. Die radioaktive Wolke zieht in 1000 Metern Höhe nach Nordosten: eine 40 Kilometer breite, 300 Kilometer lange Spur. Eine Fläche von 20000 Quadratkilometern mit etwa 270000 Einwohner*innen ist radioaktiv verseucht. Immer neue Gebiete müssen evakuiert werden.

Die Explosion bleibt geheim, bis sie Moskau 1989 bestätigt. Nach der Bewertung der Internationalen Atomenergie-Agentur gilt sie nach Tschernobyl und Fukushima als dritt-schwerster Atomunfall der Geschichte. Expert*innen des Helmholtz-Zentrums München stellen ihn auf dieselbe Gefahrenstufe wie Tschernobyl. Die freigesetzte Radioaktivität könnte in Majak sogar größer gewesen sein.

Die Atommacht USA erlebte ihre Katastrophe 1979 gleich zweifach. Im März kämpft eine kontinuierlich wachsende Expert*innenschar gegen den außer Kontrolle geratenen Reaktor Three Mile Island bei Harrisburg. Als tonnenschwerer Sturzbach ergießt sich der glühende Reaktorkern auf den Grund des Reaktordruckbehälters, der wie durch ein Wunder standhält. Drei Viertel des Kerns aus 36816 Brennstäben sind bei Temperaturen nahe 2800 Grad geschmolzen. Ausgefallene Kühlwasserpumpen, zwei falsch gestellte Ventile bei den Reservepumpen, ein Zettel auf dem Steuerpult, der die Ventilanzeige verdeckt, und mehrere Bedienfehler haben das Unglück ausgelöst.

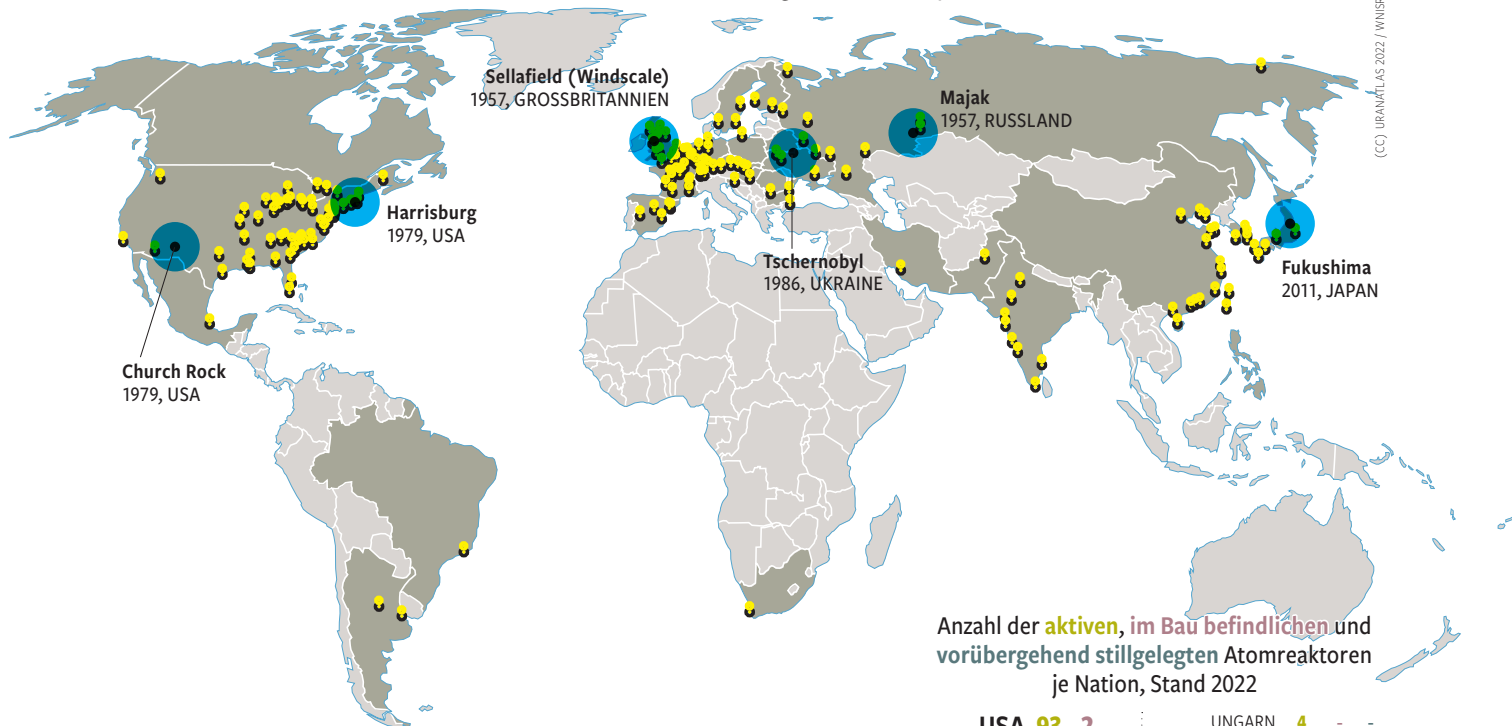


Tschernobyl und Fukushima lieferten spektakuläre Bilder und ließen sich nicht geheim halten – andere Katastrophen dagegen schon

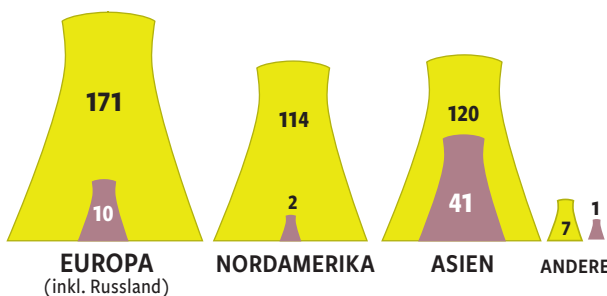
Kinder und Schwangere im Acht-Kilometer-Umkreis werden evakuiert. 70000 Menschen fliehen aus eigener Initiative. Niemand weiß, wieviel Radioaktivität tatsächlich in die

Die »friedliche Nutzung« der Kernenergie – eine Bilanz

Standorte aller aktiven Atomkraftwerke und die großen Katastrophen des Atomzeitalters



Anzahl der **aktiven** und **im Bau befindlichen** Atomreaktoren auf den verschiedenen Kontinenten, Stand 2022



Anzahl der **aktiven**, **im Bau befindlichen** und **vorübergehend stillgelegten** Atomreaktoren je Nation, Stand 2022

USA	93	2	-	UNGARN	4	-	-
FRANKREICH	56	1	-	SLOWAKEI	4	2	-
CHINA	54	19	-	ARGENTINIEN	3	-	1
RUSSLAND	37	3	-	DEUTSCHLAND	3	-	-
SÜDKOREA	23	4	1	BRASILien	2	-	-
INDIEN	21	8	1	BULGARIEN	2	-	-
KANADA	19	-	-	MEXIKO	2	-	-
UKRAINE	15	-	-	RUMÄNIEN	2	-	-
GROSSBRITANNIEN	11	2	-	SÜDAFRIKA	2	-	-
JAPAN	10	1	23	ARMENIEN	1	-	-
SCHWEDEN	6	-	-	IRAN	1	1	-
BELGIEN	7	-	-	NIEDERLANDE	1	-	-
SPANIEN	7	-	-	SLOWENIEN	1	-	-
TSCHECHIEN	6	-	-	BELARUS	1	1	-
PAKISTAN	5	1	-	TÜRKEI	-	3	-
TAIWAN	5	-	-	BANGLADESCH	-	-	2
FINNLAND	4	1	-				
SCHWEIZ	4	-	-				
				WELT	412	54	26

Umwelt gelangt ist. Unvergessen ist das Statement des Vize-Gouverneurs von Pennsylvania, Bill Scranton: »Wir haben alles unter Kontrolle. Es gibt keine Gefahr für die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung.«

Im Juli desselben Jahres schockiert der Dambruch von Church Rock die US-Atomindustrie. Church Rock ist ein Dorf im Land der Diné im Bundesstaat New Mexico. 20 Uranminen sind dort in Betrieb. Allein in der größten von ihnen werden in den 70er Jahren jährlich mehr als 1000 Tonnen Uranoxid produziert. Hunderttausende Tonnen radioaktiver Abraum werden in großen Absetzbecken entsorgt. Am 16. Juli 1979 bersten die Mauern eines der Staubecken. Über 1000 Tonnen strahlende Abfälle und geschätzte 360 Millionen Liter radioaktive Abwässer landen im Puerco River – bis heute der schwerste Atomunfall in der Geschichte der USA. Drei Jahre später gibt die Uranindustrie den Standort auf.

Vor allem Church Rock und Majak sind weitgehend unbekannt geblieben. Dagegen kennt jedes Kind die Namen der beiden »klassischen« Super-GAU-Standorte Tschernobyl und Fukushima. Sie lieferten spektakuläre Bilder und ließen sich

nicht geheim halten. Zudem war die Weltöffentlichkeit 1986 und erst recht 2011 sensibilisiert für das Katastrophenpotenzial der Atomkraft.

Millionen konnten mitverfolgen, welchen Weg die radioaktiven Wolken nahmen. In Japan wurde nach der Fukushima-Havarie sogar die Evakuierung des Großraums Tokio mit 30 Millionen Einwohner*innen erwogen. Nach Tschernobyl versuchten Armeeflugzeuge die Regenwolken chemisch zu entladen, bevor sie nach Moskau ziehen konnten. Viele Details sind bekannt geworden, doch das Leid und die gesundheitlichen Folgen für Millionen sind im statistischen Rauschen verschwunden. Von Windscale bis Fukushima: Die sechs Namen stehen für Unfälle, die nach einschlägigen Risikostudien gar nicht oder nur einmal in hunderttausend Jahren hätten geschehen dürfen. Sie sind mehrfach passiert, ihre Spuren noch lange nicht beseitigt. ●

Weiterführende Informationen

Bernward Janzing: Vision für die Tonne, Picea 2016

Stephanie Cooke: Atom. Die Geschichte des nuklearen Irrtums, K&W 2010

EINE FRAGE DER MACHT

Nukleare Kontrolle: Die WHO soll eine unabhängige Gesundheitspolitik betreiben, wird aber in Atomfragen von der IAEA bestimmt. Und durch den EURATOM-Vertrag verfolgt die Europäische Union nach wie vor das Ziel, die Kernkraft zu fördern

Als am 29. Juli 1957 in Wien die IAEA (International Atomic Energy Agency) unter dem Dach der Vereinten Nationen gegründet wurde, lag es nahe, mit der neun Jahre zuvor ins Leben gerufenen UN-Organisation WHO (World Health Organization) ein Bündnis zu schließen. Die Expert*innen wollten sich die Erfahrung der jeweils anderen Seite sichern. Die Industrienationen hatten sich für die Atomspaltung für zivile Zwecke entschieden, von der man sich wahre Wunder versprach; die neue Organisation sollte für die weltweite Verbreitung sorgen. Und Erkenntnisse über Auswirkungen radioaktiver Strahlung auf den menschlichen Organismus konnten im Gefolge der Bombentests in der Südsee schon damals gewonnen werden. Am 28. Mai 1959 schlossen beide Organisationen einen Kooperationsvertrag, der das Aktenzeichen WHA12-40 trug.

»Die Internationale Atomenergieagentur und die Weltgesundheitsorganisation«, so der Wortlaut, »stimmen darin überein, dass sie innerhalb des allgemeinen Rahmens der Charta der Vereinten Nationen in enger Zusammenarbeit miteinander handeln und sich regelmäßig in Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse konsultieren werden, um die Verwirklichung der in ihren jeweiligen Verfassungen festgelegten Ziele zu erreichen.« Weiter heißt es: »Wenn eine der Parteien vorschlägt, ein Programm in einem Bereich durchzuführen, der für die andere Partei von großem Interesse ist oder sein könnte, konsultiert die erste Partei die zweite, um die Angelegenheit im gegenseitigen Einvernehmen zu regeln.«

Bis zur Katastrophe von Tschernobyl 1986 war von diesem Abkommen nie die Rede. Doch als die WHO die offizielle Zahl der Toten bekannt gab, holten Kritiker*innen den Vertrag ans Licht. Die WHO sprach lediglich von 30 toten Arbeiter*innen und Feuerwehrleuten, die in direkter Folge des Unglücks ums Leben kamen. Heute, angesichts der vielen Krebstoten, beziffert sie die Zahl der Toten mit 6000. Die Ärzt*innenorganisation IPPNW – 1985 erhielt sie den Friedensnobelpreis – spricht dagegen von bis zu 1,4 Millionen.

Dann, im März 2011: Fukushima. Im April 2014, drei Jahre nach dem Super-GAU, veröffentlichte UNSCEAR, der wissenschaftliche Ausschuss der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen atomarer Strahlung unter dem Dach der IAEA, seinen ersten Bericht zur Atomkatastrophe in Japan. Die Autor*innen behaupten darin, dass »keine signifikanten Veränderungen künftiger Krebsraten zu erwarten sind, die mit der Strahlenexposition durch den Unfall in Verbindung gebracht werden können.«

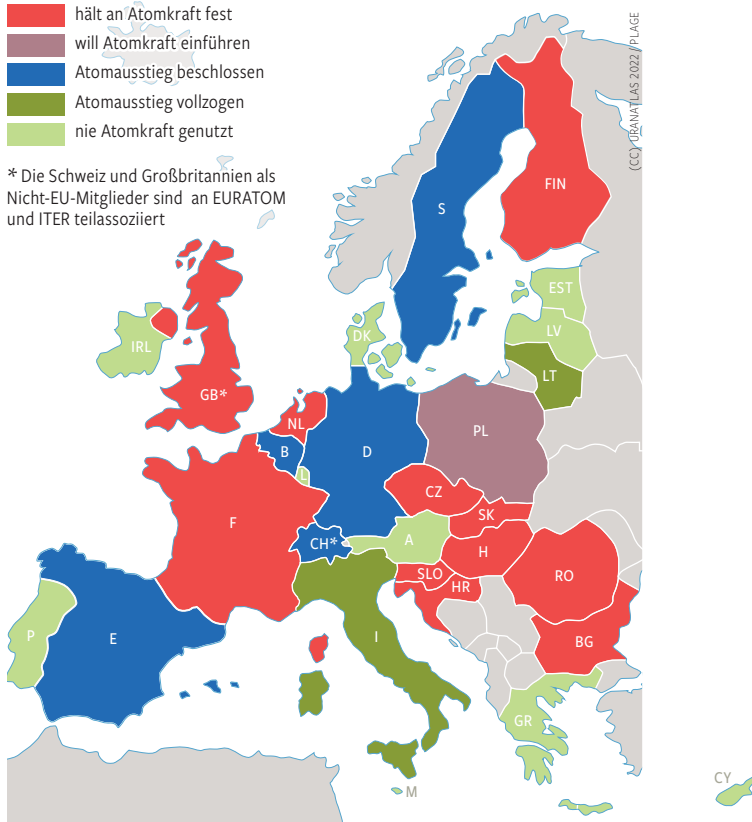
Der Kinderarzt Alex Rosen, 2013-2021 im Vorstand von IPPNW Deutschland, kritisiert diesen Versuch der Verharmlosung: »Die Tatsache, dass eine Krebserkrankung keine

EURATOM: Alle müssen zahlen

Atomenergie in den EU-Staaten, Großbritannien und der Schweiz

- hält an Atomkraft fest
- will Atomkraft einführen
- Atomausstieg beschlossen
- Atomausstieg vollzogen
- nie Atomkraft genutzt

* Die Schweiz und Großbritannien als Nicht-EU-Mitglieder sind an EURATOM und ITER telassoziiert



Herkunftsbezeichnung trägt und sich nie eindeutig auf eine einzelne Ursache zurückführen lässt, wird genutzt, um jegliche Kausalität abzustreiten. Diese Taktik kennen wir bereits von der Tabakindustrie oder der Asbestwirtschaft.«

Rosen erhielt Unterstützung von Richard Horton, dem Chefredakteur der medizinischen Zeitschrift »The Lancet«; in Band 383 vom 21. Juni 2014 schrieb dieser: »Wenn es um Tschernobyl oder Fukushima und die Gefahr einer radioaktiven Kontamination geht, wurde vielleicht nicht die ganze Wahrheit gesagt. Und die WHO hat die Verantwortung, diese Wahrheit herauszufinden, wie unangenehm sie für die Mitgliedstaaten oder die mit ihr verbundenen Behörden auch sein mag.«

Inzwischen hat die IAEA mit dem japanischen Außenministerium, der Präfektur Fukushima und der Medizinischen Universität Fukushima Kooperationsverträge geschlossen, in

denen unter Punkt 8 sichergestellt wird, dass keine Seite ohne Zustimmung der anderen vertrauliche Informationen oder klassifiziertes Material veröffentlicht.

Die WHO leugnet, einer Zensur zu unterliegen. Seit Februar 2001 hat sie auf ihrer Website bezüglich ihrer Bindung an die IAEA folgende Stellungnahme platziert: »Diese Selbstverpflichtung bedeutet keineswegs die Unterwerfung einer Organisation unter die Autorität der anderen, was ja die jeweilige Unabhängigkeit und Verantwortung im Rahmen der entsprechenden verfassungsmäßigen Aufgaben in Frage stellen würde.« Eine Kooperation auf Augenhöhe zwischen WHO und IAEA besteht jedoch nicht. Denn das Abkommen WHA12-40 von 1959 fixiert eine Schiefelage, die aus den Interessen der beiden Organisationen herrührt: Die WHO vertritt als UN-Organisation die Gesundheitsinteressen der Allgemeinheit und nicht die einer Industrie. Hinter der IAEA hingegen stand und steht die weltweite Atomindustrie, mehr noch: der gesamte Atomrüstungskomplex. Sie ist de facto nichts weiter als eine Lobbyorganisation, die mit den Vereinten Nationen durch ein Abkommen verbunden ist.

Wenn es kompliziert wird, scheint es die WHO deshalb vorzuziehen zu schweigen. So gab sie zu keiner Zeit Warnungen zum Einsatz von Uranmunition (s. S. 48) aus, bei dem toxischer und radioaktiver Nano-Staub Soldat*innen beider Fronten und die Zivilbevölkerung bedroht. Als der Radiologe Keith Baverstock, von 1991 bis 2003 Mitarbeiter der WHO, 2001 neue Erkenntnisse des Armed Forces Radiobiology Research Institute – eine Abteilung des US-Verteidigungsministeriums – veröffentlichen wollte, wurde er zensiert und verunglimpft. Baverstock verließ daraufhin die WHO. 2007 gründete sich in Genf die Initiative »Independent WHO«, die eine unabhängige Gesundheitspolitik fordert, vor allem auf dem Gebiet radioaktiver Bedrohung.

Ein weiteres »Steinzeit-Dokument« sichert die Interessen der Atomindustrie: der EURATOM-Vertrag, mit dem die Europäische Atomgemeinschaft am 25. März 1957 von Bel-



Manchmal ist die Weltgesundheitsorganisation verdächtig still: Zum Einsatz von Uranmunition gab sie zu keiner Zeit Warnungen

gien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden gegründet wurde. Mit ihm soll die Kernenergie verbreitet und weiter entwickelt werden. Als die Europäische Union mit dem Vertrag von Lissabon 2007 reformiert wurde, blieb der 50 Jahre alte EURATOM-Vertrag unveränderter Bestandteil der neuen Bündnisvereinbarung. Noch heute ist EURATOM die Grundlage für die Finanzierung von Atomforschung. Alle EU-Mitgliedstaaten zahlen in einen gemeinsamen Fonds, unabhängig davon ob sie Atomkraftwerke betreiben oder nicht.

»Der Euratom-Vertrag hebt das Wettbewerbsrecht aus«, kritisiert Heinz Stockinger, Gründer der Salzburger Anti-Atom-Initiative PLAGE. »Ohne exzessive Förderung wäre die Atomindustrie nicht in der Lage, wirtschaftlich auf dem Markt zu bestehen.« Aktuell zeige das die mit diesem Vertrag begründete Genehmigung der Europäischen Kommission für die exorbitante Subventionierung des AKW-Projekts Hinkley Point C in Großbritannien. »Der Vertrag ist undemokratisch und veraltet. Das Europäische Parlament hat in EURATOM-Angelegenheiten keinerlei Entscheidungsgewalt.«

Während der Verhandlungen über eine EU-Verfassung im Jahr 2005 forderten Deutschland, Österreich, Ungarn, Irland und Schweden in einer gemeinsamen Erklärung im Anhang zum Vertrag von Lissabon, dass »so bald wie möglich« eine Konferenz zur Revision des nie aktualisierten EURATOM-Vertrags einberufen werden sollte. Diese Konferenz ist bis heute nicht zustande gekommen: Die Staaten, die Atomkraftwerke betreiben, sind entschlossen, die EURATOM-Privilegien für die Atomindustrie aufrechtzuerhalten.

ITER – KERNFORSCHUNGSPROJEKT VON 35 NATIONEN

Der ITER ist ein Forschungsprojekt mit dem Ziel, durch Kernfusion unendlich viel Energie zu erzeugen. Beteiligt sind über EURATOM alle EU-Staaten, Großbritannien und die Schweiz, aber auch die USA, China, Südkorea, Japan, Russland und Indien. Der Fusionsreaktor ist seit 2007 beim südfranzösischen Kernforschungszentrum Cadarache im Bau.

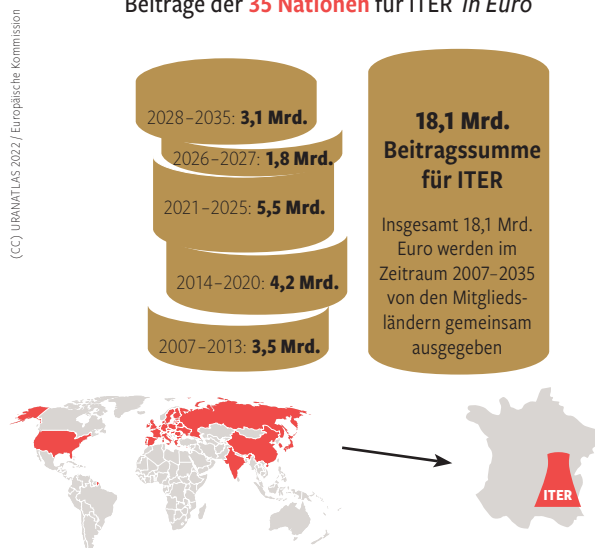
Klaus Traube, der inzwischen verstorbene Chefkonstrukteur des Schnellen Brütters in Kalkar, kritisierte: 1960 habe die Atomindustrie gesagt, 1970 sei der Fusionsreaktor Wirklichkeit, 1970 habe sie von 1990 gesprochen, im Jahr 1990 schließlich von 2020. Seit der Jahrtausendwende gebe sie keine Prognose zur Fertigstellung mehr an. »Der Fusionsreaktor ist ein Projekt unrealistischer atomarer Blütenträume«, ergänzte der ebenfalls verstorbene Solarpionier Hermann Scheer im Jahr 2008, »wir müssen den Fusionsreaktor Sonne nutzen.« Er liefert unendlich viel Energie. ●

Weiterführende Informationen

Alternative Daten zu radiologischen Gefahren: independentwho.org
 EURATOM Watch: unter.kernpunkte.at unter Kernpunkte, Stichwort EURATOM

Milliardeninvestition in atomare Blütenträume

Beiträge der 35 Nationen für ITER in Euro



DAS NEUE WETTRÜSTEN

Ein Atomkrieg kennt keinen Sieger. Dennoch erneuern Atommächte ihre Arsenale und setzen auf »kleine Nuklearwaffen«

Kaum jemand hat sich vorstellen können, dass Russland unter Putin die Ukraine überfällt und mit dem Einsatz von Atomwaffen droht, um andere Staaten von einer Intervention abzuhalten. Die Nato-Atomkräfte haben nicht vergleichbar reagiert, zumindest nicht öffentlich. »Das ist der richtige Schritt zur Deeskalation«, sagt Friedensforscher Sascha Hach. »Jedes Drohen vergrößert in dieser Situation nur das gegenseitige Misstrauen und Fehlinterpretationen.«

Angesichts des Ukrainekrieges scheint es auf den ersten Blick nachvollziehbar, dass auch Deutschland seine Streitkräfte aufrüsten will. »Aber um zu einer friedlichen Koexistenz zurückkehren zu können und eine nukleare Eskalation zu vermeiden, müssen wir Verbindungen offenhalten und den sicherheitspolitischen Dialog mit Russland suchen«, betont Sascha Hach, »auch wenn dies schwerfällt.« Nebenbei bemerkt: Als Nachfolgestaat der Sowjetunion übernahm Russland alle auf dem Gebiet der Ukraine stationierten Atomwaffen.



Die USA und Russland erneuern ihre Atombombenarsenale. Gleichzeitig wollen die Vereinten Nationen diese Waffen grundsätzlich verbieten

Dass die atomare Bedrohung steigt, verdeutlicht die aktuelle Entwicklung: Anfang 2021 besaßen die neun Atomkräfte insgesamt 13 081 Atombomben, wie das Friedensforschungsinstitut SIPRI feststellt. Das sind zwar 320 Sprengköpfe weniger als im Vorjahr, aber die Verkleinerung des Atompotenzials ist kein Zeichen der Abrüstung. »Sie ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die USA und Russland ausgemusterte Sprengköpfe demontieren«, stellt SIPRI in seinem Jahresbericht fest. »Der weltweite Abbau einsatzbereiter Sprengköpfe scheint zum Stillstand gekommen zu sein, ihre Zahl könnte wieder ansteigen.«

US-Präsident Barack Obama sprach 2009 von der Vision einer atomwaffenfreien Welt. Aber statt daran anzuknüpfen, modernisieren die Atomkräfte ihre Arsenale. Sie brauchen dafür weder einen Nachschub von Plutonium noch von hoch angereichertem Uran. Denn Mitte der 1980er Jahre verfügten sie noch über 70 000 Atomsprengköpfe. Über drei Viertel haben sie abgerüstet, einen Großteil des Bombensprengstoffs jedoch nicht vernichtet. Unter Donald Trump wurde die Entwicklung neuer, insbesondere kleinerer »taktischer« Atomwaffen forciert. Dabei haben die meisten der »kleinen Atombomben« immer noch die gleiche Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe, also der Bombe, die am 6. August 1945 70 000 bis 80 000 Menschen sofort tötete. Was ein Atomkrieg bedeuten würde, zeigt auch eine Studie der Ärzt*innenorganisation IPPNW: Ein Krieg mit 100 Atombom-

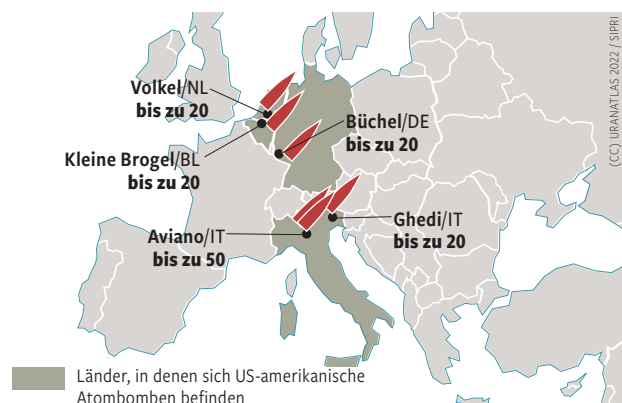
ben hätte eine globale Hungerkatastrophe mit bis zu zwei Milliarden Toten zur Folge.

Neben den USA ist auch Russland dabei, sein gesamtes Arsenal zu modernisieren und wird diesen Prozess voraussichtlich Mitte oder Ende der 20er Jahre abgeschlossen haben. Bereits jetzt ist ein Großteil des strategischen Arsenals erneuert worden. Die Modernisierungsprogramme beider Staaten betreffen nicht nur die nuklearen Sprengköpfe, sondern auch Raketen- und Flugzeugsysteme. Russland hat sowohl im Langstreckenbereich, als auch im für Europa besonders bedrohlichen Mittelstreckenbereich Trägersysteme neu entwickelt und stationiert. Auch die anderen nuklear bewaffneten Staaten entwickeln oder stationieren neue Waffensysteme, so der SIPRI-Report. China ist gerade dabei, sein Atomwaffenarsenal erheblich zu erweitern, und auch Indien und Pakistan scheinen ihre Atomwaffenbestände zu vergrößern. Nordkoreas militärisches Nuklearprogramm ist zentraler Bestandteil seiner nationalen Sicherheitsstrategie.

Begleitend zu ihrer atomaren Aufrüstung haben die beiden größten Atomkräfte in ihren Doktrinen die Hemmschwelle für einen Einsatz herabgesetzt und die möglichen Optionen erweitert. Die russische Drohung im Ukrainekrieg bricht ein Tabu und zeigt, wie weit diese Entwicklung führen kann. Die zunehmende Entgrenzung möglicher Einsatzszenarien muss dringend rückgängig gemacht werden. Unter Präsident Joe Biden überarbeiten die USA ihre Nuklear-Doktrin. Ursprünglich wollte der Präsident die Rolle von Nuklearwaffen auf ein Minimum reduzieren und bis auf den Fall der unmittelbaren Gefahr eines gegnerischen Nukleareinsatzes auf den Ersteinsatz verzichten. Ob dies angesichts des Kriegs gegen die Ukraine so bleibt, ist ungewiss. Die schwarz-rote Bundesre-

Atombomben in der EU

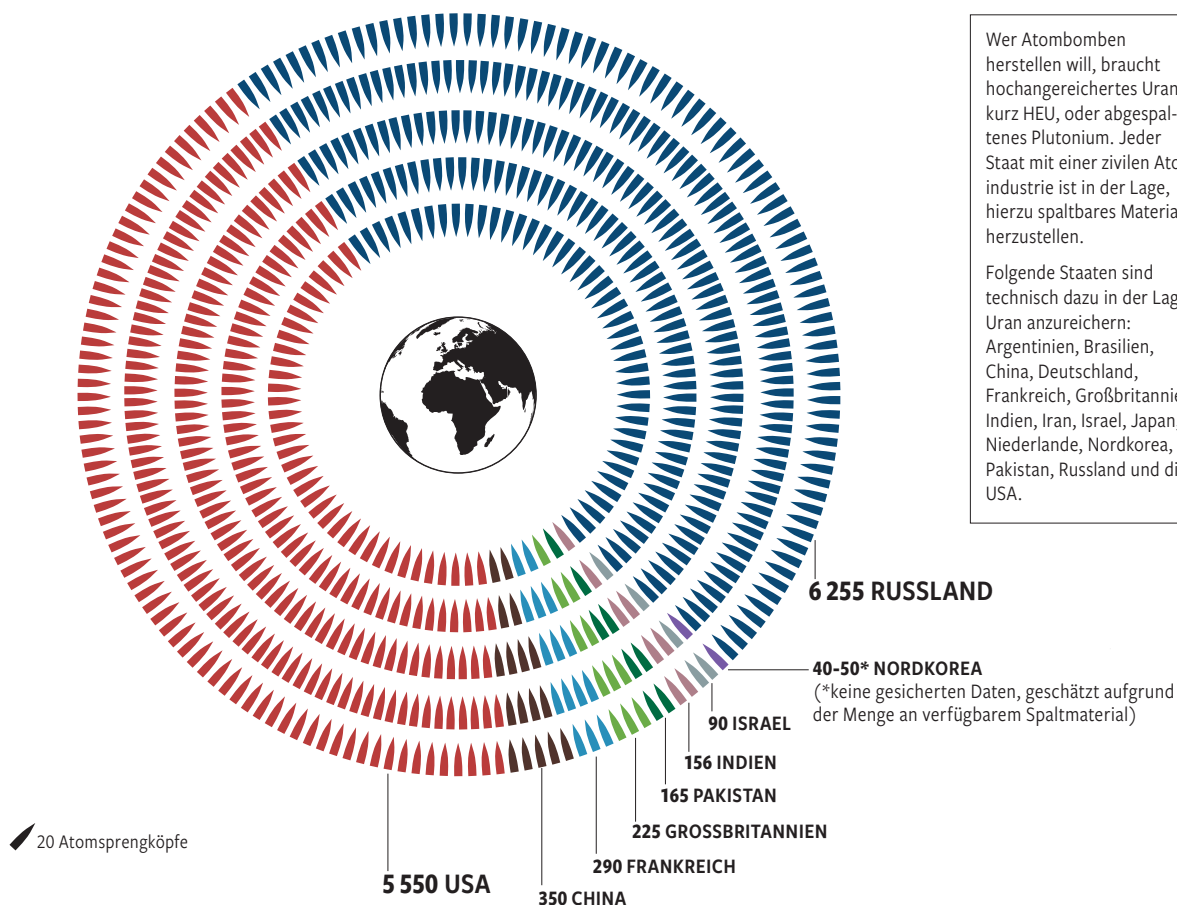
Anzahl der Atombomben auf Stützpunkten der US-Streitkräfte in Belgien, Deutschland, Italien und den Niederlanden



Permanente Bedrohung für die Welt

Anzahl der Atomsprengköpfe je Nation, Stand 2022

(CC) URANATLAS 2022 / SIPRI



Wer Atombomben herstellen will, braucht hochangereichertes Uran, kurz HEU, oder abgespaltenes Plutonium. Jeder Staat mit einer zivilen Atomindustrie ist in der Lage, hierzu spaltbares Material herzustellen.

Folgende Staaten sind technisch dazu in der Lage, Uran anzureichern: Argentinien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Iran, Israel, Japan, Niederlande, Nordkorea, Pakistan, Russland und die USA.

gierung stemmte sich im Herbst 2021 gemeinsam mit Großbritannien, Frankreich, Japan und Australien dagegen.

Die Alternative zur Zuspitzung der atomaren Bedrohung ist eine atomwaffenfreie Welt. Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen (ICAN) brachte bereits im Juli 2017 ein Abkommen zum Verbot von Atomwaffen vor die Vereinten Nationen: 122 Staaten haben dafür gestimmt, 86 haben den Vertrag mittlerweile unterzeichnet, 59 ratifiziert

– im Januar 2021 ist er in Kraft getreten. Deutschland gehört nicht zu den Unterzeichnern. Denn auf dem US-Militärstützpunkt Büchel in der Eifel lagern gefechtsbereite Atombomben. Immer mehr Menschen engagieren sich für eine Welt ohne Atomwaffen. Seit 1982 setzt sich die in Japan gegründete Organisation »Mayors for Peace« für die Abschaffung aller Atomwaffen ein. 8 065 Städte aus 166 Ländern und Regionen haben sich ihr inzwischen angeschlossen.

DIE ROLLE DER BANKEN BEIM BOMBENBAU

ICAN untersucht mit der Kampagne »Don't Bank on the Bomb« seit 2012 die Kreditvergabe zum Bau von Atombomben. Alle zwei Jahre veröffentlicht die NGO einen Report zur aktuellen Entwicklung: 25 Unternehmen sind nach wie vor stark in die Produktion, Herstellung und Entwicklung von Atomwaffen involviert: Zwischen Januar 2019 und Juli 2021 haben 338 Finanzinstitute aus 31 Ländern diesen Unternehmen rund 685 Mrd. USD zur Verfügung gestellt, das sind 44 Mrd. mehr als im Vorjahr. Im Jahr 2021 kamen die 10 größten Investoren allesamt aus den USA: Vanguard, State Street, Capital Group, BlackRock, Bank of America, Citigroup, JP Morgan Chase, Wells Fargo, Morgan Stanley und Wellington Management. Größter Nicht-US-Investor: die Deutsche Bank mit 14

Mrd. USD. Wesentliche Entwicklung: Immer mehr Finanzinstitute trennten sich bisher von ihren Beteiligungen an Atomwaffen, und die Zahl der Investoren sinkt von Jahr zu Jahr. Da der Ukraine-Krieg die atomare Abrüstung erschwert, ist es um so wichtiger, dass die Zivilgesellschaft Stellung bezieht: Jede*r kann seine Bank fragen, ob sie Kredite an Konzerne vergibt, die mit Atombomben Geschäfte machen. ●

Weiterführende Informationen

IPPNW-Studie: Nuclear Famine. Two Billion People at Risk, als PDF auf ippnw.de
 Links: mayorsforpeace.org; icanw.org; dontbankonthebomb.com
 »Nukes Ready To Fly« von Andrew Barr und Richard Johnson, National Post, 2012

SEIT 1996 VERBOTEN

Die erste Atombombe wurde am 16. Juli 1945 in New Mexico gezündet. Es folgten 2057 weitere Tests, zuletzt 2017 durch Nordkorea. Über ein Viertel aller Bomben wurden oberirdisch gezündet. Strahlenopfer kämpfen bis heute um Entschädigung

We are the most bombed nation in the world«, wiederholen die Sprecher*innen der Western Shoshone Nation immer wieder, wenn sie über Atombombentests sprechen, »wir sind die am meisten bombardierte Nation der Welt«. Denn in der Wüste von Nevada, die zu ihrem Territorium gehört, errichteten die USA rund 100 Kilometer nordwestlich von Las Vegas ihr Testgelände, die »Nevada Test Site«.

Nach dem Zweiten Weltkrieg führten US-Militärs zunächst mehrere Dutzend Atombombentests im Südpazifik auf den Atollen Enewetok und Bikini aus, die zu den Marshallinseln gehören, entschieden sich 1950 nach dem Beginn des Koreakriegs aber aus »Gründen der nationalen Sicherheit« vor allem für Atomtests im eigenen Land. Eine Fläche von 3000 Quadratkilometern in Nevada erklärten sie zum militärischen Sperrgebiet. Zwischen 1951 und 1992 ließ die US-Armee dort 928 Atombomben detonieren, davon bis zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre im Jahr 1963 hundert oberirdisch.

»1863 haben die USA im Vertrag von Ruby Valley fast zwei Drittel des Halbwüstenstaates Nevada offiziell als Western Shoshone Territorium anerkannt«, stellt die Gesellschaft für bedrohte Völker fest. »In den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde ihr Territorium rechtswidrig der Verwaltung diverser US-Behörden unterstellt.« Die Western Shoshone akzeptieren diese Enteignung bis heute nicht.

Niemand wurde in den 50er und 60er Jahren über die radioaktiven Wolken und die Folgen des Fallouts informiert – weder die Bewohner*innen von Las Vegas und anderer Orte, die »downwind« lebten, noch die Soldat*innen, die zum Teil im Freien und ungeschützt in nur wenigen Kilometern Entfernung einer Explosion ausgesetzt wurden, und schon gar nicht die Western Shoshone. Und das, obwohl den Verantwortlichen die tödliche Gefahr bewusst war, wie inzwischen veröffentlichte Dokumente belegen. Denn schon Anfang 1953 verendete ein Viertel aller Schafe, die im Testgebiet auf der Weide standen. Die Menschen dort hielten es für das Normalste der Welt, Kadaver von missgebildeten Lämmern zu sehen, manche sogar mit zwei Köpfen.

Es blieb nicht bei missgebildeten Tieren: »In den frühen 60er Jahren fingen all die Krankheiten an, die wir jetzt durchmachen«, berichtet Lijon Eknilang auf der Webseite von IPPNW über den Schauplatz Bikini. Das Mädchen war acht Jahre alt, als am 1. März 1954 die US-amerikanische Wasserstoffbombe »Bravo« auf dem Bikini-Atoll detonierte. »Viele Menschen leiden hier unter Schilddrüsentumoren, Totgeburten, Augenkrankheiten, Leber- und Magenkrebs und Leukämie. Die am häufigsten vorkommenden Missgeburten auf den Marshall-Inseln waren die »Quallenbabies«. Diese Kinder



Strahlenopfer in den USA bekommen seit 1990 eine Entschädigung von 50 000 US-Dollar. 2,13 Milliarden sind bislang ausgezahlt worden

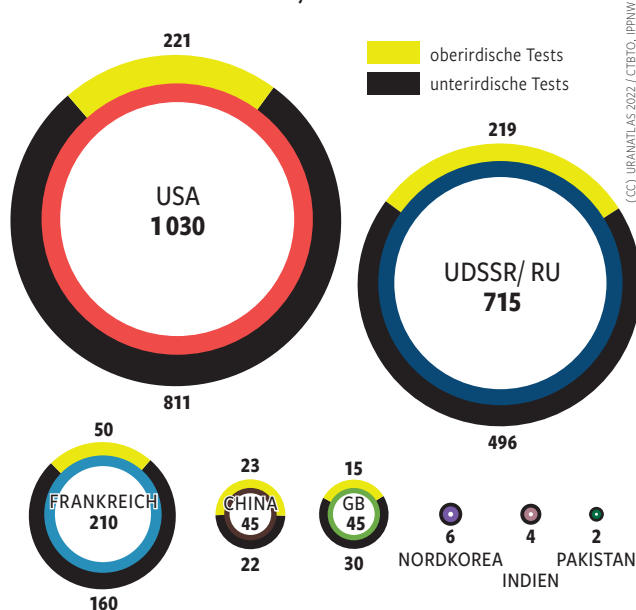
werden ohne Knochen und mit durchsichtiger Haut geboren. Wir können ihre Gehirne betrachten und ihre Herzen schlagen sehen. Aber sie haben keine Beine, keine Arme, keinen Kopf, nichts. Einige dieser Geschöpfe haben wir acht oder neun Monate lang ausgetragen. Sie leben normalerweise einen oder zwei Tage lang.«

Erst 1990 billigte die US-Regierung mit dem »Radiation Exposure Compensation Act« Strahlenopfern von Atombombentests und aus dem Uranbergbau, die an Krebs erkrankten, eine Entschädigung von 50 000 US-Dollar zu. Nach Angaben des US-Justizministeriums wurden bis März 2017 über 32 700 Fälle anerkannt und über 2,13 Milliarden US-Dollar ausbezahlt. Dabei sind längst nicht alle Anträge genehmigt worden. Pech haben all die, deren Krebs nicht eindeutig radioaktiver Verstrahlung zuzuordnen ist oder die beispielsweise »nur« Fehlgeburten oder psychische Erkrankungen zu beklagen haben.

Die Sowjetunion hatte mit Semipalatinsk im heutigen

Globales Testgelände

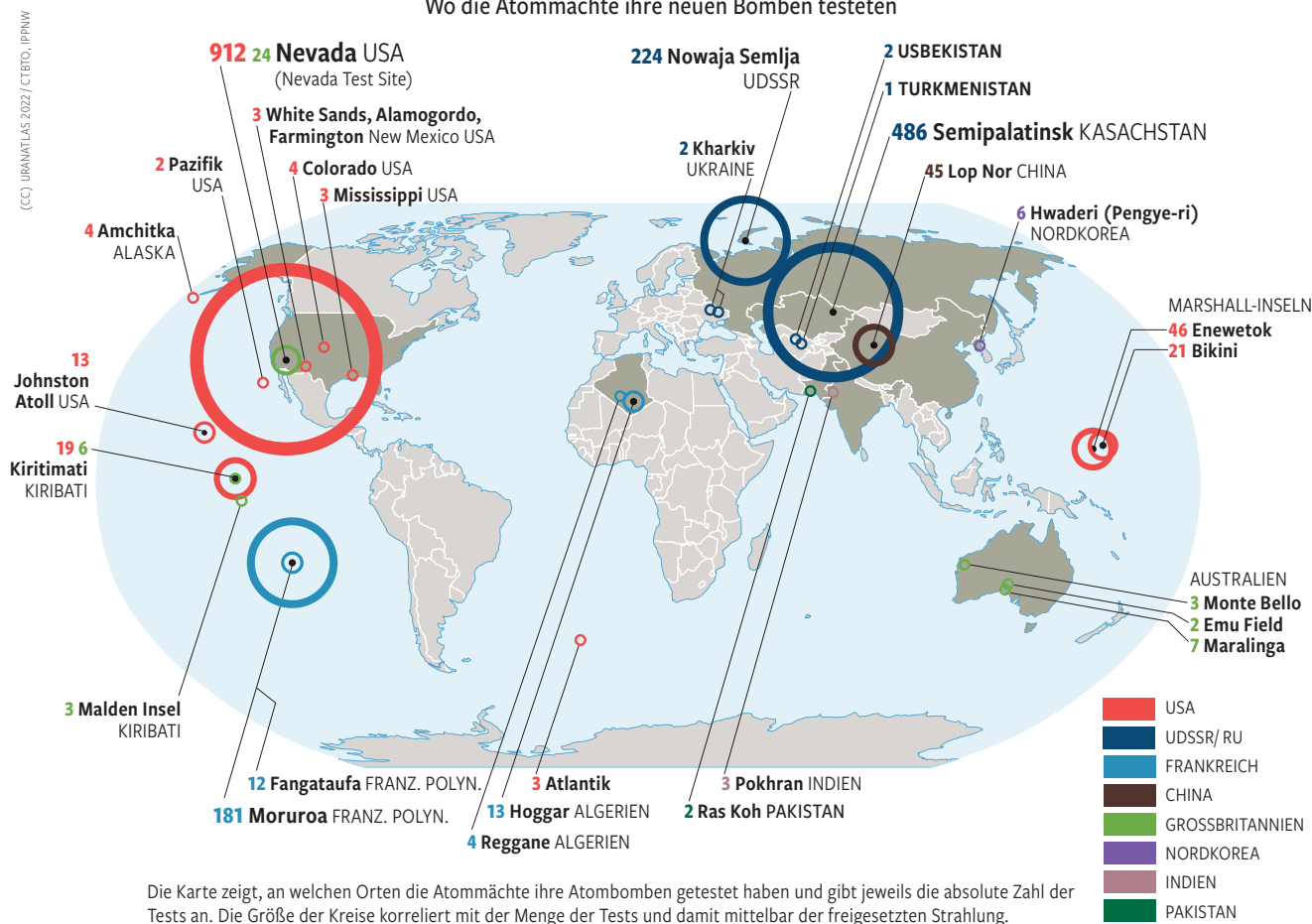
Anzahl der Atomtests je Nation von 1945 bis 2017



© URANATLAS-2022 / CTBTO, IPPNW

Proben für den Atomkrieg

Wo die Atommächte ihre neuen Bomben testeten



Kasachstan ein vergleichbares Testgelände. Von 1949 bis 1989 führten die Militärs dort 486 Bombentests durch, davon bis 1963 160 oberirdisch. Die Sprengkraft entsprach insgesamt dem 2500-Fachen der Hiroshima-Bombe. Der radioaktive Staub verbreitete sich über ein Gebiet von der Größe Deutschlands; rund 1,5 Millionen Menschen wurden durch die Explosionen verstrahlt. Was das bedeutet, zeigt Karipbek Kuyukov. Der Mann aus dem östlichen Kasachstan ist als Folge der radioaktiven Verseuchung ohne Arme und Hände auf die Welt gekommen. Er widmet sein Leben und seine Kunst – aufrüttelnde Mahnbilder, die er mit Mund und Zehen malt – dem Ziel, »dass niemand mehr unter den schrecklichen Folgen von Atomtests und Atombomben zu leiden« hat, und setzt sich für die Abschaffung aller Atomwaffen ein, nicht aber gegen Uranbergbau. Vergleichbar gilt das auch für die kasachische Regierung.

1991 wurde das Testgelände geschlossen – auch ein Verdienst des Nevada-Semipalatinsk-Movements, 1989 als eine der ersten Anti-Atom-Bewegungen in der früheren Sowjetunion gegründet. Schon mit seiner Namensgebung solidarisierte sie sich mit den Strahlenopfern in Nevada.

In Australien machte Großbritannien die Maralinga-Wüste, das Emu Field sowie die Monte-Bello-Inseln zum atomaren Testgelände. Zwischen 1952 und 1963 wurden zwölf Atombomben in Regionen gezündet, die von Aboriginals als ihre Heimat beansprucht werden. Frankreich ließ seine erste

Bombe im Februar 1960 im algerischen Teil der Sahara-Wüste hochgehen und verlagerte die Tests wenige Jahre später in die Südsee auf das unbewohnte Moruroa-Atoll. China, Indien, Pakistan und Nordkorea haben ihre Bomben allesamt im eigenen Land getestet.

Inzwischen hat die Weltgemeinschaft einen vollständigen Kernwaffenteststoppvertrag ausgehandelt, den »Comprehensive Test Ban Treaty (CTBT)«. Die Verhandlungen dazu begannen 1994, die USA strebten unter der Clinton-Regierung das Verbot sämtlicher Atomwaffentests an und wurden dabei von Russland unterstützt. 1996 hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen das Vertragswerk durch die UN-Resolution 50/245 angenommen.

Deutschland gehört mit Australien, Finnland, Kanada, den Niederlanden und Japan zur »Gruppe der Freunde des CTBT«, die sich besonders für das Inkrafttreten des Vertrags einsetzt. 185 Staaten haben ihn unterschrieben, 170 ratifiziert (Februar 2022). Damit er in Kraft tritt, müssen ihn der Iran, Israel, Ägypten, China, die USA, Indien, Pakistan und Nordkorea ratifizieren. Die drei letztgenannten haben ihn nicht unterzeichnet und noch nach 1996 Atomtests durchgeführt. ●

Weiterführende Informationen

Teststoppvertrag: ctbto.org

Global Peace Index: visionofhumanity.org

Vertrag über das Verbot von Atomwaffen: als PDF auf ipnw.de

DU: KÜRZEL FÜR DEN KRIEG OHNE ENDE

Projektil, die Panzer durchdringen, bestehen aus Uran-238, einem Abfallprodukt aus der Urananreicherung. Depleted Uranium, kurz DU, hat eine extreme Durchschlagskraft – und fatale Folgen

Wegen seiner hohen Dichte wird Depleted Uranium zwar auch als Ausgleichsgewicht für Flugzeugtragflächen und Renn-Yachten verwendet, doch die weltweite Diskussion entbrannte an seiner militärischen Nutzung: Mit der dreifachen Wucht einer herkömmlichen Granate dringt ein 30-Millimeter-Urangeschoss in den Panzer ein wie ein heißes Messer in ein Stück Butter.

Glühender Uranstaub reagiert explosionsartig mit dem Sauerstoff im Inneren des Panzers. Eine Flammenwalze mit einer Temperatur von bis zu 5000 Grad Celsius lässt den Angstschrei der Besatzung im Bruchteil einer Sekunde verstummen. Zwei Sekunden lang ist es totenstill. Dann erfasst das Feuer die mitgeführte Munition im Panzer. Eine heftige Explosion trennt den Turm vom Rest des Panzers. Die Feuersäule, die steil in den Himmel steigt, ist blauschwarz. Sie verteilt einen radioaktiven und hoch toxischen Nanostaub über die Schlachtfelder und darüber hinaus – und vergiftet sowohl die Soldat*innen auf beiden Seiten, als auch die Zivilbevölkerung weit über das Kriegsende hinaus. Er dringt in den Boden ein und kontaminiert das Grundwasser.

DU besitzt eine radioaktive Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahren. Das heißt, einmal freigesetzt, strahlen seine radioaktiven Partikel – Alphastrahler – fast auf ewig. Nach Grundsätzen und Kriterien des humanitären Völkerrechts wie dem Unterscheidungsgebot, Sorgfaltspflichten im Hinblick auf die Umwelt sowie dem Vorsichts- oder Vorsorgeprinzip ist der Einsatz von Uranwaffen verboten. Hinzu kommt – hinsichtlich der Einsatzfolgen – die Verletzung von Standards des Internationalen Menschenrechtsschutzes (wie dem Recht auf eine gesunde Umwelt) oder des Umweltschutzes (dem Schutz vor toxischen Substanzen). Ramsey Clark, ehemaliger US-Justizminister, bezeichnete Uranmunition in Anlehnung an die »Medal of Honor«, die »Ehrenmedaille« als höchste Auszeichnung der US-Regierung an ein Mitglied der Streitkräfte, als »Metal of Dishonor – Metall der Unehre«.



Obwohl die Bundeswehr keine Uranwaffen hat, unterminiert Deutschland die Anstrengungen zur Ächtung von Uranmunition

Ihren ersten Einsatz fanden Urangeschosse im Golfkrieg 1991 im Südirak durch die USA und Großbritannien – mit mindestens 320 Tonnen DU. Viele US-Soldat*innen sind inzwischen erkrankt und verstorben; daher die Bezeichnung »Golfkriegssyndrom«; bis heute kämpfen die Überlebenden um eine Anerkennung ihrer »Berufskrankheit«. Die Chronik geht weiter: 1995 wurden in Bosnien-Herzegowina drei Tonnen

DU eingesetzt; 1999 in Serbien, Kosovo und Montenegro 9,45 Tonnen, 2003 im Irak 145 Tonnen. Es folgten zwischen 2001 und 2006 Einsätze in Afghanistan, Syrien und Somalia.

Woher kommt DU? Das Uranerz in der Erde ist hauptsächlich Uran-238 – und damit für die Energiegewinnung ungeeignet. Hierzu wird Uran-235 gebraucht, das zu einer Kernspaltungskettenreaktion fähig ist. Es hat aber nur einen Anteil von 0,7 Prozent im abgebauten Uran. Bei der Urananreicherung wird der Uran-235-Anteil erhöht, für die Herstellung von AKW-Brennelementen auf drei bis fünf Prozent, für Atombomben auf bis zu 85 Prozent. Als Abfallstoff bleibt abgereichertes Uran zurück, das fast ausschließlich aus Uran-238 besteht und nur noch zu 0,03 Prozent aus Uran-235 (s. S. 8-9). Ob bei der Anreicherung für militärische oder zivile Zwecke: nur etwa fünf Prozent des abgereicherten Urans werden genutzt, der große Rest wird irgendwo gelagert und müsste eigentlich als Atommüll in ein sicheres Endlager.

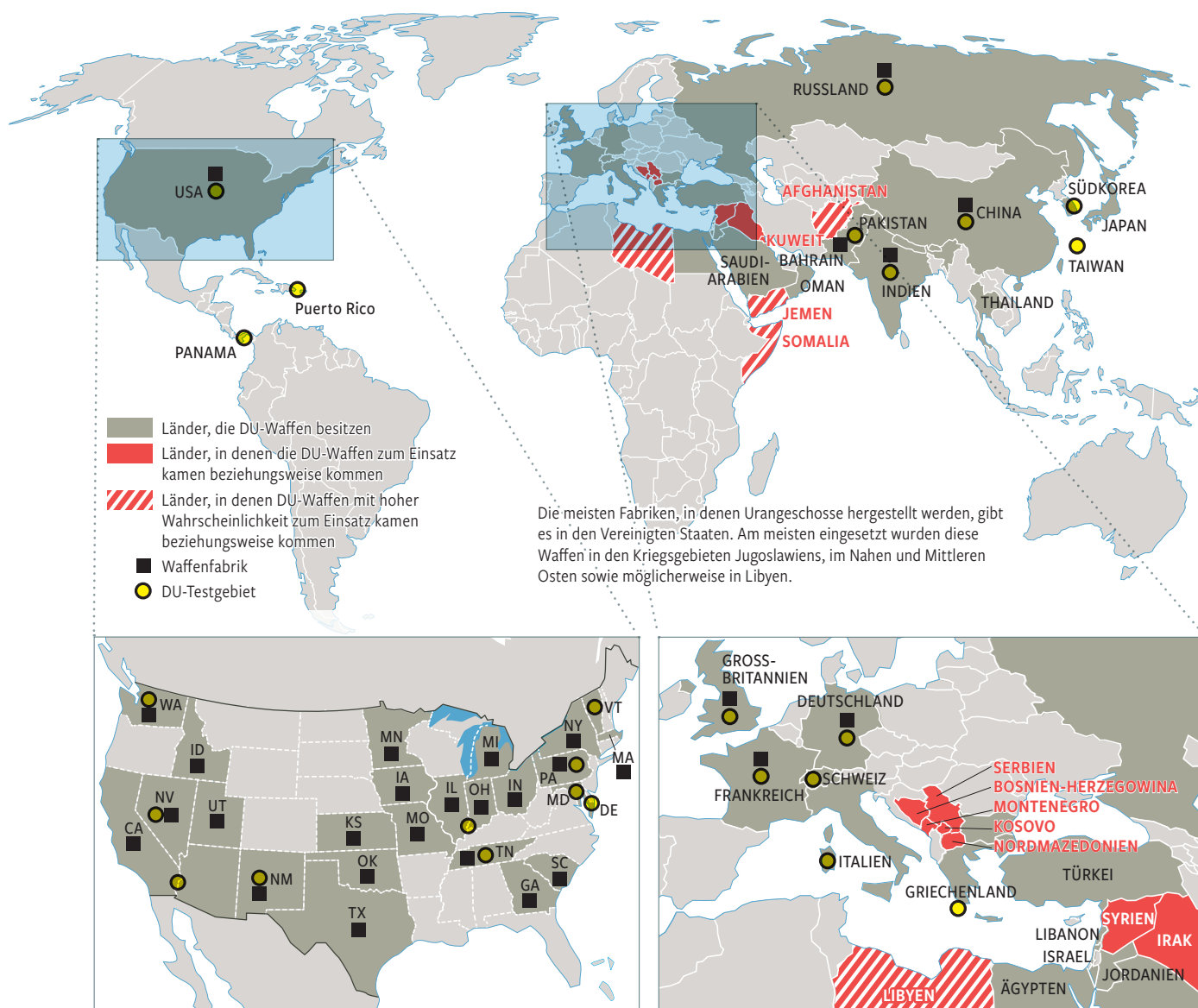
Als die US-Luftwaffe vor 40 Jahren ihr neues Kampfflugzeug A-10 Thunderbolt einführte, dessen Bordkanone 4200 Schuss pro Minute mit der panzerbrechenden Munition erlaubt, geschahen die Tests ohne Sicherheitsvorkehrungen und ohne Ankündigung; weder das Heer noch die Zivilbevölkerung wurden über die gesundheitlichen Gefahren informiert. Die Zunahme von Erkrankungen führte zu Protestwellen, so dass die Versuche auf Militärbasen außerhalb des Festlands der USA ausgelagert wurden: nach Vieques/Puerto Rico; Balboa West und Pinas in Panama; nach Kumejima Island, Okinawa/Japan, Doha/Saudi-Arabien, Koon Ni/Südkorea und nach Deutschland auf den Truppenübungsplatz Grafenwöhr südlich von Bayreuth. Nicht ohne Zwischenfälle: Mit DU-Munition beladene Panzer brannten in Altenwalde, Gollhofen und Oberaltertheim aus; außerdem stürzten mehrere A-10-Kampfflugzeuge ab. In Kuwait explodierte ein US-Munitionsdepot mit 3,5 Tonnen DU.

Andere Länder – darunter Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, die UdSSR und die Schweiz – erprobten Urangeschosse innerhalb ihrer eigenen Grenzen. Das britische Militär testete in Eskmeal und im schottischen Dundrennan, Frankreich in Polygone de tir des Bourges, 200 Kilometer südlich von Paris; die Bundeswehr auf dem Gelände von MBB, Rheinmetall und EADS in Unterlüss und im Spargelgebiet Schrobhausen, das Schweizer Unternehmen Contraves in Ochsenboden. Allen NATO-Ländern zur Verfügung stand Salto di Quirra, Europas größter Truppenübungsplatz im Osten von Sardinien. Dort ist die Krebsrate hoch, und Greenpeace meldete, dass Schafe mit drei Beinen oder zwei Köpfen geboren wurden.

Mindestens 18 Staaten haben Uranwaffen in ihrem Arsenal: England, USA, Frankreich, Russland, Griechenland, die

Uranwaffen – das verdrängte Problem

Länder, in denen Uranwaffen hergestellt, getestet und eingesetzt wurden und werden



© CC URANATLAS 2022 / eigene Recherche

Türkei, Israel, Saudi-Arabien, Bahrain, Ägypten, Kuwait, Jordanien, Pakistan, Oman, Thailand, China, Indien und Taiwan. Der Honeywell-Tochterkonzern Alliant Tech Systems (ATK) in den USA ist weltweit der mit Abstand größte Produzent und Exporteur von Uranwaffen. ATK wurde im September 2017 vom weltweit fünftgrößten Waffenkonzern Northrop Grumman übernommen.

In der Uranwaffenproduktion ebenfalls beteiligt sind Großbritannien, Frankreich, Russland, Pakistan und Indien. In Deutschland wurde die Problematik vor allem durch den Mediziner Sigwart-Horst Günther und den Dokumentarfilmer Frieder Wagner an die Öffentlichkeit gebracht. 1995 schmuggelte Günther Reste von Uranmunition aus dem irakischen Kriegsgebiet nach Berlin und ließ sie untersuchen. Wegen der »Verbreitung von radioaktivem Material« wurde er daraufhin strafrechtlich belangt. Gleichzeitig sprach die NATO aber von der Unbedenklichkeit der Munition.

2003 gründete sich die »International Coalition to Ban Uranium Weapons« (ICBUW). Sie koordiniert und bündelt zivilgesellschaftliche Anstrengungen zur vollständigen Ächtung von Uranwaffen und zur Hilfe für DU-Opfer. In einem zweijährigen Rhythmus behandelt die UN-Generalversammlung das Thema Uranmunition. Die dazu mit großer Stimmenmehrheit angenommenen Resolutionen betonen entscheidende Aspekte: Transparenz, den Vorsorgeansatz und Unterstützung der betroffenen Regionen. Dieser Prozess wird nachhaltig vom Europäischen Parlament mitgetragen, von Seiten der Bundesrepublik Deutschland allerdings in Gestalt von Stimmenthaltungen unterminiert, obwohl die Bundeswehr keine Uranwaffen in ihren Arsenalen hat. ●

Weiterführende Informationen

Links: icbuw.eu; uraniumweaponsconference.de

Frieder Wagner: Todesstaub – Made in USA. Uranmunition verseucht die Welt, 2019

ENDLAGER MEER

Zwischen 1946 und 1993 wurde das Meer als Endlager für Atommüll missbraucht. Bis 1975 wurde sogar hochradioaktiver Atommüll in den Tiefen der Ozeane entsorgt

Wie man Atommüll schnell und kostengünstig entsorgen kann, hatten die USA schon früh vorgemacht: 1946 füllten sie radioaktive Abfälle in 200-Liter-Fässer und versenkten sie im Pazifik – bei den Farallon-Inseln rund 50 Kilometer vor der kalifornischen Küste. So wurde das Meer zur atomaren Müllkippe. Jahrzehnte später hat die US-Regierung gegenüber der Internationalen Atomenergie-Agentur IAEA eingeräumt, dass das Land bis 1970 rund 90 000 Fässer an verschiedenen Stellen im Pazifik und Nordatlantik entsorgt hat.

Wie sich einer Statistik entnehmen lässt, die von der IAEA in den 90er Jahren zusammengestellt wurde, sind etliche Staaten dem Vorbild der USA gefolgt: Belgien, die Schweiz, Frankreich, Schweden, die Niederlande, Italien, Deutschland und vor allem Großbritannien haben den Atlantik als atomares Endlager missbraucht und über 100 000 Tonnen radioakti-



Vor allem Protesten von Greenpeace ist es zu verdanken, dass seit 1994 kein Atommüll mehr in den Weltmeeren verklappt wird

ven Müll entsorgt. Deutschland hat daran einen eher kleinen Anteil: Im Mai 1967 wurden 480 Fässer mit radioaktiven Abfällen aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe in Emden verladen und 450 Kilometer vor der Küste Portugals im Atlantik entsorgt. Die Russische Republik wiederum hat nach dem Fall der Mauer gegenüber der IAEA offengelegt, dass zu Sowjetzeiten rund 190 000 Kubikmeter Atommüll im Arktischen Meer und fast 150 000 in Pazifik und Ostsee verschwunden sind – darunter auch ausgediente Atom-U-Boote und mindestens 16 Atom-Reaktoren aus U-Booten.

Darüber hinaus sind sechs atomgetriebene U-Boote mit samt der an Bord befindlichen Atomraketen gesunken, jeweils drei US-amerikanische und drei sowjetische. Noch heute liegen die Boote in einer Tiefe zwischen 1700 und 5500 Metern.

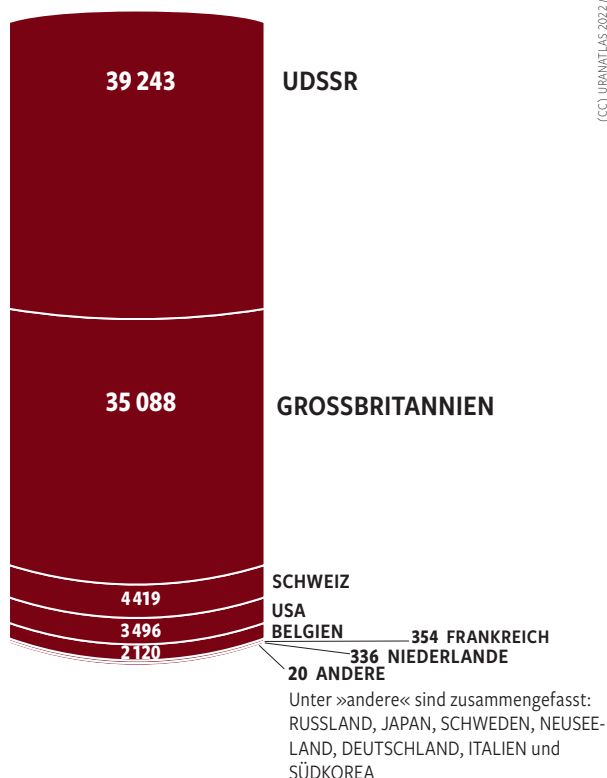
Wie viel hochradioaktiver Atommüll im Meer verklappt wurde, kann heute aber niemand genau sagen. Die Praxis wurde erst 1975 mit der sogenannten »London Dumping Convention« verboten, schwach- und mittelradioaktive Abfälle durften zunächst jedoch weiterhin versenkt werden. Noch 1985 wies die Nuclear Energy Agency, eine Unterorganisation der OECD, in einem Bericht darauf hin, dass die radioaktiven Schadstoffe in den Ozeanen verdünnt und weiträumig verteilt würden, sollte das salzige Wasser Löcher in die Fässer fressen. Die Grenzwerte für Strahlenbelastung einzuhalten sei insofern kein Problem.

Öffentlichkeitswirksame Proteste von Greenpeace brachten schließlich ein Umdenken. 1994 unterzeichneten alle Staaten, die bis dahin das Meer als Endlager nutzten, ein Moratorium, das bis heute Bestand hat. Welche Gefahren der vor Jahrzehnten im Meer entsorgte Atommüll mit sich bringt, lässt sich aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen aus dem Jahr 2012 erahnen: »Die Fässer waren nicht konzipiert, um einen dauerhaften Einschluss der Radionuklide am Meeresboden zu gewährleisten. Insofern muss davon ausgegangen werden, dass sie zumindest teilweise nicht mehr intakt sind und Radionuklide freigesetzt wurden.«

Dass dem so ist, haben Aktivist*innen von Greenpeace und Journalist*innen längst gefilmt und publik gemacht: Fische und andere Meerestiere tummeln sich am Meeresgrund um zerborstene Metallfässer mit strahlender Altlast. Die Kommission, die über die Einhaltung des Vertrags zum »Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks« (OSPAR) wacht und der

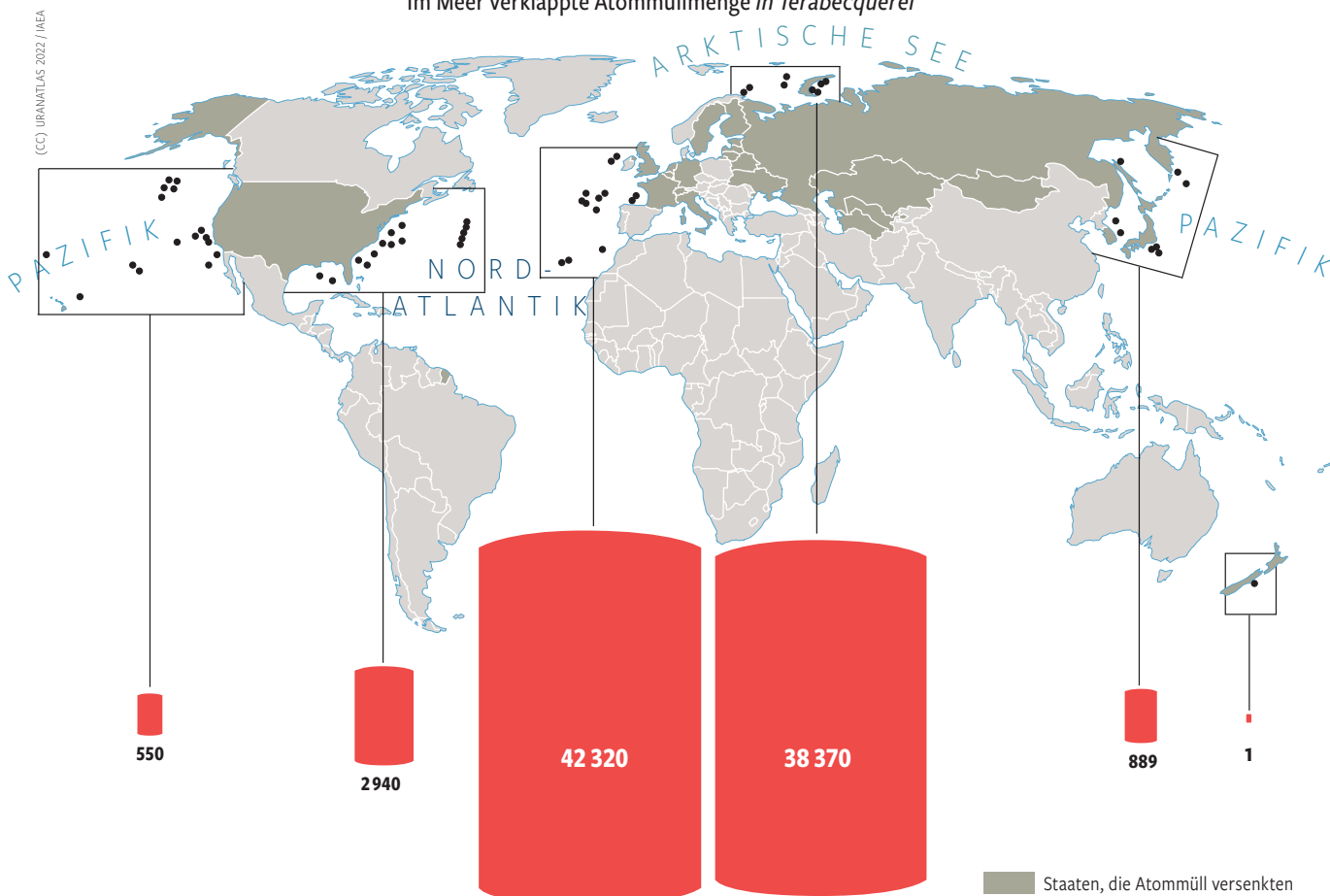
Aus den Augen, aus dem Sinn

Im Meer versenkter Atommüll nach Nationen
in Terabecquerel



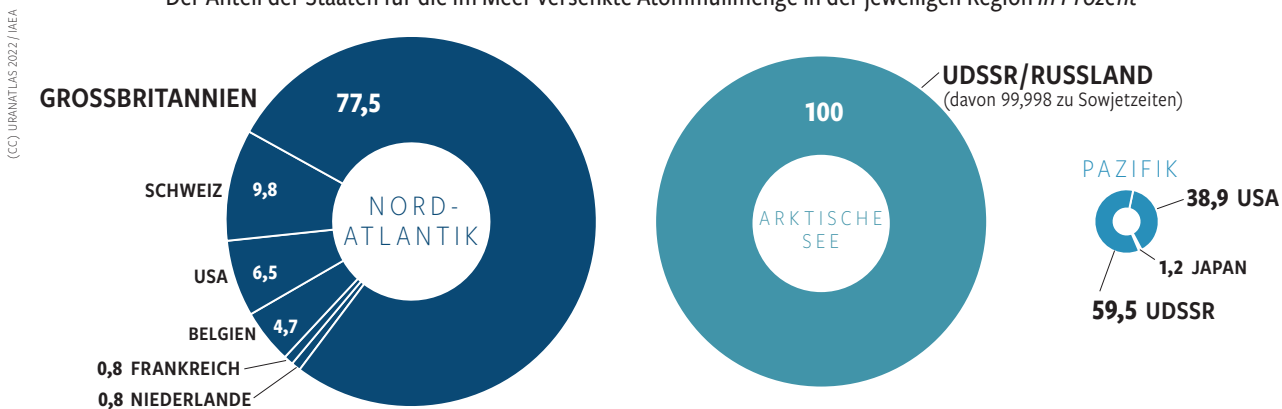
Was den Ozeanen übergeben wurde

Im Meer verklappte Atommüllmenge in Terabecquerel



Die Verursacher und ihre Verantwortung

Der Anteil der Staaten für die im Meer versenkte Atommüllmenge in der jeweiligen Region in Prozent



15 Regierungen – darunter Deutschland und die EU – angehören, stellte bereits im April 2010 fest: »Die Analyse ergab erhöhte Konzentrationen von Plutonium-238 in Wasserproben aus den Versenkungsgebieten. Das deutet auf das Auslaufen der Fässer hin. An einigen Stellen waren auch die Konzentrationen von Plutonium-239, Plutonium-240, Americium-241 und Kohlenstoff-14 im Wasser erhöht.« Obwohl es offensichtlich ist, dass der freiwerdende Atommüll die Meere radioaktiv belastet,

gibt es bislang keinerlei Initiativen, ihn wieder zu bergen. Der Aufwand wäre wahrscheinlich unbezahlbar, liegen die meisten Fässer doch mehrere tausend Meter tief am Meeresgrund. Die Atomindustrie fühlt sich ohnehin nicht verantwortlich. ●

Weiterführende Informationen

Thomas Reutter und Manfred Ladwig: Versenkt und Vergessen. Atommüll vor Europas Küsten, SWR 2013, 53 Minuten

DER ORT, DEN ALLE SUCHEN

Weltweit ist nur ein Endlager tatsächlich im Bau – im finnischen Onkalo.
Doch es gibt inzwischen 380 000 Tonnen hochradioaktiven Atommüll,
und jedes Jahr kommen rund 10 000 Tonnen dazu

* Es existiert keine einheitliche Definition von hochradioaktivem Atommüll. Manche Staaten machen die Wärmeentwicklung zum Indikator, andere das Strahlenpotenzial. Auch die Grenze zwischen mittel- und hochradioaktivem Atommüll ist nicht eindeutig festgelegt. Dann werden Mengen mal in Tonnen, mal in Kubikmetern oder gar Containerzahlen angegeben. Dementsprechend sind die Angaben über hochradioaktiven Atommüll in den verschiedenen Atomstaaten nur bedingt vergleichbar.

(CC) URANATLAS 2022 / Endlagerkommission, Greenpeace

Land	USA	RUSSLAND	FRANKREICH	DEUTSCHLAND	JAPAN
Hintergrund	1987 erteilte der Kongress den Auftrag, sich auf ein Endlager im Yucca Mountain in Nevada zu konzentrieren. Im Land der Western Shoshone sollten 70 000 Tonnen hochradioaktive Abfälle untergebracht werden. Der Staat Nevada und die Western Shoshone lehnten Yucca vehement ab. Yucca Mountain wurde 2011 verworfen. Unter Präsident Biden wird sich daran nichts ändern.	Während Russland über ein Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle verfügt, ist es bei hochradioaktivem Müll noch in der Erkundungsphase. In Frage kommt das Nischne-kansky-Felsmassiv in der Region Krasnojarsk in Sibirien. Noch werden die geologischen Voraussetzungen geklärt. Sollte der Standort ungeeignet sein, steht Russland wieder bei null.	Seine hochradioaktiven Abfälle will Frankreich bei Bure in Lothringen in 500 Metern Tiefe in einer Tongesteinsformation einlagern. Die Gemeinden in der Umgebung, die heute z.T. kritischer sind, wurden insgesamt »über den Tisch gezogen« (so der Bürgermeister von Bure). Die französische Regierung hat noch keinen Gesetzesentwurf für die Genehmigung von Cigéo, so der Name, vorgelegt.	Um ein Endlager für hochradioaktiven Müll zu finden, hat Deutschland zunächst eine Kommission eingesetzt. Die daraufhin 2017 gegründete Bundesgesellschaft für Endlagerung hat 2020 90 Teilgebiete als prinzipiell geeignet vorgestellt, 54 Prozent unserer Landesfläche. Es wird noch Jahrzehnte dauern, bis ein Endlager fertig ist. Die Bürger*innen sollen bei der Suche beteiligt werden.	Japan hat ein grundsätzliches Problem: Unter dem Land treffen gleich vier tektonische Platten auf einander, so dass keine Gesteinsschicht eine Million Jahre Sicherheit garantiert. Da Atomkraft seit Fukushima äußerst unpopulär ist, gibt es keine Region, die bereit wäre, die strahlende Altlast aufzunehmen. Japans Atomindustrie hat keine Idee, um das Problem zu lösen.
Anzahl der aktiven , im Bau befindlichen und endgültig stillgelegten Atomreaktoren (Stand 2022)	92	37	56	3	10
hochradioaktiver Atommüll *	82 796 Tonnen abgebrannte Brennelemente und 22 280 Kanister flüssige Abfälle (2020)	22 449 Tonnen abgebrannte Brennelemente und 18 640 Kubikmeter flüssige Abfälle (Ende 2016)	9 681 Tonnen abgebrannte Brennelemente, 3 200 Kubikmeter flüssige Abfälle, 14 555 Container mit verglastem Atommüll (Ende 2015)	17 000 Tonnen (bis Ende 2022)	19 000 Tonnen abgebrannte Brennelemente (Herbst 2021)
Momentanes Zwischenlager	Derzeit suchen die USA nach einem zentralen oberirdischen Zwischenlager in Texas (Interim Storage Partners, LLC) oder New Mexico.	Das Management der nuklearen Abfälle liegt in Händen der Atomindustrie. Hochradioaktiver Abfall lagert zum Teil ohne Schutz unter freiem Himmel.	Atommüll soll 100 Jahre rückholbar sein. Solange es kein Endlager gibt, wird die Altlast zwischengelagert, zum großen Teil in La Hague.	Bis ein Endlager fertig ist, wird der hochradioaktive Atommüll an den Standorten der Atomkraftwerke sowie in Gorleben, Ahaus und Lubmin verwahrt.	Der hochradioaktive Atommüll wird in oberirdischen Zwischenlagern verwahrt. Nach Fukushima wurden alle unter einem Stresstest unterzogen.
Ort und Status Endlager	 verworfen Yucca Mountain wurde 2011 verworfen	 in Erkundung Krasnojarsk ist der einzige erforschte Standort	 unklar Es gibt grundsätzliche Zweifel am Standort Bure	 offene Suche Die Entscheidung kann Jahrzehnte dauern	 keine Idee Seismisch zu aktiv, um sicher zu sein

Am 2. Dezember 1942 fand in Chicago als Teil des Manhattan-Projekts die erste nukleare Kettenreaktion der Welt statt. An diesem Tag wurde der erste hochradioaktive Abfall produziert – ein Becher voller Atommüll für die Ewigkeit. Einen Plan, diese neue Art von Müll zu entsorgen, gab es nicht. Die Lösung wurde auf »später« verschoben. Inzwischen ist es »später«, aber noch immer ist kein Lager für hochradioaktiven Atommüll in Betrieb.

Was wir wissen: Ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll muss eine Million Jahre sicher sein. Denn so lange bleibt der strahlende Abfall eine tödliche Gefahr. Wir haben aber keinerlei Erfahrung über derart große Zeiträume.

Daten zu Atommüll sind schwierig zu recherchieren, IAEA und WNA haben auf Anfragen nicht reagiert. Länder mit Wiederaufarbeitungsanlagen verringern ihre hochradioaktive Atommüllmenge deutlich, erhöhen dafür aber den mittlerradioaktiven Abfall um ein Vielfaches. ●



Ein Endlager für strahlenden Abfall muss eine Million Jahre sicher sein. So lange bleibt hochradioaktiver Atommüll eine tödliche Gefahr

SCHWEDEN	GB	CHINA	FINNLAND	SCHWEIZ	AUSTRALIEN
Mit der Standort-suche wurde 1977 begonnen. Die damit betraute Swedish Nuclear Fuel and Waste Management Company entschied sich inzwischen für Forsmark, 120 Kilometer nördlich von Stockholm und eine kristalline Gesteinsschicht in 500 Metern Tiefe. Dort gibt es bereits ein AKW mit drei Meilern. Widerstand von Seiten der Bevölkerung gibt es so gut wie keinen.	Der Lake District Nationalpark in Cumbria steht ganz oben auf der Liste der idealen Standorte für ein Endlager, obwohl er auf starken Widerstand gestoßen ist, weil die Region geologisch fragil ist. Wenn alle Atomreaktoren in Großbritannien stillgelegt sind, müssen mindestens 4,77 Mio. Kubikmeter radioaktiver Abfall entsorgt werden, hauptsächlich hoch- und mittlerradioaktive Abfälle.	China ist das einzige Land der Welt, das noch immer in größerer Zahl neue Atomkraftwerke baut und ans Netz bringt. Dementsprechend steigt die Menge an hochradioaktivem Atommüll. Bei Xinchang in der Wüste Gobi im Nordwesten des Landes erforscht die Regierung, ob tief unter der Oberfläche ein Endlager gebaut werden kann. Noch gibt es keine Entscheidung.	Onkalo bedeutet »Hohlraum« und ist der Name für Finnlands Endlager. Es befindet sich auf der Atomhalbinsel Olkiluoto, auf der bereits zwei Atommeiler in Betrieb sind. 2015 erteilte die finnische Regierung die Lizenz zum Bau eines Endlagers in tiefen Gesteinsschichten. Dort soll Platz für 6500 Tonnen Atommüll geschaffen und nach 2025 endgelagert werden.	In der Schweiz soll das letzte AKW 2034 abgeschaltet werden. Das Land hat dann wahrscheinlich 1500 Tonnen hoch- und weitere 72000 Kubikmeter schwach- und mittlerradioaktive Abfälle. 1995 und 2002 lehnten die Schweizer*innen zwei Endlager-Standorte ab. Im Moment werden im Jura Ost und Zürich Nordost zwei Standorte für hochradioaktiven Müll geprüft.	Unter dem Namen »Pangaea« entstand in Australien in den späten 90er Jahren die Idee, ein Atommüllendlager für die Welt zu bauen. Eine Allianz aus Umweltschützer*innen und Aboriginals, auf deren Gebiet das Endlager gebaut werden sollte, verhinderte damals das Projekt. 2015 wurde es wiederbelebt, aber nach massiven Protesten 2017 wahrscheinlich endgültig beerdigt.
12 000 Tonnen (insgesamt erwartete Menge)	10500 Tonnen (April 2016)	3973 Tonnen (Ende 2013)	6000 Tonnen (insgesamt erwartete Menge)	1500 Tonnen (bis 2034)	kein Atommüll
Vorerst lagert der Atommüll in der Nähe des Kernkraftwerks Oskarshamn.	Hoch und niedrig strahlender Atommüll wird an mehreren Orten derzeit oberirdisch gelagert, das meiste in der Wiederaufbereitungsanlage Sellafield.	In China werden abgebrannte Brennelemente bislang in regionalen Zwischenlagern aufbewahrt. Den Betrieb gewährleistet die staatliche CNNC.	Bis zur Inbetriebnahme des Endlagers wird der gesamte Atommüll am Standort Olkiluoto zwischengelagert.	Frühestens 2050 kann die Endlagerung starten. Bis dahin wird der Müll in Würenlingen und an den AKW-Standorten zwischengelagert.	Australien betreibt kein Atomkraftwerk und hat deshalb keinen hochradioaktiven Atommüll.
fast geklärt	noch unsicher	in Vorbereitung	entschieden	drei Orte zur Wahl	verworfen
Forsmark als Standort ist festgelegt	Es gibt keinen politischen Konsens über Cumbria	Die Wüste Gobi als Standort wird favorisiert	In wenigen Jahren soll Olkiluoto fertig sein	Jura Ost, Nördlich Lägern, Zürich Nordost	Das Projekt scheiterte am massiven Widerstand

PROGNOSE: AUSGESTRAHLT

Seit Jahrzehnten propagieren interessierte Kreise die Renaissance der Atomenergie. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Milliardenverluste, Zeitverzögerungen und Erneuerbare Energien, die zunehmend kostengünstiger werden

In den 50er Jahren wurde Atomstrom angepriesen als »too cheap to meter«, zu billig, um den Verbrauch zu messen, heute erweist er sich als »too expensive to matter«, zu teuer, um relevant zu sein. Im Jahr 2021 wurden weltweit zehn Atommeiler endgültig stillgelegt, davon drei in Deutschland, und die installierte Kernkraftleistung sank um 2,4 Gigawatt. Zum Vergleich: die Erneuerbaren verzeichneten einen Rekord-zubau von 290 Gigawatt. Zwischen 2011, dem Jahr der Fukushima-Katastrophe, und 2021 wurden, wenn man einmal von China absieht, weltweit 69 Meiler heruntergefahren und nur 20 neue in Betrieb genommen – ein offensichtlicher Rückgang. Und der Neubau von Atomkraftwerken ist für moderne Strommärkte praktisch irrelevant geworden.

Atomkraftwerke erzeugen heute in 34 Ländern Strom und haben weltweit einen Anteil von rund zehn Prozent an der kommerziellen Stromproduktion. Damit sinkt der Beitrag der Atomwirtschaft seit 1996 kontinuierlich, als ihr Anteil am Strommix den historischen Höchststand von 17,5 Prozent erreichte. Berücksichtigt man Mobilität und Wärmebedarf, tragen Atomkraftwerke heute weltweit nur 4,3 Prozent zur Deckung des kommerziellen Primärenergiebedarfs und weniger als zwei Prozent der tatsächlich genutzten Endenergie bei.

Nahezu alle Indikatoren zeigen, dass die Atomindustrie vor vielen Jahren ihren Höhepunkt erklommen hat: Im Jahr 2002 erreichte die Zahl der im Betrieb befindlichen Reaktoren mit 438 einen Höchststand, Anfang 2022 waren es noch 412; die Atomstromproduktion war 2006 am höchsten. In den Jahren 1984 und 1985 gingen jeweils 33 Meiler erstmals ans Netz, 2021

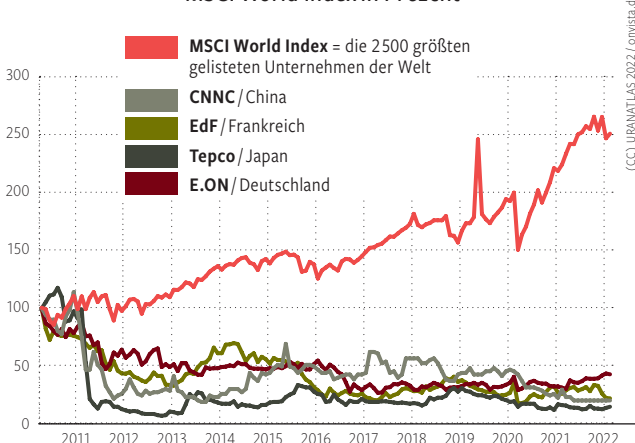
waren es sechs, obwohl noch zu Jahresbeginn 16 angekündigt waren. Darunter der erste der beiden 100-MW-Blöcke in Shidao Bay in China, ein kleiner modularer Reaktor (SMR), dessen Bau 2012 begann und doppelt so lange dauerte wie geplant. 1979 waren 234 Meiler im Bau – ein absoluter Höhepunkt, Anfang 2022 waren es 49; 1976 wurde mit dem Bau von 44 Reaktoren begonnen: ein historisches Maximum; 2021 waren es noch zehn, sechs davon in China.

Entsprechend dieser Entwicklung sinkt die Bedeutung von Atomkraft kontinuierlich, während die von Sonne, Wind und Wasser unaufhörlich wächst: Die jährliche Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien ist von 2010 bis 2020 um rund 3200 Terawattstunden (TWh) gestiegen, die Atomstromproduktion nahm um 68 TWh ab (s. Abb. rechts).

Die Gründe dafür sind einfach zu erklären: Unabhängig von allen Risiken und Gefahren ist Kernenergie mit Kohle und Gas nicht mehr konkurrenzfähig, und inzwischen auch nicht mit Wind und Sonne. Investitionen in den Neubau von Atommeilern sind immer teurer und zu einem wirtschaftlichen Abenteuer geworden. Jeder achte Neubau der Nukleargeschichte wurde vor seiner Inbetriebnahme aufgegeben. Im Jahr 2017 hat es nach dem Bankrott des Herstellers Toshiba-Westinghouse zwei Meiler am Standort Virgil C. Summer im US-Bundesstaat South Carolina getroffen, obwohl die Projektträger bereits fünf Milliarden US-Dollar in das Projekt investiert hatten. Hitachi hatte 2012 mit der Übernahme der britischen Horizon Nuclear Power Ltd. die Lizenz zum Bau von zwei Siedewasser-Reaktoren in Wylfa an der walisischen Küste

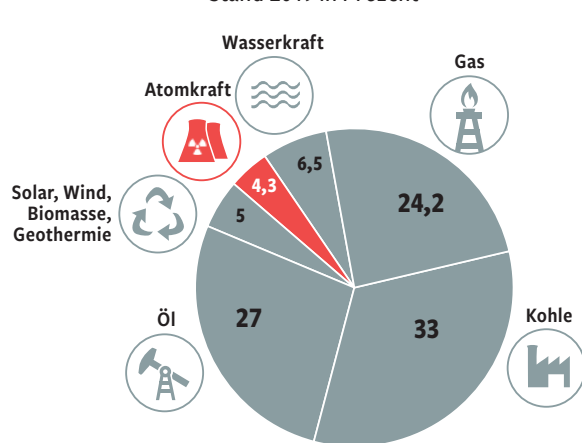
Atomkonzerne auf Talfahrt

Aktienkurse von vier großen Atomkonzernen im Vergleich zum MSCI World Index in Prozent

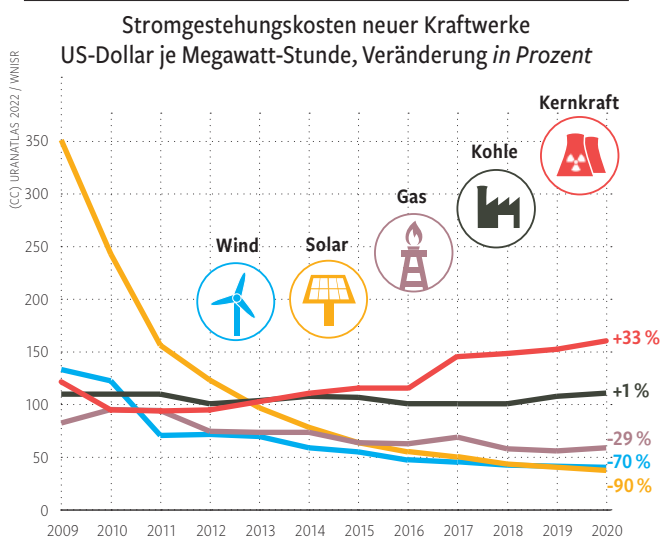


Atomkraft: Bedeutung überschätzt

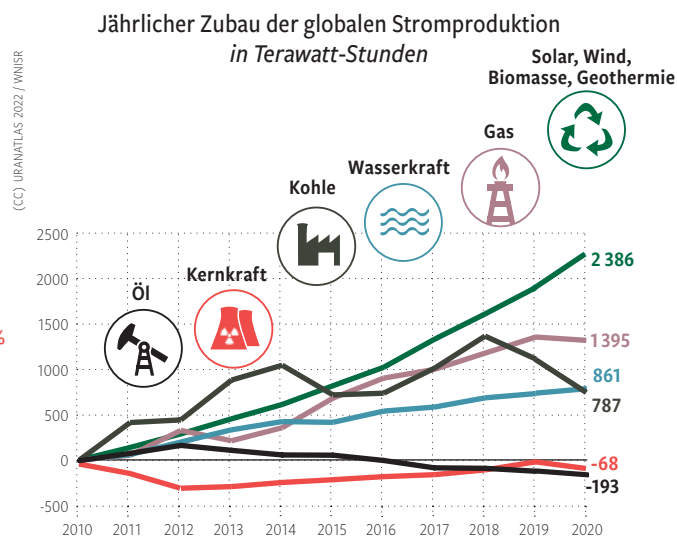
Weltweite Marktanteile der Primärenergieträger Stand 2019 in Prozent



Atomstrom nicht mehr konkurrenzfähig



Erneuerbare hängen Atomkraft ab



erhalten. Wegen fehlender privater Investor*innen legte der Konzern das Projekt 2018 zunächst auf Eis und schrieb es 2020 mit einem Verlust von 2,4 Milliarden Euro endgültig ab. Das ist das Dreifache dessen, was Hitachi den beiden deutschen Stromkonzernen E.ON und RWE für die Übernahme von Horizon Nuclear Power, der Eigentümerin von Wylfa, gezahlt hatte. Das japanische Unternehmen Toshiba, das bei der Insolvenz seiner ehemaligen Tochtergesellschaft Westinghouse rund sechs Milliarden US-Dollar verloren hatte, zog bei allen Atomprojekten in Übersee, einschließlich Moorside in Großbritannien, den Stecker.

Vor allem aus wirtschaftlichen Gründen wurden komplette nationale AKW-Neubauprogramme abgebrochen oder »ausgesetzt« – zum Beispiel in Chile, Indonesien, Jordanien, Litauen, Südafrika, Thailand und Vietnam. Das Ausbleiben der »Renaissance der Atomkraft« hatte dramatische finanzielle Auswirkungen auf die Atomkonzerne. Sowohl der historisch wichtigste AKW-Bauer Westinghouse musste Insolvenz anmelden, als auch die französische Areva, die sich selbst zur »Weltmarktführerin in der Atomenergie« ernannt hatte. Areva hatte über einen Zeitraum von sechs Jahren einen Verlust von 10,5 Milliarden Euro angehäuft.

Verursacht haben die finanziellen Schwierigkeiten zum großen Teil Neubauprojekte, deren Fertigstellung sich immer weiter hinauszieht und deren Kosten dramatisch wachsen. Im finnischen Olkiluoto wird der erste europäische Druckwasserreaktor (EPR) gebaut. Baubeginn: 2005, geplante Fertigstellung: 2009. Im Laufe des Jahres 2022, mit 13 Jahren Verzögerung, soll die reguläre Stromerzeugung erfolgen. Vergleichbar der Bau eines Meilers in Flamanville/Frankreich. Baubeginn: 2007, geplante Fertigstellung: 2012. Der Reaktor soll nach einer endlosen Reihe von technischen und industriellen Debakeln nun frühestens 2023 in Betrieb gehen. Der Französische Rechnungshof schätzt die Kosten des Abenteuers auf mittlerweile 19 Milliarden Euro, sechsmal so viel wie zu Beginn kalkuliert worden war. Der finnische EPR sollte etwa 3 Milliarden Euro kosten, inzwischen sind die Kosten auf jeweils knapp 11 Milliarden Euro gestiegen.

Im Dezember 2013 erhielt der französische Staatskonzern EDF den Auftrag zum Bau der beiden Meiler Hinkley Point C1

und C2 in Großbritannien. Kalkulation: 16 Milliarden britische Pfund. Bereits 2017 wurden die Fertigstellungskosten auf 19,6 und 2019 nochmals auf 21,5 bis 22,5 Milliarden britische Pfund erhöht – fünfmal so viel, wie ursprünglich für den ersten EPR in Finnland kalkuliert worden war. Der weltweit erste EPR, der Strom erzeugte, ist Taishan-1, gebaut in China zwischen Oktober 2009 und Juni 2018 – ebenfalls deutlich hinter dem Zeitplan und mit erheblichen Kostensteigerungen. Taishan-2 folgte 2019.

Aber auch bestehende Atomkraftwerke geraten unter wirtschaftlichen Druck, und viele können auf liberalisierten Energiemärkten nicht mehr bestehen. Sechs US-Reaktoren sind bereits vorzeitig stillgelegt worden, weitere sollen folgen. Im September 2020 hatte die Exelon Generation die Stilllegung von vier Atommeilern in Illinois angekündigt, weil sie nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Erst nachdem der Senat von Illinois am 13. September 2021 694 Millionen US-Dollar für die angeschlagene Nuklearsparte bewilligte, stoppte Exelon die für diesen Tag angekündigte Entnahme der Brennelemente.



In etlichen Ländern wurden AKW-Neubauprojekte aus wirtschaftlichen Gründen abgebrochen

Atomkraft verbucht seit Jahren auch öffentlich sichtbar deutlich steigende Kosten. Wind- und Solaranlagen sind dagegen immer kostengünstiger geworden und können inzwischen mit bestehenden Kernkraftwerken und fossilen Brennstoffen konkurrieren (s. Abb. oben und S. 56/57).

Wirtschaftlich hat Atomkraft keine Zukunft und ist ohne staatliche Subventionen nicht überlebensfähig. Die Betreiber versuchen mit Laufzeitverlängerungen für bestehende Anlagen zu überleben, was das Katastrophenrisiko deutlich erhöht. Und oft werden neue AKWs nur aus militärischen und strategischen Gründen gebaut. ●

Weiterführende Informationen

Mycle Schneider, Antony Froggatt et al.: World Nuclear Industry Status Report 2021, als PDF auf worldnuclearreport.org

ATOMSTROM IST KEIN KLIMARETTER

Die Atomindustrie arbeitet an der vierten AKW-Generation und argumentiert mit dem drohenden Klimawandel. Im Rahmen der EU-Taxonomie soll Kernenergie deshalb sogar als »nachhaltig« eingestuft werden. Ein absolutes Unding

Ein Kilo Uran-235 enthält die Energie, um 24 Millionen Kilowattstunden Wärme zu erzeugen, ein Kilo Kohle kommt nur auf acht. Kein Wunder, dass die Atomindustrie ihre Kraftwerke seit Jahrzehnten als Heilsbringer beschwört – neuerdings zum Schutz des Klimas. »Sämtliche Technologien, die einen niedrigen CO₂-Ausstoß haben, werden gebraucht, um die Ziele des Pariser Klimavertrags zu erreichen – auch Kernkraft«, kann man in der Schrift »Nuclear Power and the Paris Agreement« der IAEA lesen. Die gesundheitlichen Gefahren des Uranabbaus, die Möglichkeit eines Super-Gaus und die immer noch ungelöste Endlagerfrage werden nicht erwähnt.

Klimaschutz ist derzeit das zentrale Argument, um Atomkraft wieder salonfähig zu machen. Die EU-Kommission will sie im Rahmen des sogenannten EU-Taxonomie-Reports sogar als nachhaltig einstufen und sieht dabei Frankreich und die Mehrheit der EU-Mitglieder auf ihrer Seite. Dänemark, Deutschland, Österreich und Portugal haben sich eindeutig dagegen ausgesprochen, Italien, Irland und Spanien tendenziell.

Entschieden ist über das Greenwashing von Atomkraft allerdings noch nicht. Österreich und Luxemburg haben Klage vor dem Europäischen Gerichtshof angekündigt. Rechts-expert*innen rechnen damit, dass die Aufnahme von Atomkraft (und Gas) in den Report aus formalen Gründen kippen wird: Die EU-Kommission sei gar nicht berechtigt, derart weitreichende Einstufungen in einem Rechtsakt zu beschließen.

Um das Klima zu retten, müssten laut IAEA bis 2050 900 Gigawatt Kernkraft neu installiert werden – wobei kein Strom-

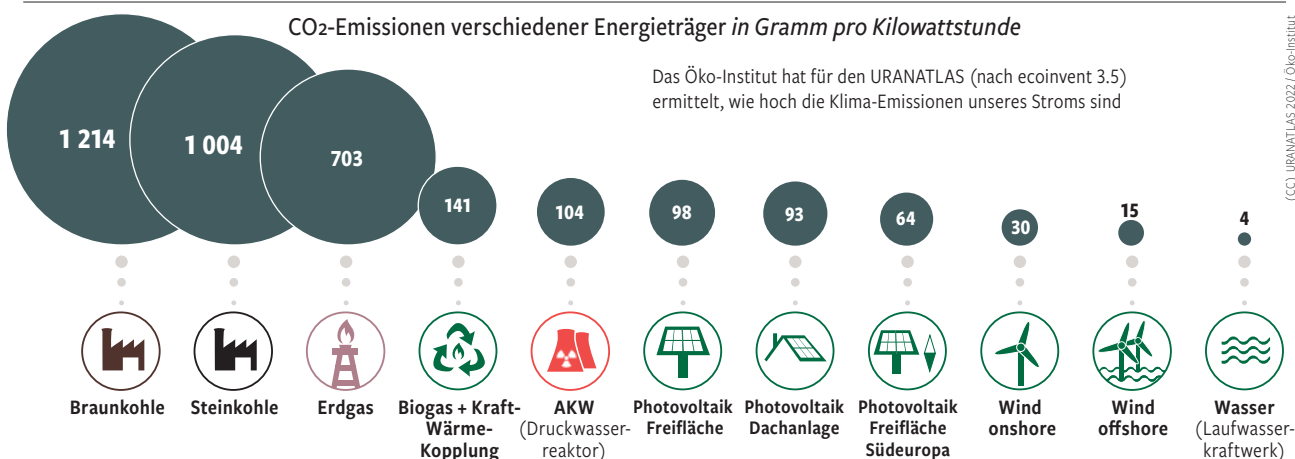


Auch die vierte Generation von Atomreaktoren ist nicht gegen Naturkatastrophen, Flugzeugabstürze oder Terroranschläge gesichert

Konzern einen AKW-Neubau ohne massive staatliche Unterstützung angeht. Das wären 600 bis 700 neue Atommeiler, weit mehr als heute in Betrieb sind (s. S. 41). Nimmt man die weltweit installierten 2200 Gigawatt Kohlestrom-Kapazität zum Maßstab, müssten es sogar bis zu 1500 neue Meiler sein. In jedem Fall würde ein solch massiver AKW-Ausbau das bereits bestehende Sicherheitsrisiko dramatisch vergrößern und wäre für die jeweiligen Staaten ein wirtschaftliches Desaster (s. S. 54-55). Warum in diese in jeder Hinsicht hochriskante Technologie investieren, wenn gleichzeitig Wind- und Sonnenstrom immer kostengünstiger zu haben sind?

Die Atomindustrie war bereits in den vergangenen Jahrzehnten hochsubventioniert und ist rein ökonomisch betrachtet nicht überlebensfähig. Von der Beseitigung der Schäden des Uranbergbaus über den Normalbetrieb bis hin zu den schwer bezifferbaren Kosten für Rückbau und Endlagerung hat diese Industrie weder den wahren Preis ihres Wirtschaftens ermittelt, noch ihre wirtschaftliche Situation angemessen beleuchtet. Durch ihre Verflechtung mit dem Bau von Atombomben und dem Unterhalt atomar betriebener U-Boot-Flotten und anderer Kriegsschiffe wurden immer wieder staatliche Subventionen bereitgestellt.

Die Klimalast des Stroms



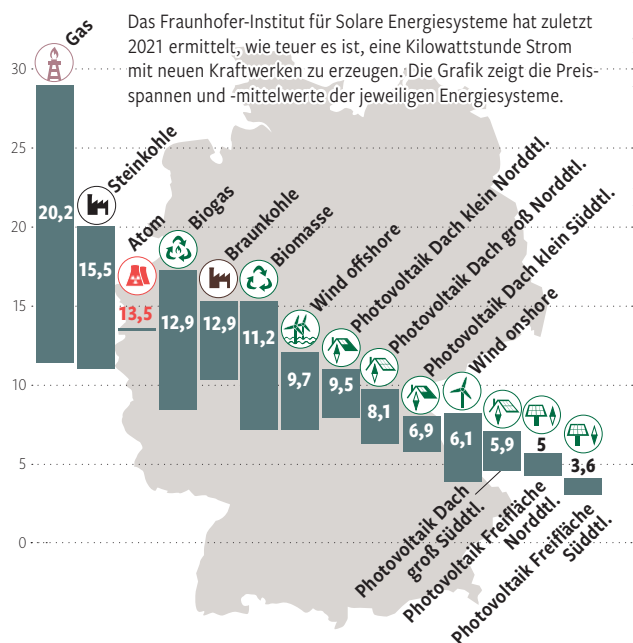
Deutschland wird Ende 2022 die letzten AKWs stilllegen. Reaktoren der dritten Generation werden seit 2005 unter wachsenden Schwierigkeiten in Frankreich, Finnland und China gebaut, seit 2018 auch in Großbritannien. Fakt ist: Der Bau neuer AKWs dauert zu lange und ist viel zu teuer, um zur Lösung der Klimakrise etwas beitragen zu können. (s. S. 54-55).

Von der Atom-Lobby wird neuerdings behauptet, die im Entwicklungsstadium befindlichen Atomreaktoren der vierten Generation seien die Lösung. Diese Flüssigsalzreaktoren (Molten Salt Reactor und dessen Weiterentwicklung Molten Salt Fast Reactor) arbeiten mit Thorium als Brennstoff. Die Behauptung, dieser Reaktortyp sei aufgrund seiner Konstruktion besonders sicher, bezieht sich lediglich auf die technische Anlagensicherheit. Die Bedrohung durch Naturkatastrophen, Terroranschläge, Flugzeugabstürze, menschliches Versagen und so weiter bleibt bestehen. Hinzu kommt das große Risiko der Weiterverbreitung von waffenfähigem Uran: Alle bisherigen Atomreaktoren machen die Entnahme von waffenfähigem Material nahezu unmöglich. Beim Thorium-Flüssigsalzreaktor ist die Materialeinspeisung und -entnahme mittels einer eingebauten Aufarbeitungsanlage fester Bestandteil des Reaktors. Die vierte Reaktorgeneration vereinfacht den Bau von Atomwaffen wesentlich, da sie keine aufwendige Anreicherung erfordert. Und zur Lösung der Klimakrise ist sie auch nicht geeignet: Nach Einschätzung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags »ist mit einem kommerziellen Reaktor nicht vor 2060 zu rechnen«.

Auch in Deutschland wird trotz beschlossenen Atomausstieg an der vierten AKW-Generation geforscht. Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) beteiligt sich im Auftrag von EURATOM an deren Weiterentwicklung. Derartige Forschungsbeiträge konterkarieren den Atomausstieg, da ein ernstgemeinter Ausstieg auch die Beendigung der Atomforschung bedeuten müsste.

Wie teuer Strom tatsächlich ist

Stromgestehungskosten in Deutschland in Euro-Cent pro Kilowattstunde



Neuerdings werden sogenannte Kleine modulare Reaktoren (SMR) als Lösung angepriesen. Russland hat 2020 nach 13 Jahren Bauzeit einen schwimmenden Reaktor realisiert. Und es sind mehrere Start-up-Designs im Umlauf, darunter von Bill Gates' Terrapower, NuScale und Rolls Royce. Ihre geringe Größe – 300 Megawatt oder weniger – macht sie aber noch unwirtschaftlicher als die großen Meiler. Zur Lösung der Klimakrise taugen sie deshalb erst recht nicht.

Globales Potenzial der Erneuerbaren

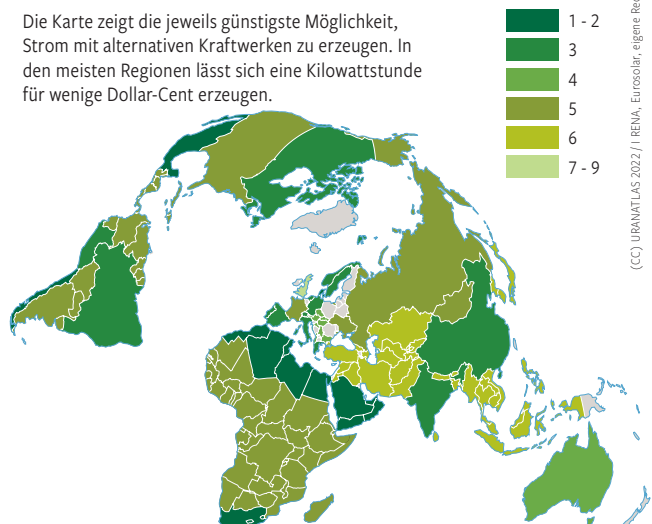
Rund um den Globus sind Erneuerbare Energien inzwischen deutlich kostengünstiger als Atomstrom und selbst gegenüber bestehenden Kraftwerken konkurrenzfähig, die mit Kohle oder Kernkraft betrieben werden. Je nach Standort und Region sind es mal Windräder, mal Wasserkraftwerke und mal Photovoltaikanlagen, die den preiswertesten Strom liefern, wie die International Renewable Energy Agency ermittelt hat.

Ein 600 Megawatt-Solar-Projekt in Saudi-Arabien liefert die Kilowattstunde inzwischen für 1,04 US-Cent – Weltrekord. Und selbst in Deutschland ist eine Kilowattstunde für 3,6 Euro-Cent zu haben. Länder wie Norwegen oder Österreich wiederum nutzen ihr enormes Potenzial an Wasserkraft und zeigen damit, dass es schon heute auch preislich sehr interessante Alternativen zu Kohle und Atom gibt. Atomkraft kann mit dieser Konkurrenz wirtschaftlich nicht mithalten. ●

Erneuerbar und kostengünstig

Strom aus neuen Wind- oder Photovoltaikanlagen in US-Dollar-Cent pro Kilowattstunde

Die Karte zeigt die jeweils günstigste Möglichkeit, Strom mit alternativen Kraftwerken zu erzeugen. In den meisten Regionen lässt sich eine Kilowattstunde für wenige Dollar-Cent erzeugen.



Weiterführende Informationen

IRENA: Renewable Power Generation Costs in 2017, als PDF unter irena.org
 Links: dont-nuke-the-climate.org; ise.fraunhofer.de

GLOSSAR

A

Abraumhalde: Erdreich über uranhaltigem Gestein, das im Tagebau abgeräumt und auf einer Halde aufgehäuft wird

Aghirin'man: Menschenrechtsorganisation in Niger

ASADHO: African Association for the Defense of Human Rights. Menschenrechtsorganisation in der DR Kongo

Atom- oder Kernkraftwerk: Besteht aus einem oder mehreren Atomreaktoren, mit Kühltürmen, Turbinen, Abklingbecken und Schaltzentrum

Atom Müll: Es gibt schwach-, mittel- und hochradioaktiven Atom Müll. Abgebrannte Brennelemente sind hochradioaktiv

Atomreaktor oder Atommeiler: Herzstück eines AKW. In ihm wird durch Spaltung von Uran Hitze und Dampf erzeugt, der wiederum eine Turbine antreibt

Atomwaffensperrvertrag: »Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons«. Verboten die Verbreitung von Atomwaffen

Atomwaffenteststoppvertrag: »Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty« (CTBT). Verboten den Test von Nuklearwaffen

Atomwaffenverbotsvertrag: Vereinbarung, die Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Atomwaffen verbietet

B

Becquerel: Einheit für Strahlenintensität. Gibt die Zahl der Atomkerne an, die pro Sekunde zerfallen. Ein Becquerel bedeutet einen radioaktiven Zerfall pro Sekunde

C

CRIRAD: Französisches Labor für unabhängige Forschung und Information über Radioaktivität

D

Depleted Uranium (DU): abgereichertes Uran, das bei der Urananreicherung anfällt. Enthält 0,2-0,3 Gewichtsprozent spaltbares Uran-235

Dosimeter: Messgerät, mit dem die Dosis radioaktiver Strahlung ermittelt wird

Druckwasserreaktor (EPR): Dritte Generation von Atomkraftwerken

E

EURATOM: Europäische Atomgemeinschaft, bei der jedes EU-Land Mitglied ist

F

Fallout: Radioaktiver Niederschlag als Folge oberirdischer Atombombentests

Fusionsreaktor: Anlage, die durch die Fusion von Atomkernen Energie erzeugt

G

GAU: nach Meinung der Atomindustrie der größte anzunehmende Unfall in einem Atomkraftwerk

I

IAEA: Internationale Atomenergieagentur. Hat die Aufgabe, die zivile Nutzung der Atomenergie zu verbreiten und die Verbreitung von Atombomben zu verhindern

ICAN: Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen

ICBUW: Internationale Koalition zur Ächtung von Uranwaffen

INF-Treaty: Intermediate Range Nuclear Forces – Vertrag zwischen der Sowjetunion und den USA, zwischen dem Atlantik und dem Ural keine nuklearen Mittelstreckensysteme zu stationieren. 2019 aufgehoben

In-situ Leaching: Verfahren, bei dem Säuren in durchlässige uranhaltige Schichten gepresst werden, um Uran herauszulösen

IPPNW: Internationale Ärzteorganisation für die Verhütung eines Atomkrieges

ITER: International Thermonuclear Experimental Reactor. Das Projekt soll den Fusionsreaktor Wirklichkeit werden lassen

K

Kernspaltung: Aufspaltung eines Atomkerns in mehrere Teile

Kettenreaktion: Prozess zur Aufspaltung von Atomkernen, der sich, einmal in Gang gesetzt, von alleine wiederholt

M

Manhattan-Projekt: Militärisches US-Forschungsprojekt zur Entwicklung der Atombombe von 1939 bis 1946

Mayors for Peace: Zusammenschluss von Kommunen, die sich für die Abschaffung aller Atomwaffen einsetzen

P

PLAGE: Plattform gegen Atomgefahren

R

Radioaktivität: Eigenschaft instabiler Atomkerne bestimmter chemischer Elemente, zu zerfallen und dabei Energie in Form von Strahlung freizusetzen

Regenbogenschlange: Australisches Symbol für den Widerstand gegen Uranbergbau

S

SDAG Wismut: Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft Wismut. Gehörte jeweils zur Hälfte der UdSSR und der DDR. War für den Uranabbau in der DDR zuständig

Stromgestehungskosten: Kosten zur Erzeugung von Strom

Super-GAU: ein Unfall wie in Tschernobyl oder Fukushima, der weit über den größten anzunehmenden Unfall (GAU) hinausgeht und nach Einschätzung der Atomindustrie nicht passieren kann

T

Tailings im Uranbergbau: radioaktive und hochgiftige Schlammreste, die beim Herauslösen des Urans aus dem Erz entstehen

Thorium: Chemisches Element aus der Zerfallsreihe von Uran. Es wäre ein Grundstoff der vierten Generation von AKWs, an der derzeit geforscht wird

U

U-Ban: Kampagne zur weltweiten Ächtung von Uranbergbau

Uran: Enthält mit natürlicher Isotopen-Zusammensetzung 0,711 Gewichtsprozent U-235 und 99,284 Gewichtsprozent U-238 sowie ein bisschen U-234. Kommt in verschiedenen Uranmineralien vor

Uran-235: spaltbarer Anteil im Uran

Uran-238: nicht spaltbarer Anteil im Uran

Urananreicherung: Erhöht den spaltbaren Urananteil auf 3 bis 5 Prozent

Uranbergbau: Uran wurde früher nur im Tagebau oder unter Tage gewonnen, heute wird der Rohstoff ungefähr zur Hälfte im In-situ-Leaching-Verfahren gefördert

Uranbrennelemente: Werden in speziellen Fabriken (wie in Lingen) als Brennstoff für Atomkraftwerke hergestellt

Uranerz: Mischung verschiedener Uranmineralien mit Begleitgestein. Die Konzentration im Erz hat eine große Spannweite. Rössing/Namibia: 0,03, Cigar Lake/Kanada: 13 Gewichtsprozent Uran

Uranerzaufbereitung: Im konventionellem Abbau wird das Erz zunächst gebrochen, dann gemahlen. Anschließend wird Uran chemisch abgetrennt

Uran-Exploration: Erkundung von Uranlagerstätten

Uranoxid U-308: das erste Zwischenprodukt nach dem Abbau von Uranerz

W

World Nuclear Association (WNA): Internationale Atomlobbyorganisation mit Sitz in Westminster/Großbritannien

Y

Yellowcake: Enthält circa 70 bis 90 Gewichtsprozent U₃O₈. Der Rest sind Verunreinigungen, die vor der eigentlichen Konversion entfernt werden müssen

NUCLEAR FREE FUTURE FOUNDATION

Ganghoferstr. 52, 80339 München, nuclear-free.com

Die Nuclear Free Future Foundation ehrt seit 1998 Menschen und Initiativen, die sich für das Ende des Atomzeitalters engagieren und Wege aufzeigen, die militärische und zivile Nutzung der Kernenergie zu beenden.

Der von der Stiftung vergebene Preis entstand im Geist des »World Uranium Hearings«,

bei dem 1992 Menschen aus fünf Kontinenten ihre Erfahrungen mit Uranbergbau austauschten und Strategien gegen Uranbergbau erörterten. Ihr Ziel: seine Ächtung. In der »Deklaration von Salzburg« forderten die Teilnehmer*innen: »Uran und alle radioaktiven Mineralien müssen in der Erde verblei-

ben!« Zwei Jahre später wurde die Deklaration von der UN-Menschenrechtskommission angenommen. Auf dem Großglockner ist sie bis heute unter einem Felsen verwahrt.

Der Nuclear-Free Future Award wird seit 1998 an wechselnden Orten vergeben, 2020 Corona-bedingt erstmals online.

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin, rosalex.de

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung gehört zu den großen Trägern linker politischer Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und steht als eine der parteinahen politischen Stiftungen der Partei DIE LINKE nahe.

Seit 1990 wirkt die Stiftung im Sinne ihrer Namensgeberin Rosa Luxemburg mit dem Ziel,

emanzipatorische politische Kräfte zu stärken und so einen Beitrag zur Entwicklung von demokratisch-sozialistischen Gesellschaftsalternativen weltweit zu leisten. In solidarischer Zusammenarbeit setzt sie sich gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen weltweit für einen sozial-ökologischen Umbau ein, der

auf konkreten Verbesserungen im Hier und Heute aufbaut.

Dabei organisiert die RLS politische Bildung, gibt Impulse, bietet einen Ort für kritische Analysen und Dialoge oder vergibt Stipendien.

BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND

Kaiserin-Augusta-Allee 5, 10553 Berlin, bund.net

Der BUND ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Verband, der auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene arbeitet und sich für den Schutz der Natur und Umwelt einsetzt – damit die Erde für alle bewohnbar bleibt. Er engagiert sich für den Atomausstieg, den Schutz des Klimas, eine bäuerlich-

ökologische Landwirtschaft und den Erhalt der Artenvielfalt. Der Verband fordert ein konsequentes Umdenken hin zu nachhaltigeren Lebensstilen.

Der BUND ist mit rund 600 000 Mitgliedern und Unterstützer*innen einer der größten Umweltverbände Deutschlands. Er versteht

sich als treibende gesellschaftliche Kraft für ökologische Erneuerung mit sozialer Gerechtigkeit. Mit 16 Landesverbänden und 2000 lokalen Gruppen ist der BUND im ganzen Land aktiv und Mitglied des Netzwerks Friends of the Earth International (FoEI) und hat Partnerorganisationen in rund 70 Ländern.

UMWELTSTIFTUNG GREENPEACE

Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, umweltstiftung-greenpeace.de

Die Umweltstiftung Greenpeace gehört zur internationalen Greenpeace-Familie. Sie widmet sich dem Schutz der Umwelt und Natur und fördert die Friedensforschung. Sie will den einzigartigen Naturreichtum unseres Planeten erhalten und setzt sich für den Schutz unserer Lebensgrundlagen ein. Dazu fördert

sie unter anderem gemeinnützige Projekte im Bereich Wald- und Klimaschutz, Meeres- und Artenschutz und die Friedensforschung.

Jährlich unterstützt die Umweltstiftung Greenpeace etwa 30 Vorhaben in Deutschland und weltweit. So stärkt sie die internationale Greenpeace-Kampagnenarbeit durch flankie-

rende und ergänzende Projekte.

In einer globalisierten Wirtschaft wirkt ihr Stiftungskapital mit ethischen, sozialen und ökologischen Standards im Sinne des Gemeinwohls. Die Umweltstiftung Greenpeace ist überparteilich sowie politisch und finanziell unabhängig.

.AUSGESTAHLT

Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg, ausgestrahlt.de

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atomorganisation. Den Betrieb von Atomanlagen hält sie für schwerwiegendes Unrecht, weil er Mensch und Umwelt schädigt. Unfälle wie in Tschernobyl und Fukushima können sich jederzeit wiederholen. Der strahlende Müll wird noch unzählige Generationen belasten.

Doch im Windschatten der Klimadebatte wittern Atom-Lobby und Atom-Fans neue Chancen. Sie wollen Atomkraft ein »grünes« Mäntelchen umhängen, propagieren Laufzeitverlängerungen und den Bau neuer AKW. Nur ein von vielen ausgeübter politischer Druck kann dies verhindern.

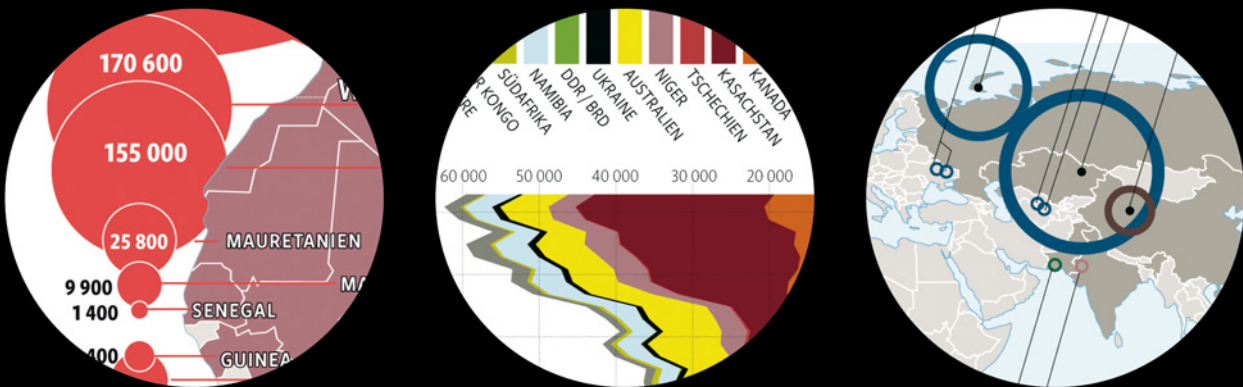
.ausgestrahlt unterstützt Atomkraftgegner*innen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen. Die Organisation informiert, entwickelt Strategien, Aktionsideen, Argumente und Materialien und ermutigt – oft gemeinsam mit Initiativen vor Ort und anderen Organisationen – selbst aktiv zu werden.

KOLONIALES ERBE, Seite 12

Bis in die 1980er Jahre kam das meiste Uran für US-amerikanische, britische, und französische Bomben und Reaktoren aus dem Land indigener Völker

WARNUNGEN AUS DER FRÜHZEIT, Seite 30

Die Geschichte der Urangewinnung in Australien ist auch die Geschichte des Widerstand der Aborigines. Sie sehen die Entweihung ihrer heiligen Stätten als Bedrohung für die ganze Welt



DU: KÜRZEL FÜR DEN KRIEG OHNE ENDE, Seite 48

Obwohl die Bundeswehr keine Uranwaffen hat, unterminiert Deutschland die Anstrengungen zur Ächtung von Uranmunition

DIE LEGENDE VON DER KLIMAFREUNDLICHEN ENERGIE, Seite 56

Rund um den Globus sind Erneuerbare Energien inzwischen deutlich kostengünstiger als Atomstrom und selbst gegenüber bestehenden Kraftwerken konkurrenzfähig